Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

7. August 1974 Jg. 2 Nr. 16 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 46 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 7.8.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/36 014 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG , Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, Kto-Nr. 171453-759 – Die Zeitung wurde am 4.8.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Das Bundesumweltschutzamt muss raus aus Westberlin!

STAATLICHE BEHÖRDEN DER BUNDESREPUBLIK IN WESTBERLIN SIND NICHT IM INTERESSE DER ARBEITERKLASSE

Seit Wochen und Monaten vergeht keine Tagesschau im Fernsehen, ohne daß nicht irgendwelche Meldungen zum "Berlin-Problem" gebracht werden. Dabei wird unter "Berlin-Problem" keineswegs verstanden, unter welchen Verhältnissen die arbeitenden Massen in Westberlin leben müssen. Stillegung von Betrieben, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, überfüllte und schlecht ausgestattete Schulen, eine raffgierige Bourgeoisie, die alle möglichen Spekulationsobjekte in die Welt setzt, ein Senat, der sie dabei unterstützt und Steuermillionen an die windigsten Gestalten verschiebt – all das ist nicht gemeint unter dem "Berlin-Problem". Unter "Berlin-Problem" wird im Fernsehen und in der bürgerlichen Presse verstanden das Gerangel über die Kontrolle der Westsektoren der Stadt; ein Streit, der zwischen der Bundesregierung, der Regierung der DDR, der Sowjetunion und den drei Westmächten unter Führung der USA ausgetragen wird. In diesem Streit sind die Westberliner selber nur das Streitobjekt für die verschiedenen Parteien.

Jüngst ist nun das "Berlin-Problem" durch den Beschluß der Bundesregierung, ein Umweltbundesamt in Westberlin zu errichten, wieder in die Aufmerksamkeit gerückt worden. Irgendeine sachliche Notwendigkeit für einen solchen Beschluß hat noch nicht einmal in den Augen der Bourgeoisie bestanden. Im Gegenteil: In der Nähe von Bonn war schon alles vorbereitet gewesen für den Aufbau der Behörde. Und in der Nähe eines Hüttenwerkes an der Ruhr oder bei der BASF in Ludwigshafen hätte sich gewiß auch noch ein Platz finden lassen, an dem die Umweltschutzbehörde hätte aufgebaut werden können: auf Tuchfühlung mit dem Gestank, den sie wissenschaftlich untersuchen soll. Wenn trotzdem Westberlin als Standort festgelegt wurde, dann ausschließlich deshalb, um den Zugriff der Bundesrepublik Deutschland auf diese Stadt zu verstärken. Bei der Durchführung dieses imperialistischen Manövers fiel die Wahl auf die Umweltschutzbehörde, weil der Umweltschutz populär ist und es vorteilhaft ist, wenn man sich – bei imperialistischen Handlungen ertappt – auf den guten Zweck berufen kann, dem das Ganze dienen soll.

Es konnte überhaupt nicht ausbleiben, daß die DDR und die Sowjetunion gegen die Errichtung dieses Amtes in Westberlin Protest erheben würden. Und es ist der Protest nicht ausgeblieben: Die DDR und die Sowjetunion weisen auf das Viermächteabkommen über Westberlin hin, in dem festgehalten ist, daß die Westsektoren Berlins "wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland " sind und "auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". Wenn das so ist, so beharren beide, was sollen dann staatliche Ämter der Bundesrepublik in einem Gebiet, das nicht zu ihr gehört? – Die Bundesregierung beruft sich demgegenüber auf eine Bestimmung des Vertrages, welche die besondere Bindung Westberlins an die BRD anerkennt.

Fortsetzung Seite 2



Die Polizei konnte nur immer wieder über Lautsprecher durchsagen, dass der Ausnahmezustand weiterbestehe. Gegen hunderttausende war sie machtlos.

Die Junta stürzte durch das griechische Volk!

Die griechische Arbeiterklasse und das griechische Volk haben einen Sieg errungen über die Militärclique um den Brigadegeneral Joannidis, die seit 1967 mit blutigem Terror ihre Herrschaft im Interesse der griechischen Bourgeoisie und des Imperialismus ausübte, errungen. In der bürgerlichen Presse und im Fernsehen heißt es, die Junta sei über ihre Zypernpolitik gestolpert. Es war aber so, daß die Junta mit der Zypernaggression versucht hat, die Flucht vor den inneren Widersprüchen mit einem außenpolitischen Abenteuer zu versuchen. Dies hat der Widerstand des griechischen Volkes vereitelt. Noch bevor Karamanlis aus dem Exil gerufen wurde, demonstrierten 100 000 in Athen. Die offene Rebellion großer Teile des mobilgemachten Militärs an der Seite der Volksmassen hatte schon begonnen.

Die griechische Militärjunta hat seit ihrer Machtergreifung 1967 immer wieder Putschversuche auf Zypern inszeniert, die jedesmal ungünstig für sie ausgingen, weil sie ihr Ziel immer verfehlten. Wenn sie dieses Mal aus der politischen Niederlage die Konsequenz zog, abzutreten, dann hat das besondere Gründe.

Die Ursache dafür ist der Aufschwung der Massenkämpfe gegen das Militärregime. Diese Kämpfe fanden ihren sichtbarsten Ausdruck in den Studenten- und Arbeiterdemonstrationen im letzten November. Damals mußte die Papadopoulos-Clique der Kampfkraft der griechischen Volksmassen weichen. Indem dann die Junta den wenig bekannten General Gizikis an die Spitze stellte, versuchte sie damals ihre Herrschaft zu retten. Und die Rettungsversuche sind gründlich fehlgeschlagen.

In der Zeit nach den Novemberunruhen hat die Junta alles versucht, die demokratische Volksbewegung in den Griff zu bekommen, sie zu unterdrücken. Das ist ihr mißlungen.

Obwohl sie den Terror in dieser Zeit gegen die ganze griechische Bevölkerung zu verschärfen versuchte, konnte sie dem Aufschwung der demokratischen Bewegung im Volk nicht Einhalt gebieten. Die Junta hatte keine Macht mehr über das Volk. Das ist eine unumstößliche Tatsache, die sich jetzt bestätigt hat.

Jetzt in der Auseinandersetzung mit der Türkei war das Volk mobilisiert, es war auf der Straße und vor allem an den Bahnhöfen, wo die eingezogenen Reservisten abfuhren. Die Volksmassen diskutierten darüber, für wen sie eigentlich ihre Haut zu Markte tragen sollten, für wen sie gegen die Türkei in den Krieg ziehen sollten. Es gab keine Kriegsbegeisterung unter den Volksmassen. Die Versorgung der eingezogenen Reservisten klappte hinten und vorne nicht, jeder sah, wie schlecht die griechische Armee auf einen eventuellen Krieg vorbereitet war. Häufig mußten sich die eingezogenen Reservisten sogar selbst verpflegen, weil die Versorgung nicht klappte! Die Schuldige für diese miserable Lage in Griechenland war nach Auffassung der Massen die Militärjunta.

Diese Auffassung fand auch unter einem größeren Teil der Offiziere selber Verbreitung, so daß sie begannen, sich auf die Seite des Volkes zu stellen. Sie forderten den Rücktritt der Junta (siehe Dokument). Der Zustand der Armee war durch große Disziplinlosigkeit gekennzeichnet. Befehlsverweigerungen waren an der Tagesordnung. Die Armee begann auseinanderzufallen. Um in dieser Situation überhaupt noch ihre Befehlsgewalt über die Truppe zu retten, um die Armee zu retten als Unterdrückungsapparat für die Bourgeoisie und den Imperialismus, blieb den Generalen nichts weiter übrig, als in die Kasernen zurückzukehren und die Truppen zurückzuziehen hinter die Kasernenmauern.

Der weit rechts stehende Vorsitzende der ERE-Partei, Karamanlis, wurde zum Ministerpräsidenten gemacht, eine zivile Regierung wurde gebildet. Mit der zivilen Regierung, dem Wieder-Inkraft-Setzen der Verfassung von 1952 und der Ankündigung, bald freie Wahlen durchzuführen, soll ein Damm errichtet werden gegen die Bewegung unter den Massen für Demokratie und Freiheit. Noch am Tage vor der Ankunft von Karamanlis, als die Junta noch regierte, hatten dafür über 100 000 Menschen in Athen demonstriert. Die Junta wagte nicht, dagegen vorzugehen.

Aber ist die Demokratie wiederhergestellt, wenn Karamanlis an der Macht ist, wenn er von Zentrumspolitikern wie Mavros gestützt wird, der früher der Direktor der Nationalbank, der größten Institution des griechischen Finanzkapitals, war und heute Außenminister ist? Bedeutet die Verfassung von 1952, die jetzt wieder gilt, tatsächlich Demokratie für das Volk? Das ist keinesfalls so.

Fortsetzung Seite 2

Je kürzer die Wahlperiode im Bundestag, desto früher Ruhegelder für die Bundestagsabgeordneten.

Kurz bevor die Bundestagsabgeordneten in die Ferien gingen, beschlossen sie noch schnell ein Gesetz zur Änderung des Diätengesetzes (Drucksache 7/2285 des Deutschen Bundestages). Bis jetzt war es so, daß Abgeordnete ein "Ruhegeld" erhielten, wenn sie 8 Jahre im Bundestag waren ab dem 65. Lebensjahr, wenn sie 12 Jahre im Bundestag waren nach dem 60. Lebensjahr und wenn sie 16 Jahre im Bundestag waren nach dem 55. Lebensjahr. Da es 1972 vorgezogene Bundestagswahlen gab, erreichten einige inzwischen ausgeschiedene Lebensjahr. Da es 1972 vorgezogene Bundestagswahlen gab, erreichten einige inzwischen ausgeschiedene Abgeordnete nicht die für ein Ruhegeld nötige Sitzzeit im Bundestag. Das neue Gesetz, das im Bundestag schnell und ohne Widerspruch beschlossen wurde, sieht jetzt vor, daß der Anspruch auf Ruhegeld sich nicht mehr an der Zahl der Jahre mißt, sondern an der Zahl der Wahlperioden, die einer im Bundestag verbringt. Auch für den Fall häufigerer Auflösung des Bundestags und deshalb kurzer Wahlperioden haben die Abgeordneten für sich und ihre Familien ausgesorgt. Das Gesetz gilt rückwirkend auch für diejenigen Abgeordneten, die 1972 nicht wiedergewählt worden sind. Je kürzer das Vertrauen der Wähler, desto schneller kommt der Abgeordnete in den Genuß des Ruhegeldes. Der Antrag für dieses Gesetz wurde gemeinsam von allen drei Bundestagsfraktionen gestellt und einstimmig beschlossen.

Der Fall R. Nixon: Nicht Ausnahme sondern die Regel

Der Rechtsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat festgestellt, daß Richard M. Nixon, Präsident der Vereinigten Staaten, "einen Prozeß und die Entfernung aus dem Amt verdient". Angeklagt hat der Ausschuß den Präsidenten wegen folgender drei Punkte: "Behinderung der Justiz" bei den Ermittlungen über den Einbruch ins Watergate-Hotel, dem Hauptquartier der Demokratischen Partei, "wiederholte Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte von Staatsbürgern" und Mißachtung der Rechte und Befugnisse des Kongresses.

Gleichzeitig hat der Untersuchungsausschuß festgehalten, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich bei seinen Rechtsübertretungen folgender Methoden bedient habe: "Abgabe falscher oder irreführender Erklärungen", "Unterdrückung wichtigen Beweismaterials", "Beeinflussung von Zeugen zur Abgabe falscher oder irreführender Erklärungen", "Billigung heimlicher Zahlungen beträchtlicher Geldbeträge, um das Schweigen von Zeugen zu erkaufen oder ihre Aussagen zu beeinflussen", "Abgabe falscher oder irreführender öffentlicher Erklärungen mit dem Ziel, das Volk der Vereinigten Staaten glauben zu machen, daß eine gründliche Untersuchung von Vorwürfen gegen Mitarbeiter der Exekutive (die den Einbruch organisiert hatten) stattgefunden habe".

Von 17 republikanischen Parteifreunden des Präsidenten haben 6 bzw. 7 der Anklage des Rechtsausschusses in den ersten beiden Punkten zugestimmt. Beide Male wurde die Zweidrittel-Mehrheit im Ausschuß erreicht. Damit sind von der überwiegenden Mehrheit bürgerlicher Politiker in den USA selber die letzten Zweifel ausgeräumt: Die Supermacht USA wird von einem Kriminellen regiert. Und wenn sich Richard Nixon mit aller Kraft gegen seine Amtsenthebung sperrt, so ist der einfache Hintergrund dafür die Angst vor dem Zuchthaus, das ihn erwartet. Sein ehemaliger Vizepräsident Agnew konnte sich davor gerade noch einmal durch freiwilligen Rücktritt freikaufen.

Das bürgerliche Amerika und die bürgerliche Welt insgesamt haben lange geschwankt zwischen Anklage gegen oder Verteidigung von Nixon. Eine vom Parlament erhobene Anklage gegen den Präsident der Vereinigten Staaten, die diesen als gemeinen Verbrecher bezeichnet, als Lügner, Betrüger und Erpresser, eine solche Anklage muß notwendig den Glauben in die politischen Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie erschüttern. Sie bestätigt offiziell die ohnehin im Volk wachsende Erkenntnis, daß von der ganzen Politikerriege in den Parlamenten nichts zu erwarten ist, daß es sich bei ihnen in neun von zehn Fällen um Leute handelt, die sich um die öffentlichen Ämter streiten, um sie als Pfründe ausbeuten zu können. Daß sie Wachs sind in den Händen ihrer reichen Geldgeber und äußerst hartnäckig gegenüber den Ansprüchen und Forderungen der arbeitenden Massen, die sie gewählt haben.

Nun ist also die Entscheidung für die Anklageerhebung gefallen. Nachdem inzwischen ein Minister und sechs enge Mitarbeiter von Nixon zu Gefängnis verurteilt, drei weitere Minister angeklagt werden mußten und andere

Fortsetzung Seite 3

Mannheim. Durch Verhaftung mehrerer Zeugen versucht die Polizei die Verantwortung für eine Polizeischießerei, bei der sie einen jungen Arbeiter erschoß und zwei andere verletzte, abzuwälzen. Ausführlicher Bericht auf Seite 12.

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Der Kampf um Zypern
Kampf um die Macht und den Einfluß im östlichen Mittelmeer

Seite 3
Lehrerreferendare verweigerten solidarisch die Vereidigung, als 2 Kollegen aus politischen Gründen nicht daran teilnehmen sollten

Seite 4-7
Aus Betrieb und Gewerkschaft
Stahltarife gekündigt. Die Stahlarbeiter geben die Richtung an für die kommenden Kämpfe / Korrespondenzen zu Ford Köln, VW, Daimler-Benz u.a. / Die Lage der ausländischen Arbeiter

Seite 8
Zum Hessenwahlkampf
Die hessische Landesregierung hat nur leere Sprüche anzubieten für die Arbeitslosen. Weitere Korrespondenzen zu den Hessen-Wahlen

Seite 9
Der Kampf der Bauern
Bericht von der großen Kundgebung in München, an der über 30 000 teilnahmen

Seite 10-13
Der Kampf des Volks um Rechte und gegen Unterdrückung
Giftmüllager bedrohen die Bevölkerung / Die Behörden bleiben tatenlos, obwohl sie Kenntnis von den Ablagerungen hatten. Empörende Zustände in Bayern / Im Mannheimer Gefängnis werden Gefangene mißhandelt / Die Verhältnisse in den Heimen für behinderte Kinder: Ein Junge verübt Selbstmord /

Neue Telefonnummern:
Ständiger Ausschuß des KBW und Redaktion der KVZ
0621/36014
Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
0621/36015

Die Junta stürzte durch das Volk

Forts. v. S. 1

Karamanlis hat von 1953 bis 1964 Griechenland als Ministerpräsident regiert. Er hat sich immer auf eine absolute Mehrheit im Parlament stützen können. Er hat das alles aber nur können, weil die Armee hinter ihm stand, jederzeit zur Unterdrückung des Volkes bereit. Die Wahlergebnisse kamen in dieser Zeit immer nur durch massive Fälschungen zustande. Als Karamanlis 1964 nach einer verlorenen Wahl abzog ins Exil nach Paris, da hatte er bei den Massen abgewirtschaftet. Zu offenkundig war geworden, wie er mit Hilfe der Geheimdienste regierte, und besonders vom amerikanischen Geheimdienst CIA gestützt wurde.

Der Arbeiterklasse und den Volksmassen ging es schlecht unter seiner Regierung, der Bourgeoisie ging es gut. Die in- und ausländischen Kapitalisten konnten die Arbeiter und die Volksmassen schrankenlos auspressen und hohe Profite machen. In der Stunde der Not erinnerten sie sich an die guten Dienste von Karamanlis, deshalb ließen sie ihn rufen.

Dann die Verfassung von 1952. Ist sie geeignet für die Interessen des Volkes? Keinesfalls, aus dem einfachen Grunde, weil nach dieser Verfassung zum Beispiel die Kommunistische Partei verboten ist. Die griechische Arbeiterklasse und das Volk können aber auf ihre Kommunistische Partei, die Partei des Proletariats, nicht verzichten, wenn sie den Kampf für ihre sozialen Interessen und für Volksdemokratie führen. Allerdings sind die Bedingungen für diesen Kampf mit der Verfassung von 1952 günstiger geworden.

Das griechische Proletariat und die Volksmassen sind auch sofort daran gegangen, diese günstigen Umstände auszunutzen. Sie forderten in Massendemonstrationen die Bestrafung derjenigen, die für die Unterdrückung, den Terror und die Folterungen verantwortlich waren, die sie erleiden mußten. Die Karamanlis-Regierung wird sich dem zu widersetzen suchen. Das wird aber nur die Dinge weiter vorwärtstreiben und weiter verändern zu Gunsten der Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes.

–D.T.–

Das Manifest der 250

250 Offiziere des 3. Armeekorps, das in Saloniki im Norden Griechenlands stationiert ist und die Hauptlast eines Krieges mit der Türkei zu tragen hätte, haben am 21. Juli ein Manifest gegen die Junta verabschiedet und veröffentlicht.

Das Manifest ist ein Dokument dafür, daß Teile der Offiziere sich an die Seite des Volkes stellen und stellvertretend für den größten Teil der Truppenoffiziere den Rücktritt der Militärs von der Regierung und die Einsetzung eines "Rates der nationalen Rettung", der den Zypern-Konflikt lösen und freie Wahlen durchführen soll, fordern. Der Präsident des Rates soll Karamanlis sein. Es heißt dann über die Aufgaben und die aktuelle Lage:

"Wir wenden uns an diejenigen, die heute im Namen der Streitkräfte die Macht ausüben, und wir erklären, daß uns allen, wie auch dem griechischen Volk, ihre verbrecherischen unverantwortlichen Aktionen bekannt sind, die uns an den Rand der nationalen Katastrophen geführt haben. Diese Aktionen grenzen an nationalen Verrat. Falls sie nicht bereit sind, den Zusammenschluß der nationalen Kräfte herbeizuführen, der eine nationale Notwendigkeit ist, werden sie vor der Armee und vor dem Volk als Verräter dastehen. Für diesen Fall, den wir nicht wünschen, rufen wir alle unsere aktiven Kameraden auf, jeden nach seinem Gewissen und zu einem Zeitpunkt, in dem die Sicherheit unserer Grenzen es erlaubt, das zu tun, wozu der auf das Vaterland geleistete Eid sie verpflichtet: zum Sturz und zur Eliminierung all derer, die die Macht ausüben und die genannten Bedingungen nicht akzeptieren wollen.

Wir wenden uns an unsere Kameraden der Reserve, an die Offiziere und die Soldaten und rufen sie auf, ihre Waffen nicht zurückzugeben, wenn das von ihnen verlangt wird. In diesem Augenblick werden sie zwar ihre Pflicht der Landesverteidigung nach außen erfüllt haben, aber auf sie wartet die gleichrangige Pflicht, die legale Ordnung im Land wiederherzustellen und die nationale Einheit derer, die von einer an der Macht klebenden Gruppe von Landesverrätern unterjocht werden.

Alle gemeinsam, Aktive und Reserveoffiziere, Unteroffiziere und Soldaten, müssen in dem Augenblick, wo die für unsere nationale Erniedrigung Verantwortlichen die Beendigung der Mobilmachung bekanntgeben, um wahrscheinlich unter dem Druck von außen unannehmbare Bedingungen für Griechenland zu akzeptieren, bewaffnet nach Athen zurückkehren, um sie zu stürzen.

In diesem Augenblick wird keine Unentschlossenheit entschuldigt, denn nicht wir werden diejenigen sein, die den inneren Frieden des Landes gefährden, sondern die werden es sein, die weiterhin trotz ihres Verrats illegal die Macht behalten wollen."

Weiter werden alle ausländischen Mächte, besonders die USA, aufgefordert, jegliche Unterstützung für die Militärgruppe in Athen einzustellen. Zum Schluß steht ein Appell:

"Kameraden! Wir erleben einen historischen Augenblick. Das griechische Volk hat nach den vielen Opfern, die es gebracht hat, das Recht, seine nationalen Rechte unverletzt zu wahren und seine politischen Rechte und Freiheiten wiederzuerlangen, die ihm in unserem Namen, im Namen der griechischen Offiziere, vorenthalten werden. Wir erklären auf jeden Fall, daß wir unsere Pflicht gegenüber unserem Vaterland und gegenüber unserem Volk erfüllen werden."

Die Mobilmachung

AUS EINEM BERICHT VON DEUTSCHEN GENOSSEN

Wir waren zur Zeit der Mobilmachung in Griechenland und haben das Land kurz darauf verlassen.

Am Tag der Mobilmachung waren wir in Zouda, einem strategisch wichtigen Flottenstützpunkt auf der Insel Kreta. Die Stimmung hier war keineswegs begeistert oder freudig. Ein Kreter, der in Piräus arbeitete und aus seinem Urlaub zu Hause eingezogen worden war, drückte in einem Gespräch mit uns aus, was mit ihm wohl viele dachten. Er sagte:

"Das ist nicht unser Krieg. Das ist ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion. Beide sind schlecht. Sie tragen ihren Streit auf unserem Rücken aus. Ich will nicht in den Krieg. Ich will nicht auf die Türken schießen. Für diesen Krieg sind Papadopoulos, Gizikis und Co. verantwortlich. Alles dieselbe Clique. Sie sollte man erschießen."

–H.L., Heidelberg–

Raus mit dem Umweltamt ...

Fortsetzung von S. 1

Nachdem die Bundesrepublik mit ihrem Beschluß zur Einrichtung des Amtes den ersten Schritt getan hat in diesem Streit, versucht jetzt auch die DDR ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Sie hat allen Mitarbeitern dieser Behörde die Transitwege gesperrt, was nun wiederum die Bundesregierung veranlaßt, lautstark über Rechtsbruch sich zu beschweren. Ministerrunden finden statt. Die Opposition erklärt, die Regierung müsse mehr Härte zeigen. Die Presse spricht von einer Krise, die sich entwickle.

Was weiter kommen wird, kann man jetzt schon voraussagen: Kommissiongespräche, Erklärungen der verschiedenen Seiten, irgendwann eine Kompromißformel, die den bestehenden Zustand mehr oder weniger so beläßt und noch einmal die Garantie aller beteiligten Mächte erneuert.

Aber man kann sicher sein, daß damit das "Berlin-Problem" keineswegs aus der Tagesschau verschwinden wird. Insbesondere die westdeutsche Bourgeoisie versucht immer wieder, die Lage zu ihren Gunsten zu ändern und aus Westberlin möglichst doch noch einen Bestandteil der BRD zu machen. Sie ist ganz zweifellos in bezug auf Westberlin der Hauptunruhestifter und unternimmt immer wieder Versuche, "Westberlin zu einem Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen auszubauen" (Programm des KBW, S.24). Die Steigerung der Präsenz des bundesrepublikanischen Staatsapparates ist Bestandteil dieses Versuchs.

Daß sie dabei schon ziemlich fortgeschritten ist, belegen folgende Zahlen, welche die Frankfurter Allgemeine veröffentlicht hat: 50 Bundesbehörden hat sie inzwischen in Westberlin untergebracht, mit etwa 35 000 Beamten und Angestellten.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland bringen diese imperialistischen Manöver der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Regierungen nichts als Nachteile. Kein Arbeiter macht Profite mit der Berlinhilfe. Er zahlt nur die Steuern für die Finanzierung der Spekulationsgewinne.

Und für die Entfaltung des Klassenkampfes in Westdeutschland, dafür daß die Arbeiter sich einig werden darüber, daß sie gegen die Kapitalisten vorgehen und wie sie sie schlagen können, dafür ist es auch nicht gut, wenn die bürgerlichen Politiker in Westdeutschland immer einen Punkt haben, an dem sie weltpolitische Verwicklungen heraufbeschwören können.

Nicht anders steht es für die Arbeiter in Westberlin selber. Dieses Umweltschutzbundesamt, das ihnen die Bundesregierung unter lebhafter Zustimmung des Westberliner Senats ins Nest gesetzt hat, bringt sie wieder in die Lage von "Frontstädtern". Die arbeitenden Massen in Westberlin bekommen ja die Folgen eines jeden der imperialistischen Abenteuer unmittelbar am eigenen Leib zu spüren. Die Bundesregierung stiftet Unruhe, die DDR schlägt zurück, getroffen werden insbesondere die Westberliner – und zwar die Arbeiter und Angestellten, die keine Zweitwohnung in Westdeutschland haben. Das ist nun schon seit einer ganzen Reihe von Jahren der sich immer wiederholende Mechanismus.

Es liegt darum im Interesse der Arbeiter und der Angestellten in Westberlin, dem Zugriff des westdeutschen Imperialismus auf die Stadt entgegen zu treten, ebenso wie der Anwesenheit amerikanischer, englischer und französischer Besatzungstruppen in Westberlin.

Darum ist es wichtig, für Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt zu verlangen, deren Bevölkerung souverän über ihr Schicksal entscheidet. Tritt man dafür ein, so kann man sowohl dem westdeutschen wie dem USA-Imperialismus entgegentreten, ohne dem russischen Sozialimperialismus Zugeständnisse zu machen.

Man wird sich damit Raum schaffen, um das "Berlin-Problem" der arbeitenden Massen anzupacken, das darin besteht, daß auch in Westberlin Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten und welchem Problem dringend abgeholfen werden muß – in Westberlin wie in der Bundesrepublik. Und je entschiedener die Westberliner Arbeiter dieses Hauptproblem der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern angehen, umso mehr erleichtern sie es gleichzeitig ihren Klassenbrüdern in der DDR, mit der neuen Klasse von Ausbeutern und Unterdrückern dort fertig zu werden.

–W.M.–

Der Kampf um Zypern ist ein Kampf um den Einfluß und die Macht im östlichen Mittelmeer

Ende Juli haben sich die Außenminister Großbritanniens, der Türkei und Griechenlands auf eine Zypernerklärung geeinigt, die eine Wiederherstellung der Souveränität und Unabhängigkeit der Inselrepublik in der bisherigen Form nicht erwarten läßt. Der zyprische Staat hat nach diesem Abkommen aufgehört zu existieren, alle seine Funktionen werden entweder von griechischen oder türkischen Truppen wahrgenommen oder von Truppen der Vereinten Nationen, die in gemischt besiedelten Ortschaften die Polizeigewalt ausüben sollen. Ob überhaupt der zyprische Staat wiederhergestellt werden soll, dazu äußerten sich die drei Außenminister in der Erklärung nur sehr allgemein.

Sie stimmten überein,

"daß im Rahmen einer gerechten, dauerhaften und für alle Betroffenen annehmbaren Lösung und sobald Frieden, Sicherheit und gegenseitiges Vertrauen in der Republik Zypern hergestellt sind, Maßnahmen ausgearbeitet werden sollen, die zu einer rechtzeitigen und etappenweisen Verringerung der Truppen und der Bestände an Rüstungen, Munition und anderem Kriegsmaterial in der Republik Zypern führen."

"Unter den zu behandelnden Verfassungsfragen soll die Frage einer sofortigen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung behandelt werden, wobei der Vizepräsident die in der Verfassung von 1960 vorgesehenen Funktionen übernimmt."

Das ist bereits geschehen, nachdem der Putsch-Präsident Sampson zum Rücktritt gezwungen wurde und jetzt der Vizepräsident Klerides an seine Stelle getreten ist. Er wird als Staatspräsident bezeichnet. Im Amt ist weiterhin jedoch die von Sampson zusammengestellte Regierung. Dieser Vorgang zeigt, daß mit einer Rückkehr des legitimen Präsidenten der Republik Zypern, des Erzbischofs Makarios, offenbar nicht zu rechnen ist. Makarios aber ist der gewählte Präsident Zyperns, erst 1973 wurde er zum zweiten Mal in seinem Amt bestätigt durch die Zustimmung einer sehr großen Mehrheit des griechischen Bevölkerungsteils. Die Tatsache, daß die Wiedereinsetzung des legitimen Präsidenten offensichtlich von den derzeitigen Machthabern auf Zypern nicht beabsichtigt ist, steht im Widerspruch zu den Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrates.

DIE USA UND DIE NATO WOLLEN SICH ZYPERN EINVERLEIBEN

Makarios ist seit 1948 Erzbischof der Insel Zypern. Er hat politisch auf der Seite des griechischen Bevölkerungsteils den Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft geführt. Warum konnte er das als Mann der Kirche? Das konnte er, weil die griechisch-orthodoxe Kirche eine lange Tradition im Widerstand auf Zypern hat und den Kampf bereits gegen die Herrschaft des ottomanischen Reiches und der islamischen Religion über die Insel organisierte. Diese Herrschaft endete 1878, als die Insel dem britischen Kolonialreich einverleibt wurde.

Makarios befindet sich allerdings in scharfem Gegensatz zu seiner Kirche. Dieser Gegensatz wurde in dem Maße schärfer, wie er den Kampf tatsächlich für die staatliche Unabhängigkeit führte, denn die griechisch-orthodoxe Kirche verfolgt seit eh und je das Ziel des Anschlusses und der Einverleibung der Insel in den griechischen Staat, mit dem sie aufs engste verbunden ist. Auf einer Synode haben die griechischen Kirchenfürsten Makarios 1973 abgesetzt, das blieb aber wirkungslos, weil die Zyprioten hinter ihm stehen.

Nach der Unabhängigkeit 1960 wurde Makarios zum Staatspräsidenten gewählt und 1968 und 1973 jeweils mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die große Mehrheit, die er jeweils bei der Wiederwahl erreichte, ist eine Bestätigung dafür, daß seine Politik der Unabhängigkeit und Neutralität breit unterstützt wurde. Das Ziel der griechischen Regierungen in Athen, Zypern dem griechischen Staat einzuverleiben und zu einer griechischen Provinz zu machen, wurde nur von sehr wenigen griechischen Zyprioten geteilt; 1968 stimmten für diese Politik zum Beispiel nur etwas über 4 % der griechischen Zyprioten.

Großbritannien, die Türkei und Griechenland verloren an Einfluß auf Zypern, in dem Maße wie die Politik der Unabhängigkeit und Neutralität von der zypriotischen Bevölkerung unterstützt werden. Mit dem Zypernabkommen über die Unabhängigkeit der Insel, das diese drei Mächte 1959 vereinbart hatten als Zwischenstation für die vollständige Eingliederung der Insel in den Machtbereich der NATO, haben sie ihr Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Inselrepublik entglitt ihrer politischen Kontrolle immer mehr. USA und NATO liefen Gefahr, eine wichtige Position im östlichen Mittelmeer vollends zu verlieren.

Die Bedeutung der Insel als "unsinkbarer Flugzeugträger" für die Strategie der NATO und besonders für die Supermacht USA in ihrer Rivalität um die Vorherrschaft in der Welt mit der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen Sowjetunion, wuchs besonders mit dem 6-Tage-Krieg Israels im Nahen Osten 1967. Noch größere Bedeutung bekam die Insel in den folgenden Jahren, als die USA verschiedene Flottenstützpunkte verloren im Mittelmeer, so besonders 1970, als Lybien die US-Imperialisten aus dem Lande warf und die 6. US-Flotte nur noch Häfen in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und in sehr eingeschränktem Maße auch der Türkei anlaufen konnte. Gleichzeitig nahm die Anwesenheit russischer Kriegsschiffe und Stützpunkte im östlichen Mittelmeer unaufhörlich zu.

In dieser ungünstigen Situation wurde der Druck auf die Insel Zypern von seiten der Supermacht USA mit Hilfe ihrer NATO-Verbündeten Griechenland und Türkei immer stärker. Eine sogenannte Zypernkrise löste die andere ab. Von 1967 bis heute gibt es eine einzige Serie von Putschversuchen gegen den Präsidenten Makarios, die alle fehlschlugen bis zum 15. Juli. In all den Jahren bestand der Plan, die Insel zu teilen und den einen Teil der griechischen Regierung und den anderen Teil der türkischen Regierung zu unterstellen.

Willfähriger Handlanger, um dieses Ziel zu erreichen, ist die EOKA, eine Organisation, die für den Anschluß an Griechenland kämpft und von der griechischen Regierung ausgehalten und gesteuert wird. Mit immer neuen Terroranschlägen gegen Griechen, die für die Unabhängigkeitspolitik von Staatspräsident Makarios eintraten und gegen die türkische Bevölkerung versuchte diese Organisation, die Gegensätze zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen aufrechtzuerhalten und zu verschärfen und der Politik von Staatspräsident Makarios entgegenzuwirken. Die Einheit Zyperns und damit die staatliche Unabhängigkeit und Souveränität sollte unmöglich gemacht werden.

Da Griechenland und die Türkei beide NATO-Staaten sind, wäre somit die Insel zum "unsinkbaren Flugzeugträger" der NATO geworden und der Vorherrschaft der Supermacht USA unterworfen.

Der Einmarsch der türkischen Truppen in Zypern hat ebenfalls eine Veränderung des Kräfteverhältnisses auf Zypern in dieser Richtung zur Folge. Schon hört man von Plänen, wonach die bisher einheitliche Republik in einen Bundesstaat verändert werden soll, mit zwei autonomen Verwaltungen, einer griechischen und einer türkischen. Die türkische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen angeordnet, die ihren errungenen Korridor zwischen Kyrenia und Nicosia zu einer dauerhaften Einrichtung werden läßt: In dem eroberten Gebiet wird ein Kraftwerk errichtet, eine Wasserleitung wird vom Festland herübergelegt und der Hafen Kyrenia wird ausgebaut. Außerdem soll ein Flugplatz angelegt werden.

DIE SOZIALIMPERIALISTEN NUTZEN DIE ZYPERNKRISE, UM SELBER IHREN EINFLUSS ZU VERGRÖSSERN

Der Präsident Makarios vertritt den Standpunkt, daß die Aufteilung der Insel nicht möglich ist, schon weil es keine getrennten Siedlungsgebiete gibt. Er hat deshalb eine Politik verfolgt, die von der Einheit Zyperns ausgeht und die die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Republik sichert und stärkt. Die Supermacht USA und die NATO aber wollen gerade das Gegenteil. Sie wollen eine möglichst schwache Republik, die sie zum Spielball ihrer Interessen machen können.

Die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, ist nicht daran interessiert, daß sich die Dinge weiter in dieser Richtung entwickeln und die Position ihrer Rivalin um die Vorherrschaft in der Welt im östlichen Mittelmeer weiter gestärkt wird. Die Sowjetunion tritt deshalb im Sicherheitsrat der UNO für den gerechten Standpunkt von Erzbischof Makarios ein. Sie tut das, um dahinter ihre eigenen imperialistischen Ziele zu verstecken. Tatsächlich stützt sie den gerechten Standpunkt von Makarios und tritt für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Zyperns ein, weil sie hofft, auf diese Weise zur Garantiemacht von Zypern werden zu können. Das hat zur Folge, daß sie ihre Position im östlichen Mittelmeer unmittelbar stärkt. An Zypern verschärft sich die Rivalität der Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt weiter.

Den Völkern der Welt und der internationalen Arbeiterklasse zeigt das umso deutlicher, daß sie fest zusammenstehen müssen, um den imperialistischen Machtgelüsten der Supermächte Widerstand leisten zu können.

Für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der staatlichen Einheit Zyperns!

–D.T.–

Der Fall Nixon: Keine Ausnahme ...

Fortsetzung v. S. 1

Mitarbeiter Nixons noch vor Gericht stehen, ließ sich auch die Anklage gegen den Chef der Bande nicht mehr vermeiden. Mit Stillschweigen konnte man die Sache nicht mehr umgehen. So behandelt man sie denn als "Selbstreinigungsprozeß der demokratischen Institutionen" und feiert in den Zeitungen das Amtsenthebungsverfahren als Beweis für die Lebenskraft der amerikanischen Demokratie. Nixon und seine Bande werden als die Ausnahme hingestellt. Verantwortungsbewußte, um das Schicksal des amerikanischen Volkes und um den Geist der Verfassung besorgte Abgeordnete als die Regel.

Gegen eine solche Deutung der Ereignisse spricht indes schon die Art und Weise, wie der Senatsausschuß mit zwei weiteren zur Debatte stehenden Anklagepunkten verfahren ist. Im vierten Anklageartikel, der dem Ausschuß vorlag, ging es darum, daß geheim und ohne Zustimmung des Kongresses amerikanische Fernbomber von 1969 bis 1970 insgesamt 14 Monate lang Kambodscha angegriffen hatten. Das Verteidigungsministerium hatte im Juli 1973 zugegeben, daß diese Terrorangriffe gegen ein neutrales Land durch falsche Statistiken für den Senat verschleiert worden seien und das amerikanische Volk sowie die Weltöffentlichkeit insgesamt hinters Licht geführt worden war. – Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses fand diesen Punkt nicht der Anklage wert. Er hält es mit anderen Worten auch künftig für das gute Recht amerikanischer Präsidenten, neutrale Länder bombardieren zu lassen und die Leute zu Hause und in der Welt darüber zu belügen.

Abgelehnt wurde weiter, eine Anklage gegen Nixon zu erheben wegen Steuerhinterziehung und wegen Mißbrauchs öffentlicher Gelder für private Zwecke. Zu beiden Punkten lehnte der Rechtsausschuß eine Anklageerhebung ab. Nicht weil die Vorwürfe gegen Nixon sachlich falsch sind, sondern weil der Ausschuß sie nicht für Gründe ansieht, weswegen man einen Präsidenten seines Amtes entheben muß.

Der Rechtsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat damit sehr genau die Grenze festgelegt, die der "Selbstreinigungsprozeß der amerikanischen Demokratie" auf keinen Fall überschreiten soll. So soll auch künftig keinem Präsidenten der USA ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er fremde Länder überfallen läßt, um die imperialistischen Interessen der Supermacht durchzusetzen. Und zum anderen soll kein zu grelles Licht geworfen werden auf die Triebkraft, die das Leben in den demokratischen Einrichtungen des amerikanischen Staates allgemein bestimmt bis hinauf zum Präsidentenamt: Ausplünderung der Staatsämter und Politikerkorruption. Wenn man Nixon und seine Bande als die Ausnahme behandeln will, dann muß man über diese Regel den Schleier des offiziellen Schweigens breiten.

Im Prinzip trifft immer noch zu für die USA, was Friedrich Engels über deren politisches System 1891 schon geschrieben hat: "Hier wird jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt, selbst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen, die auf Sitze in den gesetzgebenden Versammlungen des Bundes wie der Einzelstaaten spekulieren oder die von der Agitation für ihre Partei leben und nach dem Sieg durch Stellen belohnt werden . . . Wir haben hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten – und die Nation ist ohnmächtig gegen diese angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern." (Einleitung zu "Der Bürgerkrieg in Frankreich", Marx/Engels Werke, Band 17, S. 624)

Das ist vor mehr als 80 Jahren geschrieben worden, und es trifft den Sachverhalt nach wie vor sehr genau. Man sieht daran: Nixon und seine Bande auf den Ministersesseln und im Präsidialamt sind keineswegs eine Ausnahme, sondern die Regel.

Wenn man sich jetzt doch außerordentlicher Mittel bedient, um sie los zu werden, so geht es nicht darum, die Korruption zu beseitigen. Vielmehr muß im Gegenteil das auf der "direkten Beamtenkorruption" aufgebaute politische System in den USA wieder glaubhaft installiert werden. Das ist notwendig, weil der Streit der beiden Spekulantenbanden um die Pfründe der Staatsmacht das Korruptionssystem allzu weit offengelegt hat. Diese offen zutage liegende Wunde wieder zu verhüllen, das ist die ganze "Selbstreinigung der demokratischen Institution", die jetzt so gepriesen wird. Es wird damit ein politisches System vor dem Verfall zu bewahren versucht, das sich für die bürgerliche Klasse in den USA außerordentlich bewährt hat über fast zweihundert Jahre. So lange ist es ihr gelungen, in der demokratischen Republik sich einen geschäftsführenden Ausschuß zu schaffen, durch den der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer ausübte. Die Vorzüge dieser Regierungsform aber, die darin liegen, daß in ihr die Allmacht des Reichtums sicherer ist, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politische Mechanismus abhängig ist, diese Vorzüge hat der Präsident Nixon gefährdet. Er hat die Macht des Präsidentenamtes gedehnt bis zur völligen Ausschaltung der Parlamente aus allen wichtigen Entscheidungen. Bürgerliche Kritiker haben ihm deshalb mehrfach vorgeworfen, eine Art Staatsstreich verübt zu haben, und bürgerliche Zeitungsleute begannen wie bei einem Monarchen über den "Hof" Nixons zu schreiben. Im Verfahren gegen Nixon wird diese Entwicklung, welche die Herrschaft der bürgerlichen Klasse immer enger mit der zufälligen Person eines bestimmten Präsidenten verband, zu korrigieren versucht. Und in der bürgerlichen Presse findet deshalb vor allem der 3. Anklageartikel "Mißachtung der Rechte und Befugnisse des Kongresses" besondere Beachtung. Die "Welt" spricht sogar davon, daß Amerikas Machtstruktur sich verändere. Und auf die wieder wachsende Rolle der Parlamente weisen alle Kommentatoren hin.

Daß die bürgerliche Klasse in den USA diesen riskanten Ausweg aus der Watergate-Krise überhaupt gehen kann, daß ihre politischen Einrichtungen ein solches Verfahren aushalten, das liegt am nahezu vollständigen Fehlen einer politisch selbständigen Arbeiterbewegung in den USA. Die sich häufenden Skandale in Washington, die immer offenkundiger werdende Tatsache, daß die Nixon-Regierung die Grundsätze und Methoden der Mafia unmittelbar zum Vorbild für die Tätigkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten nahm: All das waren Zeichen für den Verfaulungsprozeß, in den die politischen Organe der bürgerlichen Klasse übergegangen sind. Aber diesem Verfaulungsprozeß oben entspricht noch nicht das Wachstum des revolutionären Bewußtseins und der Organisiertheit unten, im amerikanischen Proletariat. Was unter den arbeitenden Massen zunimmt, das ist Enttäuschung und Desillusionierung über die Politikerbanden insgesamt. Ein deutliches Zeichen dafür war die extrem niedrige Beteiligung bei der letzten Präsidentschaftswahl in den USA. Aber auch eine desillusionierte und von den bürgerlichen Politikerbanden sich abwendende Arbeiterklasse befindet sich so lange noch politisch im Schlepptau der Bourgeoisie, wie sie nicht die Kraft und Klarheit zu eigener politischer Organisierung unter den Zielen ihrer Klasse hervorbringt. Solange die Arbeiterklasse als politisch bewußte und selbständige Klasse nicht auf den Plan tritt, solange wird die bürgerliche Klasse in den USA immer wieder versuchen können, unter Berufung auf ihre demokratischen Einrichtungen einzelne Fehler ihrer Politiker zu korrigieren. Und es wird ihr so lange auch immer wieder gelingen, die fortschreitende Verfaulung ihrer politischen Einrichtungen für kurze Zeit zu stoppen.

W. Maier

Empörung über Steuerausplünderung

ZWEI ZUSCHRIFTEN, DIE DIE WIRKUNG DES STEUERSYSTEMS ZEIGEN

Die Bundesregierung plant eine große Kampagne, mit der sie die selbst in den Augen vieler SPD-Mitglieder "mißglückte Steuerreform" anpreisen will. Mit Werbemethoden will sie ihre Steuerreform in den schönsten Farben malen, wo doch die Lohnabhängigen schon sehr bald auf dem Lohnzettel sehen werden, daß es damit nicht weit her ist.

Die beiden folgenden Korrespondenzen zeigen, wie die Lohnabhängigen durch dieses Steuersystem ausgeplündert werden. Nach Abzug der Lohnsteuern und der Sozialabgaben hat der Lohnabhängige noch lange nicht seinen realen Lohn auf der Hand. 11 % von seinem Lohn gehen ab bei jedem Einkauf durch die Mehrwertsteuer; bei vielen lebensnotwendigen Waren, wie Salz, Zucker, Benzin, Tabak, Heizöl und vielen mehr muß er noch weitere Steuern zahlen.

Will man sich jedoch bei der Bundesregierung genau informieren, so wird man mit oberflächlichen Angaben abgespeist, die kaum nachzuprüfen sind. So erging es zumindest uns. Erst nach mehrmaliger Anfrage über mehrere Monate hinweg erhielten wir einige Zahlen kurz vor Fertigstellung dieser Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung. Offensichtlich will die Bundesregierung die notwendigen Unterlagen zur Überprüfung der Auswirkungen dieser Steuerreform bei sich behalten, und anstatt dessen teures Werbematerial herstellen, das zwar voll des Lobes ist, aber keine genauen Angaben macht.

Wegen der unzureichenden Unterlagen war es der Redaktion bis zu dieser Ausgabe noch nicht möglich, genau an Beispielen, die für jedermann verständlich sind, die Auswirkungen der Steuerreform auszurechnen und darzustellen. Wir hatten in der letzten Ausgabe einen solchen Artikel angekündigt. Wir werden dies Versprechen in der nächsten oder übernächsten Ausgabe einlösen. Die Schwierigkeit, einen allgemeinverständlichen Artikel über die Auswirkungen der Steuerreform zu schreiben, beruhen aber nicht nur auf mangelnder Information durch die Bundesregierung, sondern vor allem auch auf der bewußt kompliziert und unverständlich gehaltenen Steuergesetzgebung. Verständlich ist sie nur für den Spezialisten, dessen Beruf darin besteht, die Steuerschliche für die Kapitalisten rauszubekommen. Nicht einmal die Lohnsteuerabzugstabelle ist so verfaßt, daß man einfach ablesen kann, wieviel Steuern man zahlen muß, wenn man weiß, wieviel Bruttolohn man bekommt.

DER STAAT PROFITIERT VON WOHNUNGSVERMITTLUNG

Diese Woche erlebten meine Frau und ich besonders deutlich, wie sich der Staat mit indirekten Steuern an der Ausplünderung des Volkes beteiligt. Nach wochenlanger Wohnungssuche mit entsprechend vielen Entttäuschungen (unser "Pech" bestand auch darin, zwei Kleinkinder zu haben) erfuhren wir schließlich über einen Wohnungsmakler die Adresse einer Vier-Zimmer-Altbauwohnung (375 DM ohne Heizung, entspricht in etwa der Altbaumietordnung). Die "Leistung" des Maklers bestand darin, uns zweimal zum Hausbesitzer zu kutschieren; dafür wollte er es auch nicht "umsonst" machen. Dies bedeutete, ihm 777 DM (zwei Monatsmieten **inclusive 11 % Mehrwertsteuer**) zu zahlen. Nun, wir wissen, daß Kapitalisten sich zwangsläufig so verhalten. Daß aber der Staat sich an diesen Erpressergeschäften mit 11 % beteiligt, beweist zum einen, daß die Phrasen von mehr sozialer Gerechtigkeit oder gar demokratischem Sozialismus nur als Vorwand dienen, um das Volk zu täuschen, zum anderen die Richtigkeit der Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

G.P., Unterföhring

VON STEUERVEREINEN NICHTS ZU ERWARTEN

Wegen der Undurchsichtigkeit des Steuerrechts haben sich verschiedene Vereine gebildet, die angeben, den Steuerzahlern helfen zu wollen. Wie diese Hilfe aussehen kann, berichtete ein Kollege wie folgt:

"Bevor ich nicht 56 DM Aufnahme und Bearbeitungsgebühr bezahlt hatte, wollte mir keiner helfen. Was erhielt ich als Gegenleistung? Nichts! Denn als ich mein Formular für den Lohnsteuerjahresausgleich ausgefüllt haben wollte, sagte man mir, daß der Termin schon zu spät sei und der Verein nicht in der Lage ist, den Antrag termingerecht zum Finanzamt zu schicken. Es waren aber noch vier Tage Zeit und ich machte den Vorschlag, den Antrag selbst zum Finanzamt zu bringen. Das wurde abgelehnt. Unter heftigem Protest verließ ich den Raum.

Ich machte mich nun selbst an die Arbeit und füllte, so gut ich konnte, den Antrag aus und brachte ihn zum Finanzamt.

Nach einigen Monaten bekam ich einen Teil der Steuern vom Finanzamt zurück. Aber auch dieser Verein, bei dem ich war, schickte mir am Ende des Jahres eine Karte. Darauf stand, daß ich 35 DM bezahlen müsse, wenn ich die Leistungen des Vereins weiterhin (?) in Anspruch nehmen will."

Man sieht, daß wir von diesen Vereinen nichts zu erwarten haben. Diese Vereine machen mit uns genau die gleichen Geschäfte wie ein Kapitalist. Sie nutzen unsere Unerfahrenheit mit dem undurchsichtigen Steuerrecht aus, um an uns zu verdienen. Daran haben wir kein Interesse. Deshalb müssen wir die Sache selbst erledigen, vielleicht in Zusammenarbeit mit einigen Kollegen. Wir dürfen dem Staat nichts schenken. Die Steuern, die er uns abknöpft, vermindern unseren Lohn. Dabei hat der Staat jedes Jahr einen Gewinn von etwa 80 Millionen DM, weil wir mit der Steuerrückzahlung nicht klarkommen. Das deshalb, weil das Steuerrecht für uns schlecht durchschaubar ist. Richtig wäre es, wenn die zuviel gezahlten Steuern vom Finanzamt selbst, ohne einen besonderen Antrag, an die Steuerzahler zurückgeschickt würden.

Weiterhin müßte das Steuerrecht einfacher und für jeden durchschaubar sein, wobei die unteren Enkommensschichten keine Steuern zahlen müssen, die Kapitalisten jedoch stärker besteuert würden. So schaffen wir uns auch den Brassel mit dem Lohnsteuerjahresausgleich vom Hals.

D.D./H.B., Lesezirkel Köln-Ehrenfeld

Spendenliste vom 12.6. bis 25.7.1974

Spendensammlung der OG Göttingen 494,– DM; KBW-Sympathisantengruppe Weingarten 240,– DM; Spendensammlung Buchladen Hannover 291,– DM; Sammlung der GUV Göttingen 775,– DM; U.M. Freiburg 1 000,– DM; S.Dr. Herne 50,– DM; T.K. Koblenz 30,– DM; c.c. 100,– DM; Sympathisanten des KBW aus Emden 650,– DM; Kommunistische Gruppe Essen 100,– DM; Sammlung der Ortsaufbaugruppe Delmenhorst 50,– DM; KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter 70,–DM; G.R. Heidelberg 1 000,– DM; R.Sch. Kiel 50,– DM; K.R. Heidelberg 100,– DM; KBW-Sympathisantengruppe Friedrichshafen 200,– DM; Sammlung auf Veranstaltung in Köln 214,– DM; U.P. Mannheim 500,– DM; M. u. C.G. und R.T. aus Köln 220,– DM; Spendensammlung Buchladen Dortmund 42,50 DM; Sammlung der GUV Göttingen 400,– DM; H.Schw. Lemwerder 10,– DM; Zelle Jura der KHG Heidelberg 650,– DM; P.D. Heidelberg 60,– DM; M.Kn. Obernkirchen 500,– DM; Sammlung der KHG-Zelle PH 1 Westberlin 120,– DM; Sammlung der Ortsgruppe Heidelberg 500,– DM; H.Schn. Bremen 30,– DM; Sympathisantengruppe des KBW in Konstanz 100,– DM; N.N. Westberlin 100,– DM; KBW-Sympathisantengruppe Weingarten 320,– DM; M.M. Mannheim 1 000,– DM; Sammlung im Buchladen Wiesbaden 58,50,– DM; Spendensammlung im Buchladen Lüneburg 80,– DM; M.K. Gießen 100,– DM

KBW – SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589—00

Referendar-Vereidigung mußte verschoben werden

PROTEST GEGEN POLITISCHE VERFOLGUNG

Göttingen. Am Donnerstag, dem 1. August, fand die Vereidigung von etwa 70 Referendaren der Studienseminare Kassel I und II statt. Zwei Referendare, Karl Schaper aus Göttingen und Dietmar Scheithauer aus Kassel, wurden mit dem Hinweis, daß sie politisch verdächtig seien, nicht vereidigt. Die überwiegende Mehrheit der zur Vereidigung erschienenen Referendare solidarisierte sich spontan mit den beiden Betroffenen. Die Vereidigung mußte im Studienseminar II um eineinhalb Stunden verschoben werden.

Während dieser Zeit diskutierten die Referendare über diese Maßnahme und verfaßten zwei Resolutionen, in denen es heißt: "Die Lehramtskandidaten vermuten in diesem Verfahren eine politische Überprüfung, gegen die sie sich mit Nachdruck zur Wehr setzen". Gleichzeitig forderten sie die rückwirkende Einstellung beider Referendare. Die zwei Resolutionen aus beiden Studienseminaren erhielten 41 bzw. 51 Unterschriften. Ein Vertreter des Regierungspräsidenten teilte beiden Betroffenen danach die Verdachtsgründe mündlich mit. Dietmar Scheithauer habe einmal auf der Roten Liste für den Studentenrat der Gesamthochschule Kassel kandidiert, Karl Schaper habe dreimal auf der Roten Liste für den Studentenrat der Universität Göttingen kandidiert und sei Mitglied im SDS und im KSB gewesen. Weiterer Verdachtsgrund sei die Vorbereitung und Durchführung einer Demonstration in Holzminden, die sich gegen den NPD-Parteitag 1971 gerichtet habe. Man kann daraus nur den Schluß ziehen, daß jemand, der sich aktiv gegen faschistische Umtriebe zur Wehr setzt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet. Der hessische Kultusminister muß erklären, wem es nützt, wenn Referendare, die aktiv Faschisten entgegentreten, am Studienseminar nicht zugelassen werden. Ganz nebenbei fragt man sich, welche Informationen und Spitzeltätigkeiten dem Kultusminister als Grundlage für seine Anschuldigungen dienen, denn Karl Schaper ist weder an der Vorbereitung noch an der Durchführung der Demonstration beteiligt gewesen. Das hessische Kultusministerium hat willkürlich zwei von etwa 70 Referendaren herausgegriffen, um exemplarisch deutlich zu machen, daß politische Betätigungen von fortschrittlichen Staatsbediensteten mit Rausschmiß geahndet werden können. Die Solidarisierung der Referendare hat gezeigt, daß diese sich auch in Zukunft sicher nicht einschüchtern lassen, sondern von dem Recht auf politische Meinungsäußerung Gebrauch machen, ob es dem Kultusministerium paßt oder nicht.

– K.K., Göttingen –

KVZ-Verkauf in den Ferien

Ein ganz schöner Schock war das, als die KVZ Nr.15 mit einer Auflage von nur 48 000 erschien. Daran ist nicht der Urlaub schuld, sondern die Urlaubsstimmung der Genossen!

An uns liegt es nicht, daß die Auflage gesenkt werden mußte. Wir sind Lehrerstudenten am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg und Mitglieder der Sozialistischen Studentengruppe. Mit Beginn der Semesterferien standen wir vor dem Problem, wie schaffen wir es – trotz leerer Institute und mit viel weniger Genossen – wie bisher 300 KVZ zu verkaufen. Wir gehörten bisher nicht zu den besten Verkäufern, vor allem was den Verkauf unter den Studenten betrifft; gerade bei der Nr.13 hatten wir über 100 Zeitungen zurückgegeben. So konnte es nicht weitergehen, das war klar. Angespornt durch den Beschluß zum wöchentlichen Erscheinen der KVZ, diskutierten wir die Schwierigkeiten beim Verkauf und legten fest, wie bisher vor den Betrieben, in der Stadt und zu bestimmten Zeiten an der Uni zu verkaufen.

Aber zusätzlich wollten wir dorthin gehen, wo die Studenten in den Ferien anzutreffen sind: in den Wohnheimen und in den Kneipen und Kinos in der Nähe der Uni. Wir haben die besten Erfahrungen gemacht, zum Beispiel beim Wohnheimverkauf von Zimmer zu Zimmer. Gerade in den Ferien haben die Studenten Zeit, unsere Zeitung zu lesen.

Und wir haben es geschafft! Mit der Hälfte der Genossen verkauften wir von der Nr.14 alle 300 Stück, und für die Nr.15 werden wir diese Zahl vielleicht noch steigern, wie das jetzt nach anderthalb Wochen Verkauf aussieht. Und das, obwohl zur Zeit nur noch 7 von 18 Genossen da sind. Unter den Studenten haben wir mehr verkauft als manchmal während des Semesters.

Den Verkauf in den Stadtteilen verbesserten wir, weil wir auch dort von jetzt an einmal wöchentlich in den Kneipen verkaufen. Bald können wir in zwei Stadtteilen Leserkreise aufbauen, denn durch den regelmäßigen Verkauf konnten wir schon erste feste KVZ-Leser gewinnen.

–Sozialistische Studenten Gruppe Hamburg / PI-Zelle–

AUFSICHTSRATSWAHLEN BEI FORD-KÖLN

»Lück ans Band«

NIEDERLAGE DES BETRIEBSRATSVORSITZENDEN

Seit dem Ford-Streik im letzten Jahr hat Betriebsratschef Lück immer mehr an Einfluß verloren. Trotz verzweifelter Bemühungen, den wirklichen Arbeitervertreter herauszukehren, wächst die Front gegen ihn ständig.

Zu offensichtlich war sein brutales Vorgehen gegen die Streikenden im letzten Jahr, als er Hand in Hand mit der Polizei zusammenarbeitete; zu oft hat er auf Betriebsversammlungen und in der täglichen Politik offen die Interessen der Kapitalisten vertreten. So auch auf der letzten Betriebsversammlung, wo er die Entlassung derjenigen forderte, die noch nicht ein ganzes Jahr im Betrieb sind (siehe KVZ Nr. 13).

Seine vorläufig schwerste Niederlage mußte Lück bei den Aufsichtsratswahlen einstecken: Er bekam im Gegensatz zu früher nur die zweitmeisten Stimmen. Das hat es bei Ford bisher noch nicht gegeben: ein Angestellter, der zudem noch in der DAG ist, bekommt mehr Stimmen als der IG-Metall-Arbeiter"vertreter".

Wie groß der Vertrauensverlust der IG-Metall-Führer schon ist, zeigt sich, wenn man noch die Wahlbeteiligung und die ungültigen Stimmen berücksichtigt:

Von 41 144 Wahlberechtigten gingen nur 25 166 an die Wahlurne.

Von 23 788 gültigen Stimmzetteln – jeder hatte zwei Stimmen – bekam DAG-Vertreter Röchter 13 347 und Lück 13 203. Abgeschlagen landete Joisten (IG-Metall-Angestellter) auf dem 3. Platz.

Den größten Knall gab es bei der Auszählung der Wahl. Von den etwa 1 300 ungültigen Stimmen waren fast 1 000 Zettel mit Aufschriften wie "Lück ans Band" oder "Lück weg, hat kein Zweck" versehen!

Das Wahlergebnis zeigt zwei wichtige Veränderungen bei Ford. Zum einen hat gerade in Krisensituationen wie jetzt (nach den Werksferien drohen Massenentlassungen) das Geschwafel von der Mitbestimmung seine Überzeugungskraft verloren. Es wählten nur noch 61,17 %, in Merkenich sogar nur noch etwa 23 %. Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat, das wissen die Ford-Kollegen inzwischen, bringt hinten und vorne nichts, außer den ansehnlichen "Vergütungen", die in die Zehntausende gehen.

Zum zweiten zeigt sich, daß selbst die Kollegen, die ihre Illusionen über die Mitbestimmung noch nicht ganz über Bord geworfen haben, sich enttäuscht von der IG-Metall-Führung abwenden. Die Abkehr von der Politik der IG-Metall-Führung bedeutet aber gleichzeitig bei vielen eine Abkehr von der IG Metall als Gewerkschaft. Dieser Entwicklung muß entgegengetreten werden, indem wir klarmachen, daß die "Beherrschung der Gewerkschaften durch Arbeiteraristokraten (vom Schlage Lücks) nichts ändert am Charakter der Gewerkschaften als elementare Arbeiterorganisationen" (Leitsätze des KBW zur Gewerkschaftsarbeit).

O.H., Köln

VW-Leiding will Belegschaften gegeneinander ausspielen

KURZARBEIT UND AKKORDSCHINDEREI IN EINEM BETRIEB

Osnabrück. Der Chef von VW Wolfsburg, Leiding, hat vor den Betriebsferien eine Besprechung mit der Karmann-Geschäftsleitung gehabt. Sie debattierten darüber, ob die Produktion noch mehr gesteigert werden kann. Bekanntlich ist Karmann der einzige Betrieb, der die VW-Sciroccos produziert. Der Haken an der Sache ist, daß mehr Sciroccos verkauft als produziert werden. Das ist nicht nur ärgerlich für die VW-Kapitalisten, sondern schmälert auch ihren Profit. Also drohte Leiding der Karmann-Geschäftsleitung an, er werde den Auftrag nach Wolfsburg holen, wenn nicht mehr produziert wird. Anlagen und Werkzeuge dazu sind dort vorhanden. Außerdem macht Wolfsburg Kurzarbeit und zahlt Kündigungsprämien.

Die Karmann-Geschäftsleitung hatte also nichts Eiligeres zu tun, als diese Drohung sogleich an die Arbeiter weiterzugeben: Entweder es wird schneller gearbeitet, oder Kurzarbeit und Entlassungen stehen an. Das geschah zwar nicht auf direktem Weg, sondern man legte dem Betriebsrat einen neuen Produktionsplan vor und Produktionsdirektor Altstätter erschien auf einer Vertrauenskörpersitzung und wiederholte dort Leidings Drohung, um so die Kollegen einzuschüchtern und zu verängstigen. Und so sieht der neue Plan aus: Von bisher 110 Fahrzeugen je Schicht (das ist für Karmann-Verhältnisse schon sehr viel) auf 125 ab 1. September und 150 ab 1. Oktober. Außerdem muß ein Rückstand von 300 Stück nachgeholt werden. Das bedeutet für die Kollegen einen nicht zu bewältigenden Arbeitsanfall. Waren die Arbeitsbedingungen bisher schon schlecht, so wird es nach dem Urlaub katastrophal. Aber damit nicht genug. Während in Osnabrück die Kollegen bei der Arbeit Blut schwitzen, läßt Karmann im Tochterwerk Rheine (50 km von Osnabrück) kurzarbeiten. Man sieht, Profit läßt sich im Kapitalismus auf vielfache Art und Weise machen, selbst innerhalb derselben Firma.

Zum Leidwesen der Karmann-Kapitalisten ist es aber nicht so, daß die Kollegen sich das einfach gefallen lassen. Zwar hat der Betriebsrat diesen mörderischen Produktionsbedingungen zugestimmt, doch einverstanden ist damit kaum ein Kollege. Als im Preßwerk zu alledem auch noch der Akkordlohnsatz auf 126 % (1973: 130 %) gesenkt wurde, entstanden große Empörung und Unruhe.

Im Werkzeugbau wurden im Juli Werkzeuge für Ford/Köln, wo kurzgearbeitet wird, hergestellt. Da es eine eilige Sache war, "durften" die Kollegen dort Galoppschicht (8 Stunden arbeiten, 8 Stunden frei, 8 Stunden arbeiten usw.) machen. Wer das einmal mitgemacht hat, ist nach einer Woche total erledigt.

Die Arbeitshetze beschränkt sich also nicht auf den Fahrzeugbau, sondern ist überall im Betrieb anzutreffen. Deshalb besteht auch im ganzen Betrieb Unruhe und Unzufriedenheit über diese Zustände. Und als besondere Zugabe gibt es nicht einmal ein vernünftiges Mittagessen in der Kantine, wenn man die Mehlsoße und Wassersuppe überhaupt noch als Essen bezeichnen kann.

So nimmt es kein Wunder, daß es nicht bei der Unzufriedenheit blieb, sondern eine Bewegung gegen die Arbeitshetze und für mehr Lohn entstanden ist, die insbesondere auch von den ausländischen Kollegen getragen wird. Die Betriebszelle des KBW gab dieser Bewegung durch die Forderungen

1 Mark mehr für alle – Mindestlohn 8 Mark! und

Kontrolle der Akkordarbeit durch Betriebsrat und Gewerkschaft, vor allem durch die Vertrauensleute!

eine Stoßrichtung. Es ist jetzt wichtig, diese Bewegung zu vergrößern und die Forderungen im Betrieb zu verbreiten. Es muß auf jeden Fall eine Spaltung vermieden werden, sei es in Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen oder Werkzeugbau und Fahrzeugbau. Darum fordern wir die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung.

Für die erfolgreiche Durchsetzung von Forderungen gilt noch immer "Einheit macht uns stark". Um diese Einheit herzustellen, geht es jetzt.

K.A., Osnabrück

POLITISCHE UMFRAGE

Innenministerium quetscht Ford-Kollegen aus

Zwischen dem 10. und 18. Juli passierten bei uns im Betrieb merkwürdige Sachen: Mitten in der Arbeitszeit durften auf einmal einzelne Kollegen ihre Arbeit verlassen (z.B. in der X- und Y-Halle) und in ein Büro gehen. Dort saßen freundliche junge Leute, die einen Fragebogen vor sich liegen hatten und uns fast 40 Minuten lang ausquetschten.

Einige Kollegen waren, wie sich später herausstellte, von der Geschäftsleitung angeschrieben worden. Es hatten sich jedoch so wenige gemeldet, daß auch Kollegen ohne Vorankündigung ins Befragungsbüro mußten.

Dort wurden sie mit den Wünschen unseres angeblich so "demokratischen" Staates vertraut gemacht: Es handele sich um **eine Studie des Bundesinnenministeriums, die den Einfluß der links- und rechtsradikalen Gruppen im Betrieb untersuchen sollte.**

Später kam heraus, daß auch das "Deutsche Industrie-Institut" dabei mitmischte. Schöne Kombination: Kapitalisten und Staat fragen Arbeiter aus!

Ford sollte deshalb als erster befragt werden, weil er typisch sei für einen Großindustriebetrieb und weil dann **die Studie in allen größeren Betrieben im Bundesgebiet gemacht werden soll.** Ford eignet sich natürlich dafür, weil hier einer der wichtigsten Streiks im letzten Jahr gelaufen ist. Jetzt wollen die da oben unsere Meinung testen und feststellen, eine wie große Gefahr wir Arbeiter für sie sind. Die wissen genau, daß wir am gefährlichsten sind, wenn wir gemeinsam nicht nur für mehr Lohn, sondern für den Sozialismus kämpfen!

So gingen dann auch die meisten Fragen über den Einfluß der Kommunisten. Da wurde gefragt, wer denn wohl den Streik letztes Jahr organisiert hätte, wie der Streik vorbereitet worden sei, wieviel "Radikale" dabei im Betrieb gewesen seien und was wohl die Gründe für den Streik gewesen seien. Die lächerlichste Frage war, wie wir uns einen Kommunisten vorstellen würden: freundlich, hinterlistig, geldgierig, diktatorisch? Mit solchem Blödsinn konnte kaum einer was anfangen. Dann wollten sie noch ganz genau wissen, welche Gruppen in und welche vor dem Betrieb arbeiten. Und die letzte Frage war schließlich, ob man vom Staat Nachteile fürchten müsse, wegen der Aussage zu den "Radikalen".

Das Ganze wurde als "absolut anonym" verkauft, obwohl doch der Meister genau wußte, wer wann ins Befragungszimmer ging. Und schließlich waren die Fragebogen ja durchnumeriert. Als ob die Geschäftsleitung sich an "Anonymität" halten würde.

Aber einige Kollegen haben denen ganz schön die Suppe versalzen. Sie haben einfach immer nur das erzählt, was sie **nicht** meinten. Die Kapitalisten vom Industrieinstitut werden in einiger Zeit vielleicht großartig auftrumpfen mit der Bemerkung: In unserem Betrieb herrscht Ruhe. Wir Arbeiter werden ihnen aber was anderes zeigen. Dann können sie sich ihre Umfrage an den Hut stecken.

Für einen solchen Spionagetrick hat unser Betriebsrat mal wieder seine vollste Zustimmung gegeben. Vielleicht wollen Lück & Co. auch mal in die Ergebnisse der Studie reinschauen. Das würde sie bestimmt interessieren.

Wenn diese Umfrage tatsächlich in diesem oder im nächsten Jahr in anderen Betrieben gemacht wird, sollten die Kollegen entweder nicht hingehen oder einfach falsche Sachen angeben. Dann können die Schnüffler im Innenministerium wenigstens nichts mit den Ergebnissen anfangen!

H.S., Köln

Polizei gegen Betriebsrat

Bei dem Benteler-Werk Neuhaus (Talle) wurde das Betriebsratsmitglied Aktari Halim mit Hilfe der Polizei vor etwa 4 Wochen aus dem Werk geworfen.

Türkische Kollegen hatten sich an Aktari Halim gewandt, um von ihm zu erfahren, wie es sich mit den Akkorden verhält. Kollege Halim tat das, was seine Aufgabe als Betriebsrat ist. Er informierte die Kollegen. Während der Diskussion wurde er dann durch ein Mitglied der Betriebsleitung aufgefordert, wieder an die Arbeit zu gehen. Halim erklärte dazu, daß er erst seine Kollegen informieren würde. Daraufhin wurde ihm fristlos gekündigt. Da er aber den Betrieb nicht verlassen wollte, wurde erst der Pförtner und dann die Polizei gerufen.

Der Kündigungsgrund der Betriebsleitung: Arbeitsverweigerung – ist schon deshalb falsch, weil Kollege Halim am nächsten Tag, als er zur Arbeit wollte, nicht in den Betrieb gelassen wurde.

Da die anderen Betriebsratsmitglieder der Entlassung nicht zustimmten und da es sich um einen Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz handelte, sah sich Benteler gezwungen, Aktari Halim wieder einzustellen.

B.M./Betriebsaufbauzelle Benteler

Aktionärs-Versammlung bei Benz

AKTIONÄRE STARTEN NEUE ANGRIFFE GEGEN DIE ARBEITER

Stuttgart. Wie ein Haufen gieriger Geier scharten sich am 17. Juli über 1 800 Aktionäre der Daimler-Benz AG im Hauptwerk Stuttgart-Untertürkheim zur Hauptversammlung zusammen. Wochen vorher wurde das Werk mit aufwendigen Malerarbeiten auf Vordermann gebracht. Noch ansehnliche Wände und Decken wurden willkürlich abgerissen und neu getäfelt, so daß sich viele Kollegen gesagt haben, "Die müssen doch Geld zu viel haben"

Die Aktionäre waren zum großen Teil zufrieden. Mit Huldigungen wie "Daimler-Benz hat nicht nur eine S-Klasse, sondern ist selbst Sonderklasse" lobten sie das Unternehmen. Für uns bedeutet das Sonderklasse in Lohnabbau und Akkordhetze, denn nur so kommen die Aktionäre zu ihren Gewinnen. Ihre Profite stehen im direkten Gegensatz zu unseren Löhnen. Deshalb setzten sie auch dort mit ihrer Kritik an der Geschäftsleitung an. Ihnen sind die Personalkosten immer noch zu hoch, und die im Juli vom Betriebsrat Stuttgart-Untertürkheim ausgehandelten 312 Mark vermögenswirksame Leistungen sind in ihren Augen unnötige Kosten. In ihrer Raffgier wetterten sie sogar gegen die Gewerkschaftsführung, die sie für die "massiven Kostensteigerungen" verantwortlich machten. Sie übersahen, wie hilflos sie einer kampfentschlossenen Arbeiterschaft gegenüberstünden, würde nicht die Gewerkschaftsführung die Kollegen beschwichtigen und ihnen Sozialpartnerschaft predigen. Der Vorsitzende des Betriebsrats aus Mannheim, Herbert Lucy, sah sich auch prompt genötigt, die Rolle der SPD-Gewerkschaftsführung richtigzustellen. Er empfahl den Aktionären, lieber auf ein paar Mark nicht so zu schauen, und auch mal auf einen kleinen Teil zu verzichten, um das Ganze nicht zu gefährden.

"Die Bedeutung der Gewerkschaft als Ordnungsfaktor", meinte Lucy, "sei sogar gewachsen. Nur sie könne die Aktivitäten der Roten Zellen in den Betrieben zurückdrängen. Wo es keine Gewerkschaft mehr gebe, sei auch eine Demokratie unmöglich." (Zitat aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli)

Der Vorstandschef Joachim Zahn versuchte die direkten Angriffe der Aktionäre auf die Arbeiter und Angestellten der Daimler-Benz AG zu rechtfertigen, indem er ein Gejammer über die wirtschaftliche Lage der Autoindustrie vorführte, daß man glauben mußte, die Daimler-Benz AG stehe vor dem Bankrott. Für ihn war die Hauptursache natürlich auch die "Explosion" der Personalkosten. Doch er mußte zugeben, daß eine gewisse Marktsättigung eingetreten sei, die durch die hohe Mineralölsteuer, die Mehrwertsteuer für Neukäufe begünstigt worden sei. Großzügig schlug er vor, durch Senkung dieser Steuer und höhere Kilometerpauschalen das Autofahren wieder aktuell zu machen. Mit solchen Tricks versuchen nun die Kapitalisten wieder aus ihrer Krise rauszukommen. Doch jedem wird klar sein, daß solche steuerlichen Vergünstigungen durch andere Steuerlasten wieder reingeholt würden. Hinsichtlich der nächsten Tarifrunde drohte Zahn offen mit Produktionsverlagerungen ins Ausland. Diese Einschüchterungsversuche dürfen uns nicht von ausreichenden Lohnforderungen abhalten. Denn es ist müßig zu glauben, die westdeutschen Kapitalisten ließen sich durch niedrige Forderungen von den Produktionsverlagerungen abhalten. Unsere Forderungen müssen an unserer Lebenslage ausgerichtet sein, und nicht an irgendwelchen Kapitalinteressen. Das gilt auch für die anstehenden Verhandlungen über die diesjährigen Weihnachtsgelder, Sondervergütungen und den Bonus 74. Wir müssen die Forderungen der Betriebsräte genau prüfen und mit anderen Kollegen diskutieren. **Ein Daimler-Benz-Kollege**

SPD-Personalrat entzieht Kollegen das Wort

Lehren aus einer Personalversammlung des Opladener Bundesbahnausbesserungswerkes vom 24.7.1974

Auf unserer letzten Personalversammlung wandte der Personalrat eine äußerst dreiste Taktik an, um die Personalversammlung reibungslos über die Bühne zu bringen. Langweilige Ansprachen, sowie Verabschiedungen, ein nichtssagender "Rechenschaftsbericht" sowie eine Mammutrede über die "Altersversorgung" von über 40 Minuten sollten bezwecken, daß die Probleme, die die Kollegen interessieren, nicht zur Sprache kommen. Kein Wort darüber, was es mit der in diesem Jahr schon zweiten Erhöhung der Kantinenpreise (im Januar von 1,60 DM auf 1,80 DM, im August von 1,80 DM auf 2,– DM) auf sich hat. Kein Wort, ob mit der Einführung der 40-Stunden-Woche auch die Vorgabezeiten gekürzt werden. Oder wie es um die noch ausstehenden 300,– DM Urlaubsgeld steht.

DOCH DIE RECHNUNG DES SPD–PERSONALRATES GING NICHT GANZ AUF

Für die "Diskussion" blieb noch nicht einmal eine halbe Stunde übrig. Dennoch ergriff ein Kollege das Wort und sprach über die vom Personalrat bewußt verschwiegenen Punkte. In seiner Rede ging er auch darauf ein, daß nicht die Kollegen für die Preistreibereien und somit letztlich für die Kantinenpreiserhöhungen verantwortlich sind, sondern die Großkonzerne. Deshalb sei die Erhöhung der Kantinenpreise abzulehnen. Das war für den Personalrat der Vorwand, mit Unterstützung des anwesenden Werkdirektors das Wort dem Kollegen zu entziehen. "Begründung", der Kollege versuche "eine politische Schau abzuziehen", und außerdem hätten sie hier "Hausrecht".

Empörung und Pfiffe vieler Kollegen **waren die Quittung für diese Machenschaften**, zumal viele Kollegen von den geplanten Erhöhungen bis dahin nichts wußten.

Mit diesem "Zwischenfall" war die Versammlung auch zu Ende. Anschließend in den nächsten Tagen wurde noch oft und heftig über diese Vorkommnisse innerhalb der Belegschaft diskutiert.

An dem Kollegen, der der Verwaltung und dem Personalrat die Stirn geboten hatte, wurde harte, aber solidarische Kritik geübt. Die Kollegen meinten, es hätte nicht am Anfang der Rede schon auf die Politik der Konzerne, die ja tatsächlich für die Preistreibereien verantwortlich sind, eingehen sollen. Er habe damit dem Personalrat es zu leicht gemacht, ihm mit der "Begründung", das sei ja **"Parteipolitik"**, das Wort zu entziehen. Hätte er diesen Punkt am Schluß gebracht und den Personalrat gefragt, wie er sich denn zu den Erhöhungen und den anderen Punkten stelle, wäre dieser noch mehr entlarvt worden.

Einig waren sich jedoch viele Kollegen darin, daß es wie bisher mit dem Personalrat nicht mehr weitergehe. Bei den nächsten Personalratswahlen müssen die Konsequenzen gezogen werden.

Weiterhin: Die Kollegen sind nicht gewillt, die geplanten Erhöhungen der Kantinenpreise hinzunehmen. Viele Kollegen wollen solange nicht mehr in der Kantine essen gehen, bis die Preise wieder zurückgenommen werden.

Für die Aufbauzelle zeigte sich in der Diskussion ganz klar, daß wir noch besser nach der Devise handeln müssen: "Den Feind strategisch verachten, taktisch jedoch **sehr ernst** nehmen" und uns noch mehr als bisher auf die Meinungen der Kollegen **stützen müssen.**

–OAG Opladen–

Kurzer Streik bei Vulkan

GEGEN VIEHISCHE ARBEITSBEDINGUNGEN

Anfang Juli streikten die Kollegen, die auf dem Großtankerneubau "Liotina" im Seitentank 6 arbeiteten. Über Nacht hatte man den einzigen großen Lüfter für diesen Tank verlegt. Der Seitentank ist etwa 18 m breit, 29 m hoch und 30 m lang.

Fünf Schweißer arbeiteten mit zwei Schiffbauern darin. Durch das Schweißen und Brennen wird ein solcher Qualm und Rauch entwickelt, daß man nach einer Stunde Arbeit vor lauter Qualm nicht mehr durch den Tank gucken kann, die Luft unerträglich schlecht ist. Für (sehr schlechte) Abhilfe sorgen normalerweise zwei Lüfter, und einen davon – den größeren – hatte man uns nun entzogen.

Aber ohne uns. Zu Arbeitsbeginn blieben wir gleich an Deck und machten unseren Akkordschreiber und unseren Schieber (Vorarbeiter) rebellisch, indem wir sagten, mit einem Lüfter würden wir nicht arbeiten. Auch die beiden Schiffbauer lehnten es ab, im Tank zu arbeiten. Akkordschreiber und Schieber flitzten übers Deck, fluchten und versuchten einen neuen Lüfter zu organisieren. Ohne Erfolg, es gab keinen Lüfter mehr, wie sie uns zum Frühstück mitteilten. Was wir jetzt machen könnten, läge an uns, meinten sie. Genau das hatten wir uns auch gesagt und uns gleich nach dem Frühstück am Tankeinstieg verabredet. Beim Frühstück sprachen wir noch mit unserem Vertrauensmann und Betriebsrat, dem wir sagten, daß wir, solange kein Lüfter hergeschafft wird, auch nicht arbeiten würden, und der auch gleich zum Meister ging, um Abhilfe zu schaffen.

Es dauerte eine halbe Stunde und die Kollegen der Lüfterkolonne kamen und begannen einen Lüfter zu montieren. Nach einer Stunde etwa röhrte der Lüfter los und wir krabbelten befriedigt in unseren Tank.

Für uns war das ein Erfolg. Aber an den gesamten Arbeitsbedingungen an Bord, die man schlichtweg nur als viehisch bezeichnen kann, hat das noch nicht viel verändert. Der Lüfter wurde von einem zur Zeit unbesetzten Tank abmontiert. In ein paar Tagen wird dort aber wieder gearbeitet werden müssen und dann fehlt dort der Lüfter.

Wir brauchen generell mehr Lüfter an Bord, das muß durchgesetzt werden. Diese Forderung gehört auf die nächste Branchenversammlung der Schweißer.

Die viehischen Arbeitsbedingungen an Bord – die verqualmte Luft, die lebensgefährlichen Kraxeleien, die Akkordschinderei – sie bringen den Vulkan-Kapitalisten den großen Profit (34 % Dividende allein für 1973!) auf Kosten unserer Gesundheit. Der Widerstand dagegen ist überall vorhanden, es gilt ihn nur auf der richtigen Linie zu entwickeln und zu organisieren. – P.D., Bremer Vulkan –

Vom Betriebsleiter in den Tod geschickt

Passau. In der Autoreparaturwerkstatt Karl Bachl in Außernbrünst mußte der Lehrling Sandor Siladi in einem drei Meter tiefen Schacht eine Ölabscheideanlage reinigen, und zwar ohne Atemschutz, ohne Sicherungsseil. Ausströmende Dämpfe machten den Schacht zu einer Gaskammer, in der Sandor Siladi ohnmächtig wurde. Schon am Vormittag hatten der Lehrling und zwei andere, die mit lebensgefährlichen Verletzungen davonkamen, über "Rauschzustände, Ohrensausen und Druck im Kopf" sich gegenüber dem Betriebsleiter beschwert, der sie wieder an die Arbeit schickte: "Stellt's euch doch net so an. Ich war doch selber schon da unten." Um 15 Uhr stieg der zweite Lehrling taumelnd aus dem Schacht: "Der Sandor liegt bewußtlos unten. Holt's ihn raus!"

Im Betrieb gab es keine Gasmaske. Als Sandor Siladi schließlich aus dem Schacht geholt wurde, war er tot.

Bauer-Verlag beutet Kinder aus

Der Bauer-Verlag in Westberlin hat sich eine besondere Methode ausgedacht, wie er Leute ausnutzen kann. Er stellt Schüler zum Verteilen von abonnierten Zeitungen ein, die aber keinen Lohn erhalten, sondern 10 Zeitungen zum eigenen weiteren Verkauf. Damit schlägt er gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Er bezahlt nichts für das Austragen der Zeitungen und er hat billige Arbeitskraft für die Werbung und den weiteren Verkauf seiner Zeitungen.

kauf seiner Zeitungen.

Postgeheimnis

Fernmeldeamt
Br 1281-0

62 Wiesbaden, den 10. Juli 1974
F.: 365 707

An alle
Dienststellen

des FA Wiesbaden

Pressearbeit

Mit Vfg 50-1 1281-0 von 4.7.1974 weist die OPD darauf hin, daß Auskünfte an Presse, Rundfunk, Fernsehen und sonstige Vereinigungen, Verbände usw. nur von den hierzu befugten Beamten erteilt werden dürfen.

Nach § 65 BBG informiert der Vorstand der Behörde oder der von ihm bestimmte Beamte die Publikationsorgane. "Vorstand der Behörde" im Sinne des BBG ist beim FA Wiesbaden der Amtsvorsteher, in dessen Auftrag der BÖ zur Auskunftserteilung berechtigt ist.

Es wird gebeten, die Angehörigen Ihrer Dienststelle entsprechend zu informieren.



Schreyer

Beglaubigt:
Ba Lel, Ang

Mit dieser Verfügung will die Postverwaltung verhindern, daß Kollegen der Post- oder Fernmeldeämter Informationen über ihre Arbeitssituation, über die Rationalisierung und die Arbeitshetze und den Kampf dagegen an die Öffentlichkeit bringen: zum Beispiel an die KVZ.

Aber auch für die Kollegen in anderen Arbeitsbereichen ist es wichtig, zu wissen wie die Arbeitssituation bei der Post ist und wie die Kollegen den Kampf gegen die Auswirkungen der Rationalisierung organisieren. Deshalb werde ich auch weiterhin an der KVZ mitarbeiten und fordere alle Kollegen auf, über das Verbot zu diskutieren und es zu durchbrechen, indem sie in Artikeln an die KVZ oder in Leserbriefen an andere Zeitungen die Zustände bei der Post schildern. –N.S.–

So einfach ist das nicht

BERICHT EINES, DER ARBEITSLOSENGELD BEANTRAGTE

Hamburg. Am 14.6. bin ich aus meinem Betrieb rausgeschmissen worden. Als Grund wurde unter anderem "Arbeitsmangel" angegeben. Und weil der Mensch nicht ohne Geld leben kann, bin ich zum Arbeitsamt gegangen, um mir einen Teil der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung als Arbeitslosenunterstützung wiederzuholen. Aber so einfach ist das nicht.

Zuerst mußte ich warten, bis ich gerufen wurde, obwohl das Sprechzimmer leer war. Dann habe ich der "hilfreichen" Dame, die hinter ihrem Schreibtisch sitzt und höchstwahrscheinlich nicht rausgeschmissen werden kann, erzählt, warum ich gefeuert worden bin. Als ich den Namen des Betriebes nannte und den Grund für meine Entlassung angab, sagte sie mir ohne Umschweife, sie könne sich das nicht vorstellen. Das wäre dort noch nicht vorgekommen, und was ich mir so vorstelle. Es gäbe fast keine freien Stellen. Als wenn ich in der Lage bin, eine Entlassung zu verhindern!

In ihrer Kartei für Stellenangebote war fast nichts. Eine Firma hörte sich gut an und ich bin dort gleich hingefahren. Die Fahrzeit beträgt aber über eine Stunde, und ich habe abgelehnt, dort anzufangen. Als ich diesen Grund angab, erklärte das Arbeitsamt mir einfach, solch eine Fahrzeit wäre normal. Was ich mir eigentlich vorstellen würde. Daraufhin habe ich einen Antrag für Arbeitslosenunterstützung verlangt. Er wurde mir anstandslos ausgehändigt, aber mit "Begleiterscheinungen".

Erstens verlangte man von mir eine Unterschrift unter einen Auszug aus einem Gesetzestext, in dem ungefähr drinstand, ich hätte jede Arbeitsstelle unter "normalen" Bedingungen anzunehmen. Andererseits sei das Arbeitsamt in der Lage, die Unterstützung zu streichen. Die Dame vom Arbeitsamt erklärte mir, unter "normal" verstünde sie auch eine Stunde Fahrzeit.

Auf dem zweiten Schriftstück sollte ich erklären, warum ich gefeuert worden bin. Das habe ich nicht gemacht. Den fertig ausgefüllten Antrag durfte ich 14 Tage später abgeben. Der Grund für diese Dauer sind die Massen der Arbeitslosen und die bürokratische Arbeitsweise. Die Bearbeitung des Antrages wird nochmal 10 bis 14 Tage dauern. Das bedeutet, daß man nach zirka vier Wochen das erste Geld bekommt. Keiner von diesem Teil des Staatsapparates wird sich fragen, woher zum Beispiel ein Familienvater das Geld nimmt, um Frau und Kinder zu ernähren. Und vom Bearbeiter meines Antrags konnte ich erfahren, daß sich gegen Winter die Zahl der Arbeitslosen wesentlich erhöhen wird und natürlich auch die Bearbeitungsdauer.

Der Staat finanziert mit unserem Geld Projekte der Kapitalisten, und für die Arbeitslosen ist nichts da. Deshalb ist es richtig, wenn wir fordern:

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.

Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

–E.E., Hamburg–

Konkursausfallgeld: weil die Empörung über den Lohnbetrug immer stärker wurde

Immer häufiger werden die Kollegen beim Konkurs von Firmen um ihren Lohn betrogen. So z.B. in Lüdenscheid, wo die Arbeiter um den Lohn für den Monat Mai betrogen wurden. In Lüdenscheid marschierten im Hintergrund 80 Polizisten auf, um diesen Lohnbetrug gegen die empörten Kollegen zu sichern. Die Unruhe und Empörung unter den Lohnabhängigen über diese Betrügereien der Kapitalisten und die Zahl der Konkurse nimmt ständig zu. Daher sah sich der Bundestag gezwungen, jetzt ein Gesetz zur Lohnsicherung im Konkursfall zu verabschieden, das ab Juli 1974 in Kraft tritt. Wenn der Kapitalist auch gleich die Lohngelder mit untergebuttert hat, sollen jetzt die letzten drei Nettomonatslöhne vor dem Konkurs gesichert werden. Die Kapitalisten werden einen Fonds gründen, von dessen 40 Millionen DM die Löhne bezahlt werden sollen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Urbaniak erklärte: "Dem Arbeitnehmer wird in einer ihn drückenden Situation die Angst vor wirtschaftlicher Not genommen." Kein Wort darüber, daß z.B. 1974 bei tausenden von Pleiten zehntausende von Arbeitern und Angestellten von heute auf morgen auf die Straße fliegen. Wie Bundeskanzler Schmidt erklärte, gehören die Konkurse und damit die Not von zehntausenden von Arbeitern zum Normalzustand der kapitalistischen Gesellschaft. "Sonst wäre das ganze Gerede von der Marktwirtschaft wirklich nur Gerede". –A.H.–

Middelhauve muss zahlen

ARBEITER NEHMEN LOHNBETRUG NICHT HIN

Ende letzten Jahres mußte Dr. Friedrich Middelhauve erstmals zugeben, daß sein Druckereibetrieb in der Krise war. Diese Krise wurde dadurch hervorgerufen, daß Middelhauve 1,2 Millionen DM investieren mußte, um den Betrieb konkurrenzfähig zu halten. So wurden aus Rationalisierungsgründen 10 Kollegen gekündigt. Die anderen Kollegen wurden dadurch verunsichert. Etwa 100 bis 120 Kollegen wechselten den Betrieb. Doch dadurch war die Krise noch nicht beseitigt. Anfang dieses Jahres wurde die Abteilung Chemigraphie aufgelöst. Danach mußte die Abteilung Handsatz sowie die Abteilungen, die mit ihr zusammenhängen (Linotype, Monotype, Korrektorei, Stereotype), 4 Wochen kurzarbeiten. Da der Betriebsrat Einspruch erhob, setzte Middelhauve die ursprünglich für 3 Monate geplante Kurzarbeit auf einen Monat herab. Da wir zu Weihnachten alle nur 100 DM erhielten, bekam die Abteilung Handsatz das restliche Weihnachtsgeld mit dem Kurzarbeitergeld, die anderen bekamen das Weihnachtsgeld im Mai.

Mitte Juli gab Middelhauve dem Wirtschaftsausschuß bekannt, daß er für den Monat Juli die Löhne und das Urlaubsgeld nicht auszahlen könne. Seit der ersten Krise mußte Middelhauve jedes Monatsende Kredite aufnehmen, um die Löhne bezahlen zu können. 50 % der Aufträge kommen von einer französischen Agentur. Die Agentur bezahlt mit Wechseln, die Middelhauve in der Bundesrepublik nur begrenzt einlösen kann. Diese Information hielt er bis kurz vor Ende Juli geheim. Einen Tag vor Auszahlung des Lohnes gab er dies den Kollegen bekannt, vertröstete sie aber mit dem Argument, daß noch Aussicht bestünde, Geld für die Löhne aufzutreiben. Er setzte eine Betriebsversammlung für den nächsten Tag an. Als die Ortsaufbaugruppe Opladen des KBW dies erfuhr, brachte sie ein Flugblatt mit konkreten Fragen an Middelhauve und an den Betriebsrat und mit konkreten Forderungen heraus. Gegen 10 Uhr gab Middelhauve bekannt, daß er den Lohn bezahlen könne und sagte im gleichen Atemzug, daß die Betriebsversammlung ausfiele. Spontan machten einige Kollegen eine Unterschriftensammlung. In kurzer Zeit hatten sie weit über 100 Unterschriften. Ein Kollege brachte sie zum Betriebsrat, der sich gerade mit Middelhauve hinter verschlossenen Türen unterhielt. Der Betriebsrat lehnte die Betriebsversammlung ab, die Gründe werde er ihm später sagen. Dann verschwand er wieder mit Middelhauve. Selbst die Kollegen, die dem Betriebsrat noch vertrauten, wurden sauer. Er setzte die Betriebsversammlung auf 11,45 Uhr an. Um 12 Uhr ist Mittagspause. Doch Middelhauve kam nicht unvorbereitet. Er hatte für alle Fragen, die auf dem Flugblatt standen, eine Erklärung und machte Zugeständnisse, daß es das letzte Mal gewesen sei, daß kein Geld für seine Arbeiter da war. Doch so richtig glaubte es keiner mehr.

KBW-Ortsaufbaugruppe Opladen
Stadtteilzelle Opladen-Quettingen

Erfolg gegen Entlassungen

KIRCHE UNTERLAG IM ARBEITSGERICHTSPROZESS

Delmenhorst. Kommunistische Betätigung in einem Kirchenbetrieb ist kein Grund für eine fristlose Kündigung. Das besagte ein Urteil eines Oldenburger Arbeitsgerichtes in einem Prozeß, den fünf entlassene Kollegen gegen das Wichernstift Delmenhorst angestrengt hatten.

Mitte Juni waren vier Kollegen fristlos gekündigt worden, weil sie sich in einem Rundbrief an alle Kollegen gegen die besondere arbeitsrechtliche Arbeitssituation in kirchlichen Tendenzbetrieben ausgesprochen hatten. Einer weiteren Kollegin war gekündigt worden, weil sie sich mit den Entlassenen solidarisiert hatte (siehe KVZ 15, Seite 5). Die Geschäftsleitung mußte bald erkennen, daß dieser Kündigungsgrund nicht ausreichte, vor allem weil in Delmenhorst eine breite Solidaritätsbewegung für die Entlassenen entstanden war.

Die Herren versuchten nun die Solidaritätsfront zu spalten, indem sie versuchten, den Kollegen nachzuweisen, daß sie Mitglieder in der KBW-Zelle im Wichernstift sind. Die Argumentation der Geschäftsleitung war einfach. Wer sich für die Interessen der Belegschaft einsetzt, muß Kommunist sein. Auf die Versuche der ÖTV-Rechtsbeistände, den Kampf nicht politisch, sondern auf Grundlage von Formfehlern der Geschäftsleitung zu führen, konnte das Gericht nicht eingehen, weil das Interesse der Öffentlichkeit an dem Prozeß groß war. Etwa 70 Menschen waren erschienen. Als das Gericht das Ergebnis der langen Beratung mitteilte: alle fünf Entlassungen sind rechtswidrig, klatschten alle Anwesenden. Nur die Geschäftsleitung und zwei Spitzel vom Verfassungsschutz saßen mit langen Gesichtern da.

In der Urteilsbegründung stellte das Arbeitsgericht fest, daß es zu den Rechten der Arbeitnehmer gehört, eine Verbesserung des Arbeitsvertrages im Betrieb zu erkämpfen. Es ist unrechtmäßig, so der Richter, daß die Geschäftsleitung versucht hat, durch die Kündigung eine "Friedhofsruhe" im Betrieb herzustellen; sie muß sich vielmehr mit den Anschauungen auseinandersetzen. Auch die Mitgliedschaft im KBW reicht für eine fristlose Kündigung nicht aus, weil es sich um eine legale Organisation handle. Dieses Urteil ist ein Erfolg der Solidaritätsbewegung mit den fünf Kollegen. Der Kampf gegen die Entlassungen ist damit aber nicht beendet. Die Geschäftsleitung überlegt **jetzt, ob sie in die Revision geht.**

Leserbrief zum OP-Trakt Mannheim

In der letzten Nummer der KVZ berichteten wir über untragbare Mißstände im neuen Operations-Trakt in Mannheim. Die Kommunistische Volkszeitung erhielt von den Kollegen der Wachstation Chirurgie 7d, Städtische Krankenanstalten Mannheim, einen Leserbrief, der an den Mannheimer Morgen, die Herstellerfirma der Klimaanlage des OP-Traktes, die Rhein-Neckar-Zeitung und die KVZ geschickt wurde. Wir drucken den Brief hier ab:

Der "Mannheimer Morgen" hat, wie auch andere Zeitungen der Umgebung, schon mehrmals über den neuen OP-Trakt der Städt. Krankenanstalten berichtet. Allerdings zu Zeiten, da im OP-Trakt noch nicht gearbeitet wurde. Mittlerweile ist der OP-Trakt aber schon in Betrieb, und wir möchten jetzt von unseren Erfahrungen berichten, die wir täglich bei der Arbeit auf der Station haben.

Der OP-Trakt ist, wie es heißt, vollklimatisiert. Das heißt, daß die Temperatur auf eine bestimmte Höhe, nämlich 24 Grad C, eingestellt ist. Allerdings funktioniert diese Anlage nicht, so daß wir zeitweise bis zu 29 Grad messen konnten. Die Hitze war fast unerträglich. Die Patienten klagen durchweg über die stickige Luft und die Hitze und bitten darum, die Fenster zu öffnen. Doch das ist nicht möglich, da alle Fenstergriffe abmontiert wurden. Außerdem können die Notausgänge nicht geöffnet werden, und somit ist bei einem **Notfall wie Feuer keine Möglichkeit** vorhanden, den OP-Trakt schnell zu verlassen.

Mit der Hitze ist es sogar so schlimm, daß Patienten einen Kreislaufkollaps bekamen. Wir selbst haben unter Schweißausbrüchen und Kopfschmerz zu leiden. Wenn wir am Wochenende frei hatten und am Montag wieder in den OP-Trakt kommen, meint man, daß man keine Luft bekommt, so stickig ist es.

Da dies nicht das einzige Problem im OP-Trakt ist, würden wir es für gut halten, wenn in nächster Zeit eine Pressekonferenz stattfindet, bei der die betroffenen Kollegen, die im OP-Trakt arbeiten, dazu Stellung nehmen können.

Wir halten es für unsere Pflicht, die Mannheimer Bevölkerung darüber aufzuklären, daß die Zustände, wie schon am Anfang geschildert, teilweise den Patienten gegenüber verantwortungslos sind, und die Bedingungen, unter denen das Personal arbeiten muß, teilweise unzumutbar sind.

Wachstation CH 7d, Dr.Junghans

Nachdem der Mannheimer Morgen den Brief erhalten hatte, schickte er Reporter zum OP-Trakt. Der Artikel, der daraufhin am Freitag, dem 2. August, im Mannheimer Morgen erschien, berichtete nur kurz vom Leserbrief eines Arztes. Lediglich die Klimaanlage wurde als Mangel des neuen OP-Traktes angeführt. Was aber immerhin dazu führte, daß am selben Tag, an dem die Zeitung den Brief erhielt, die Klimaanlage repariert wurde und wenigstens teilweise funktionierte.

Die Forderung nach einer Pressekonferenz wurde mit keinem Wort erwähnt. Dem betroffenen Personal aber ist es klar, daß die eigene Initiative einen ersten Erfolg brachte: a. Die Mannheimer Bevölkerung wurde wenigstens über einige Mängel im Krankenhaus aufgeklärt; b. zum ersten Mal konnte unter einigermaßen erträglicher Luft auf der Wachstation gearbeitet werden.

Dieser Erfolg wird den Kollegen klar machen, daß ihr Weg der richtige ist, und daß sie in dieser Richtung weitergehen müssen.

Die Forderung, die zahlreichen weiteren Mißstände zu beheben, über die in der letzten KVZ berichtet wurde, werden die Kollegen weiterhin aufrechterhalten.

CHEMIETARIFABSCHLUSS IN BAYERN

Streikbereitschaft wurde hintertrieben

Ende Mai liefen in Bayern die Tarifverträge für 70 000 Arbeiter und Angestellte in der chemischen Industrie aus. Die Forderung der IG Chemie lautete: 16 %, mindestens 190 DM. Die bayerischen Chemiekapitalisten boten 12 %, mindestens 153 DM an.
Knapp zwei Monate später, am 19. Juli, nahm die gewerkschaftliche Tarifkommission den Spruch der Landesschlichtung an. Er heißt: 12 %, mindestens 153 DM.
Die bayerischen Chemiekapitalisten sind zufrieden. Ihr Vorschlag hat sich durchgesetzt. Die bayerischen Chemiearbeiter hingegen sind sauer. 153 Mark mehr sind für sie keine wirkliche Lohnerhöhung, denn Teuerung, Steuerprogression und wachsende Sozialabgaben fressen sie auf. Aber sie sind auch enttäuscht über die gewerkschaftliche Tarifkommission.

Zwei freie Verhandlungen und eine Landesschlichtung sind gescheitert, weil das Angebot der Chemiekapitalisten als unzureichend abgelehnt wurde. Dennoch wurde trotzdem der Kapitalistenvorschlag angenommen. Für die Chemiearbeiter bedeutet das zusätzlichen Lohnabbau. Sie bekommen die Lohnerhöhung für Juni und Juli im August nachbezahlt und dadurch voll die Steuerprogression zu spüren. Deswegen werden sie von der Lohnerhöhung in den ersten drei Monaten nicht viel sehen.

Schon vor der Tarifrunde empörten sich die Kollegen über die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Viele meinten: "Was wir brauchen, ist eine richtige Lohnerhöhung." Zudem liegt der Tarifbezirk Bayern im Verhältnis zu den anderen Bezirken der chemischen Industrie weit abgeschlagen. Ein Chemiearbeiter in Bayern in Lohngruppe 2 verdient um 42 Pfennig weniger in der Stunde als sein Kollege in Hamburg. Deswegen entwickelte sich neben der 190-Mark-Forderung der Ruf für einen Nachholbedarf.

Während der Verhandlungen der beiden Tarifkommissionen entwickelten sich in mehreren Betrieben Initiativen der Arbeiter. Bei Metzeler und Berlocher in München sammelten Vertrauensleute rund 250 Unterschriften für die vollständige Durchsetzung der 190 Mark. Auf einer Mitgliederversammlung in Kelheim verabschiedeten 100 anwesende Kollegen eine Resolution, in der sie 190 Mark und keinen Pfennig weniger forderten. Ulmer Vertrauensleute verlangten durch eine Unterschriftensammlung, daß die Tarifkommission nicht von der aufgestellten Forderung abweichen solle. Auf Wohnheim- und Mitgliederversammlungen bekundeten griechische und jugoslawische Kollegen bei Metzeler ihre Entschlossenheit, auch durch Streik ihrer Lohnforderung den nötigen Druck zu verleihen.
Auf einer Großveranstaltung der IG Chemie eine Woche vor der Bundesschlichtung waren über tausend Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte aus ganz Bayern, anwesend. Die überwältigende Mehrheit sprach sich für den Arbeitskampf aus. Ein Betriebsrat von Höchst in Kelheim sagte unter großem Beifall: "Wir müssen uns auf alles vorbereiten. Kollegen, sind wir bereit zum Streik?"

Die Kollegen waren schon bereit, aber die meisten Mitglieder der Tarifkommission waren es nicht. Sie unternahmen fast gar nichts, den Arbeitskampf vorzubereiten.

Eine ganze Menge Tricks wendeten die meisten Mitglieder der Tarifkommission an, um sich bloß nicht das Heft von den Arbeitern aus der Hand nehmen zu lassen.

Die Kollegen wurden kaum informiert. Das "Chemie-Echo", Informationsblatt der IG Chemie, bekamen in vielen Betrieben die Kollegen erst gar nicht zur Sicht. Sie stapelten sich vielmehr in den Betriebsratszimmern. Die Kollegen durften nicht das Wort bekommen. Mehrmals wurden im Metzeler-Vertrauensleutekörper Anträge zur Durchführung von Mitgliederversammlungen niedergestimmt. Wortführer gegen Mitgliederversammlungen war Tarifkommissionsmitglied und Betriebsratsvorsitzender Staber. Seine Begründung ist, daß es die Kollegen eh nicht interessiere.

Auf einer Funktionärsversammlung der Verwaltungsstelle München wurde der Antrag gestellt, daß der Tarifabschluß den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werde. Er wurde demagogisch unter den Tisch gebottert, da angeblich die Zeit dazu nicht ausreiche. Oskar Wirth, ebenfalls Mitglied der Tarifkommission, begründete es folgendermaßen: "Die Arbeiter sind zu wenig informiert, deswegen sind sie nicht in der Lage, über den Tarifabschluß zu entscheiden. Das ist Sache der Funktionäre."
Die Streikbereitschaft der Kollegen wurde geleugnet. Die drei Vertreter von Metzeler in der Tarifkommission – Staber, Sommerer und Laskaris – sprachen sich in der Tarifkommission gegen den Streik aus, da die Metzeler-Kollegen nicht streiken wollen. Allerdings haben sich diese drei Herren nicht die Mühe gemacht, in den Abteilungen zu fragen. Die Metzeler-Kollegen, die von ihren Vertrauensleuten befragt wurden, sprachen sich allerdings mit großer Mehrheit für den Streik aus.

Lohnforderungen wurden fallengelassen und durch Scheinforderungen ersetzt. Die ursprünglich geforderten 190 DM wurden schon nach dem zweiten Treffen der Tarifkommission fallen gelassen. Es wurde dann nur noch vom Nachholbedarf geredet.
In Nebensätzen wurde dann bemerkt, daß der Nachholbedarf kostenneutral sein soll, das heißt, er wird auf den Tariflohn angerechnet, nicht aber auf den Effektivlohn, der bei den meisten Arbeitern höher ist.
Doch nicht einmal den Nachholbedarf hat die Tarifkommission verwirklichen können. Trotzdem kann es sich der Sprecher der Tarifkommission, Alfred Kunzmann, nicht verbeißen, die Arbeiter zu verhöhnen. Er bezeichnet den Tarifabschluß als "ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann." Weiter meinte er: "Damit ist die längste, härteste und sicherlich erfolgreichste Tarifauseinandersetzung in der Nachkriegszeit zu Ende." Erfolgreich sicher, aber für die Kapitalisten.

–H., Betriebszelle Metzeler OAG München–

Cevapcici statt 40-Stunden-Woche

Bremen. Wenn nicht alles trügt, sollen die Kollegen bei den Bremer Behörden im wahrsten Sinn des Wortes "abgespeist" werden, statt mit der Einführung der 40-Stunden-Woche eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Wie ist es dazu gekommen?

Nachdem die Kollegen in den Behörden ihre Forderungen dikutiert und beschlossen hatten, verhandeln jetzt der Gesamtpersonalrat (GPR) und die Senatskommission für das Personalwesen (SKP), die Vertreterin des Bremer Senats. Die Kollegen im öffentlichen Dienst hatten einhellig die Forderung nach einer wirklichen Arbeitszeitverkürzung aufgestellt. Gegenwärtig wird in den Behörden täglich von halb acht bis 16 Uhr gearbeitet, wobei den Kollegen offiziell nur am Montag eine unbezahlte Mittagspause von einer halben Stunde zusteht. Natürlich macht jeder Kollege täglich eine Pause, denn niemand kann hintereinanderweg achteinhalb Stunden arbeiten. Um nun eine wirkliche Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, hatten die Kollegen in den meisten Fällen gefordert, daß am Freitag zwei Stunden weniger gearbeitet werden sollte.

Die Senatskommission will aber diese Forderung nicht akzeptieren. Stattdessen will sie die Einführung der 40-Stundenwoche dazu mißbrauchen, wie am Montag jetzt auch von Dienstag bis Freitag halbstündige Mittagspausen einzuführen. Um die Kollegen mit diesem Betrug zu besänftigen, garniert sie ihn mit einem Essensgeldzuschuß von 1,– DM. Die meisten Behörden haben aber keine Kantine oder Sozialräume, wo man Essen bekommen könnte. Deswegen hat die Senatskommission Verhandlungen mit einem kapitalistischen Unternehmen, der "Essen- und Wertmarken GmbH" aufgenommen. Nach ihren Vorstellungen soll der Essensgeldzuschuß in Form von Wertmarken an die Kollegen ausgegeben werden. Die Marken sollen in Kantinen und Lokalen verrechnet werden können. Die Senatskommission hat hierzu eine Liste von zirka 80 Lokalen festgelegt, worunter sich so feine wie etwa ein jugoslawisches Restaurant oder das Columbus-Hotel befinden, wo das billigste Essen ab 6,50 DM zu erhalten ist. Für die Austeilung der Marken erhält die "Essen- und Wertmarken GmbH" monatlich 10 000 DM. Mit der ganzen Regelung werden die Kollegen nicht nur um eine Arbeitszeitverkürzung betrogen, sondern sie müssen auch noch draufzahlen, während sich einige Kapitalisten bereichern.

Der Gesamtpersonalrat hat hierzu bisher keine eindeutige Haltung eingenommen. Bis heute hat er die Forderung der Kollegen, die zum Teil auf Personalversammlungen einstimmig beschlossen wurde, nicht durch Beschluß übernommen. Zwar erklärte er in einem Schreiben, daß "eine echte Arbeitszeitverkürzung die gerechteste, billigste und praktikabelste Lösung" darstellt und daß "alle anderen Lösungen Unruhe unter die Mitarbeiter tragen" würden, zu den Vorstellungen des Senats hat er aber in einem Beschluß lediglich festgestellt, daß er die vorgeschlagene Regelung der Essenseinnahme in Vertragsgaststätten für nicht durchführbar" hält und "daher der geplanten Maßnahme seine Zustimmung" versagt. Diese Haltung des Gesamtpersonalrats schließt nicht aus, daß er sich nicht doch noch auf die Mittagspausenregelung einläßt; vielleicht dann, wenn der Senat das Essensgeld auf 1,50 DM erhöht.
Aber auch mit 1,50 DM ist die Forderung der Kollegen nicht berücksichtigt, die eine zweistündige Verkürzung der Arbeitszeit mit bezahlten Mittagspausen wollen. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nimmt der Gesamtpersonalrat eine schädliche Haltung ein. Schlecht ist auch, daß die Gewerkschaftsführer der ÖTV in dieser Sache nichts unternehmen, sondern sich ausdrücklich weigern, etwa die ÖTV-Mitglieder im Gesamtpersonalrat an die Forderungen der Kollegen zu binden. Eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung wird daher nur zu erreichen sein, wenn die Kollegen dem Gesamtpersonalrat auf den Fersen bleiben und die Gesamtpersonalratsvertreter und ÖTV-Mitglieder in den einzelnen Behörden zur Rede stellen und ihre Forderung durch erneute Beschlüsse bekräftigen.

–d.s., Ortsgruppe Bremen–

DGB verschafft Führungspositionen

In Hamburg plakatiert der DGB gegenwärtig stark für ein Seminar, mit dem man den praktischen Betriebswirt machen kann. Es läuft unter dem Motto: Wollen Sie eine mittlere oder gehobene Führungsposition in der Wirtschaft erreichen?
Mittlere oder gehobene Führungspositionen, das sind aber entweder Mitglieder der Geschäftsleitung, oder deren direkte Handlanger. Es sind die Leute, die im Personalbüro sitzen könnten, oder als Abteilungsleiter die Arbeiter antreiben, Rationalisierungsvorschläge machen usw.
Seit wann ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, die Gegner der Arbeiter herauszubilden? Das ist eine Perversion ihrer Aufgaben.
Es ist die Spitze der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Nicht genug damit, daß sie erklären, es wäre zu wenig Geld für große Streiks in den Streikkassen, bezahlen sie mit unseren Gewerkschaftsbeiträgen auch noch die Ausbildung der Kapitalistenhandlanger.
Solche Gewerkschaftsführer müssen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Wir Gewerkschaftsmitglieder brauchen Führer, die Seminare einrichten, in denen Betriebsräte, Vertrauenskörper und Arbeiter aus den Betrieben zum Beispiel einheitliche Forderungen für die Manteltarifverträge beschließen, um für diesen wichtigen Schutz der Arbeiter eine einheitliche Kampffront zu erreichen.

–T.W., Hamburg–

Ein Sieg der Stahlarbeiter wird den Lohnkampf aller Arbeiter stärken

Die IG Metall hat die Lohn- und Gehaltstarife für rund 250 000 Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen und Bremen gekündigt.

Die Lage in der Stahlindustrie ist durch einen langanhaltenden Stahlboom gekennzeichnet. Die Kunden rennen den Stahlkapitalisten die Türen ein, fragen nicht mehr viel nach Qualität und zahlen Höchstpreise. Die Stahlproduktion der westdeutschen Konzerne geht zu 40 % ins Ausland, vor allem in die USA, die Sowjetunion, in Länder des Nahen Ostens.
Die Stahlkapitalisten wissen jedoch allesamt nicht genau zu sagen, wie lange ihr gutes Geschäft noch anhält. Sie wissen nur, daß es irgendwann vorbei sein wird. So meint Charles B. Baker, Generalsekretär des International Iron and Steel Institute (Eisen- und Stahl-Institut), man frage sich, wie lange der Boom anhalte, und man müsse sich darüber im klaren sein, daß der Sturz um so schlimmer sein müsse, je länger der Boom währe.
Nachgelassen hat zwar die Produktion von Autoblechen, ausgeglichen wird das jedoch durch die Produktion von stärkeren Blechsorten, Baustählen usw. für die Investitionsgüterindustrie.
Für die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken bringt dieser "Stahlboom" nichts Gutes. Die Produktion steigt und mit ihr Arbeitshetze und Unfallgefahr. Die Kapitalisten versuchen die günstige Marktlage auszunutzen, indem sie die Anlagen auf Hochtouren fahren lassen und immer weniger Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter nehmen. Steigende Arbeitslosenzahlen in anderen Industriebereichen helfen ihnen bei diesem Geschäft.
In diese Situation fällt die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife für rund 225 000 Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen und Bremen. In den Betrieben muß jetzt diskutiert werden, wie die Lage ist, welches Ziel gesetzt werden soll und wie dieses Ziel erreicht werden kann!

FORDERUNGEN IN MARK UND PFENNIG FÜR ALLE GLEICH

Für den Lohnkampf der Stahlarbeiter ist die Lage z.Zt. noch günstig, denn den Kapitalisten kämen Kampfmaßnahmen völlig ungelegen, weil sie ihre blühenden Geschäfte stören würden. Jeder Tag Arbeitsausfall würde für die Stahlkapitalisten riesige Gewinneinbußen und möglicherweise den Verlust von Kunden bedeuten. Diese günstige Lage müssen die Stahlarbeiter ausnutzen, um sich das zu holen, was sie brauchen, um ihre Lebensbedingungen zu erhalten. Um dabei erfolgreich zu sein, ist von entscheidender Bedeutung, daß Festgeldforderungen in gleicher Höhe aufgestellt werden. Prozentforderungen vergrößern die Abstände zwischen den Lohngruppen noch mehr und spalten verstärkt die Stahlarbeiter. Die Preise steigen für alle in gleicher Höhe. Gemischte Forderungen wie die der Vertrauensleute der Hoesch-Maschinenbetriebe: 50 Pfennig plus 10 %, sind keine Grundlage für einen einheitlichen Kampf, denn der Prozent- und der Festgeldanteil werden gegeneinander ausgespielt. Sie stellen kein klares Ziel dar, weil am Ende für jeden etwas anderes herauskommt. Wo das Ziel aber nicht klar ist, können die Kampfmittel nicht richtig eingesetzt werden, droht der Kampf zu zersplittern. Diese Erfahrung mußten die Bremer Metallarbeiter im Frühjahr dieses Jahres machen; daraus, wie aus dem positiven Beispiel der ÖTV-Kollegen, die durch die Aufstellung einer Mindestforderung von 185 DM viel geschlossener und daher erfolgreicher als die Bremer Metaller waren, müssen die Stahlarbeiter unbedingt die Lehren ziehen. Ein erfolgreicher Kampf hängt wesentlich davon ab, daß frühzeitig in den Betrieben selbständig einheitliche Forderungen aufgestellt werden. Ein gutes Mittel sind dabei Bereich-, Betriebs- und Vertrauensleuteversammlungen sowie Unterschriftenlisten, mit denen klare Aufträge an die gewerkschaftlichen Vertretungsorgane erteilt werden und die Kampfbereitschaft der Belegschaften zum Ausdruck gebracht wird.
Neben der Lohnforderung stehen gleichzeitig die Forderungen nach mehr Urlaub und einer Altersabsicherung für die älteren Kollegen auf der Tagesordnung. Ihre Durchsetzung ist angesichts der steigenden Arbeitshetze, der Rationalisierungen und der um sich greifenden Krisenentwicklung dringender denn je. Dabei wird man allerdings darauf achten müssen, daß die Gewerkschaftsführer nicht im Sinne der Kapitalisten diese Forderungen gegeneinander ausspielen und so den Kampf zu spalten versuchen.

Wie werden sich die Gewerkschaftsführer überhaupt verhalten? Als Sozialdemokraten befinden sie sich in dem Widerspruch, ihrer "Verantwortung" gegenüber den Profitinteressen der Kapitalisten nachzukommen, und gleichzeitig als Interessenvertreter der Arbeiter auftreten zu müssen. Die Verschärfung der Klassenkämpfe bringt sie bei der Lösung dieser Aufgabe zunehmend in Schwierigkeiten. Aber sie sind erfahrene Taktiker in diesem Geschäft. Deshalb muß man sie genau im Auge behalten und darf ihren Reden keinen Moment trauen. So ist es angesichts der günstigen Lage in der Stahlindustrie durchaus möglich, daß sie mit radikalen Sprüchen zum Kampf blasen. Das deutet sich bei Loderer schon an: "Die Gewerkschaften können es nicht zulassen, daß unter der Flagge eines nicht definierbaren Gemeinwohls die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie ausgehöhlt werden." "Gleichzeitig aber müssen alle Spekulationen darauf zurückgewiesen werden, daß die Gewerkschaften den steuerlichen Entlastungseffekt durch einen entsprechenden Lohnverzicht an der Tariffront honorieren wollen und können." (Metall 12/74) Am 31. Juli hat Loderer in einer Fernsehdiskussion in diesem Zusammenhang auf die günstige Lage der Stahlindustrie hingewiesen. Es ist also nicht auszuschließen, daß die Gewerkschaftsführer Scheingefechte in Form von sogen. "Schwerpunktstreiks" inszenieren, um ihr Ansehen, das bei den Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen und Bremen gar nicht gut ist, aufzupolieren und den Kollegen gleichzeitig hinterrücks durch einen miesen Abschluß die angebliche "Sinnlosigkeit" von Streiks unterzujubeln.

Dagegen wird es gut sein, sich von vornherein auf einen gemeinsamen Kampf aller Betriebe vorzubereiten und den Kampf durch selbständige Aktionen aus den Betrieben heraus einzuleiten.
Die Bedingungen für einen Lohnkampf sind für die Stahlarbeiter günstig, für die Stahlkapitalisten sind sie ungünstig; diese gute Lage müssen die Stahlarbeiter unbedingt ausnutzen, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Kollegen in den anderen Bereichen und aller Lohnabhängigen, deren Ausgangsbedingungen nicht so günstig sind.

Die Kapitalisten und ihre politischen Handlanger rüsten zum breiten Angriff auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse. Die Stahlarbeiter werden unter günstigen Bedingungen den Kampf für die Sicherung und Verbesserung der Löhne einleiten. Ein Sieg der Stahlarbeiter wird die Lage der ganzen Arbeiterklasse in ihrem Lohnkampf verbessern.
Alles hängt davon ab, ob es den Belegschaften gelingt, unter klaren richtungsweisenden Forderungen ihren Kampf selbständig vorzubereiten, einzuleiten und im Griff zu behalten, um geschlossen zum Sieg marschieren zu können.
Lineare Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle in gleicher Höhe!
Alterssicherung!
Mehr Urlaub!

Betriebszelle Klöckner Bremen, D/T

Beruhigungsmittel statt Hilfe

LESERBRIEF ZU DEM ARTIKEL "SCHMERZEN NUR EINBILDUNG" (KVZ NR. 15/74)

Zu dem Artikel in der letzten KVZ "Schmerzen nur Einbildung" möchte ich von meinen eigenen Erfahrungen berichten, woraus klar wird, daß nicht nur Schmerzmittel, sondern auch Beruhigungsmittel von den Ärzten massenhaft eingesetzt werden, um uns Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Stange zu halten.

Ich bin 50 Jahre alt, habe 5 Kinder und arbeite seit über 30 Jahren als Verkäuferin. Von den 5 Schwangerschaften und von meinem Beruf habe ich ein Beinleiden bekommen. Die Ärzte sagen, man könne nichts mehr machen. Ich habe aber auch schon nach einer Stunde Arbeit solche Schmerzen, daß ich nicht mehr stehen kann. Daraufhin verschrieb mit mein Hausarzt Limbatril, ein Beruhigungsmittel, das "die Stimmung aufhellt". So sollte ich die Schmerzen besser ertragen können und weiter arbeiten. Dann bin ich zusammengebrochen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Abends sollte ich wieder nach Hause gehen, da der Schwächeanfall wieder vorbei sei. Ich war ganz verzweifelt, wies den Arzt auch auf meine Beine hin und meinte, daß ich so nicht weitermachen könne, ob er mir wenigstens eine ärztliche Bescheinigung für vorzeitige Berentung ausstellen könne.

Da meinte der Oberarzt, ich sei hysterisch und aufsässig und verordnete mir zu einer höheren Dosis Limbatril noch Valium. "Aus Angst vor der Bild-Zeitung" ließ er mich dann noch 2 Tage im Krankenhaus, ohne daß mir geholfen wurde, außer daß ich wegen der Beruhigungsmittel viel geschlafen habe.

Ich habe mein ganzes Leben Krankenversicherung und Altersversicherung bezahlt, und jetzt, wo ich krank bin und eigentlich Rente brauche, kann ich von diesen Versicherungen gar nichts erwarten. Ich habe mir früher nicht viel Gedanken gemacht um diese Versicherungen und wer sie in der Hand hat. Jetzt bin ich dazu gezwungen. Die Selbstverwaltung durch die Versicherten ist sicher ein richtiger Schritt, der verhindern kann, daß man in solche Situationen kommt wie ich; ich werde auch meinen Kindern und anderen jungen Leuten, die für solche Forderungen und für den Sozialismus eintreten, nicht mehr vorwerfen, sie seien "radikal", weil das ganz normal und richtig ist.

– G.M., Hamburg –

Wie einem Arbeiter die Rente vorenthalten wird

Mit diesem Artikel möchte ich aufzeigen, wie richtig die Forderung nach der Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen ist.
Mit 19 Jahren erlitt mein Vater einen schweren Arbeitsunfall im Bergwerk, und zwar 1950. Er lag ungefähr ein halbes Jahr im Kreiskrankenhaus Peine. Danach bekam er 50 % Unfallrente. Jedoch bei jeder Nachuntersuchung strich ihm der Arzt ein Prozent nach dem anderen, bis es meinem Vater zu bunt wurde und er nach Hannover ins Frederikenstift fuhr. Der Professor, der ihn untersuchte, meinte nur: "Ja wärst Du eher gekommen, hätte ich Dir die volle Rente erhalten können. So aber kann ich Dir nur die verbliebenen 35 % retten."
Runtergesetzt werden kann die Rente also ohne weiteres, sie aber zu erhöhen, ist ein Unding.

Jetzt, nach 24 Jahren, bekam mein Vater immer heftigere Kreuzschmerzen. Worauf ihn unser Hausarzt zum Röntgenologen schickte. Auf den Röntgenbildern war ganz klar zu erkennen, daß die Hüften schief zusammengewachsen waren. Außerdem bescheinigte er ihm starke Abnutzungserscheinungen der Gelenke, die natürlich auf den Unfall zurückzuführen waren. Daraufhin wurde er für 6 Wochen krankgeschrieben. Der Hausarzt bescheinigte in einem Attest nochmals, was der Röntgenologe gefunden hatte. Dieses Attest schickten wir mit einem Begleitbrief, in dem wir um eine Untersuchung zwecks Erhöhung der Unfallrente baten, an die Bergbau-Berufsgenossenschaft Bezirksverwaltung Clausthal-Zellerfeld.

Inzwischen hatte der Arbeitgeber bei der Krankenkasse angefragt, warum mein Vater so lange krank feiert. Der Vertrauensarzt schrieb dem Arbeitgeber, daß mein Vater infolge der schweren Abnutzungserscheinungen keine schwere körperliche Arbeit mehr machen dürfe. Daraufhin wurde er mit der Begründung entlassen, daß sie keine leichte Arbeit für ihn haben. Das war kurz vor Weihnachten. Seitdem bekommt er ungefähr 800 Mark Arbeitslosengeld, für eine 6-köpfige Familie. Auch wenn man das bißchen Kindergeld und die Unfallrente dazuzählt, ist es noch immer unheimlich wenig. Aber auch der Lohn war früher nie ausreichend. Nicht umsonst hat er jahrelang die Doppelbelastung einer kleinen Landwirtschaft, die fast nichts mehr einbringt, und der regulären Arbeit bei Baufirmen usw. ausgehalten. Und dann ist es auch kein Wunder, wenn er heute mit 43 Jahren verbraucht ist.
Inzwischen wurde er im Frederikenstift in Hannover auf Geheiß der Bergbau-Berufsgenossenschaft untersucht. Studenlang dauerte die Untersuchung. Als er jedoch fragte, was los sei, wurde ihm lediglich gesagt, daß das Ergebnis der Berufsgenossenschaft zugeschickt wird. Auf alle Fälle bewilligte die Berufsgenossenschaft auf Grundlage dieses Ergebnisses keine Erhöhung der Rente.
Lediglich folgende Erleichterungen wollten sie ihm zukommen lassen:
"Sehr geehrter Herr L.,
wegen der Folgen Ihres Arbeitsunfalls vom 3.8.1950 wird ärztlicherseits ein Verkürzungsausgleich am linken Normalschuh durch Absatzerhöhung von 1 1/2 cm für angebracht gehalten.
Wir bitten Sie, sich zunächst an zwei linken Schuhen die Absatzerhöhung anfertigen zu lassen. Bitte setzen Sie sich mit einem in der Nähe Ihres Wohnortes gelegenen Orthopädie-Schuhmachermeister in Verbindung und veranlassen Sie diesen, uns die Rechnung zur Begleichung einzusenden.
Hochachtungsvoll
im Auftrage: B."
Daraufhin ließ sich mein Vater von einem Orthopäden untersuchen. Der stellte genau das gleiche fest, wie der Röntgenologe und der Hausarzt. Worauf ihm der Hausarzt riet, einem Verband beizutreten, der für ihn die Sache durchfechtet, denn er als einzelner werde sowieso nichts erreichen. Also müßte er klagen, und das kostet wieder viel Geld.

Die Unfallfolgen sind also von vier Ärzten annerkannt worden, jedoch wenn es daran geht, daß die Rente erhöht werden soll, finden sie plötzlich nichts.
Demnach müßte mein Vater wieder schwerste körperliche Arbeit ausführen können, obwohl er manchmal solche Beschwerden hat, daß er einfach umkippt.
Spätestens in 5 Monaten bekommen wir kein Arbeitslosengeld mehr, sondern nur noch Arbeitslosenhilfe, was noch wesentlich weniger ist, falls mein Vater bis dahin keine passende Arbeit gefunden hat.

–R.L., Smpathisantengruppe Peine

Beim KVZ-Verkauf auf der Straße traf ich einen 53 Jahre alten Kollegen. Er sagte, daß er sich nicht immer eine Zeitung kaufen kann, da er nur 99 DM Arbeitslosenunterstützung bekommt. Der Kollege ist invalide und hat Familie. Bei der Dosenfabrik Fritz Züchner in Seesen bekam er keine Invalidenstelle, sondern eine ganz normale Arbeit, woraufhin er kündigen mußte. Er suchte sich nun in Gandersheim eine Stelle als Pförtner, die er aber auch nicht lange behielt. Er sagte noch: "Wenn einem sowas passiert, kann man Kommunist werden. Ich habe nichts gemerkt vom 'Wirtschaftswunder'."

R.K., OAG Seesen

Ein marrokkanischer Arbeiter berichtet

Ich will an ein paar Dingen zeigen, daß wir marrokanischen Arbeiter zu den Arbeitern in Westdeutschland gehören, die am meisten ausgebeutet und unterdrückt werden.

1. Wir arabischen Arbeiter bekommen überhaupt kein Kindergeld, obwohl wir genauso wie alle anderen Arbeiter Steuern zahlen müssen. Eine Ausnahme sind einige marrokanische Kollegen bei der Bundesbahn und der Wiesbadener Stadtverwaltung; sie bekommen einen Zuschuß von 70 DM für das zweite Kind. Dies ist nicht tariflich abgesichert, sodaß es jederzeit wieder gestrichen werden kann. In allen anderen europäischen Ländern bekommen alle ausländischen Kollegen gleiches Kindergeld wie alle anderen auch. Für unsere Familien zu Hause gibt es keinerlei Sozialversicherung, obwohl wir hier den vollen Satz zahlen müssen, also keine Krankenunterstützung; wir kriegen keine Rente, wenn wir zurückgehen usw.

2. Ein Kollege aus Mainz hat nur dadurch Arbeit hier bekommen, daß er einen Vertrag mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für 2 000 DM vom Chef der Baufirma gekauft hat. Die Kapitalisten verfügen dazu über die besten Beziehungen zur Ausländerpolizei, Polizei, zum ganzen Verwaltungsapparat. In diesem Vertrag waren zugesichert Wohnung mit Dusche, 8-Stunden-Tag, Lohn von 700 DM netto und Essen. Nichts von dem war eingehalten. Der Kollege mußte in einer Barracke wohnen, ohne Wasser, alles Essen selber kaufen und bekam bei einer 6-Tage-Woche und einer täglichen Arbeitszeit von 6 bis 20 Uhr nur 450 DM netto.
Verklagen konnte er den Kapitalisten nicht, denn er wäre als Illegaler ausgewiesen worden, der Kapitalist jedoch hätte nur eine geringe Geldstrafe zahlen müssen. Dieser Kollege hatte noch Glück, weil er nach 6 Monaten aus dem Vertrag raus konnte und eine besser bezahlte Arbeit fand.
Den Namen der Firma will der Kollege nicht nennen, weil er Angst hat, daß er und seine Kollegen ausgewiesen werden.
Auch ich konnte, als ich 1967 in die BRD kam, nur durch einen gekauften Vertrag (damals 1 500 DM) Arbeit finden, auch auf dem Bau.
Ähnlich geht es den meisten arabischen Kollegen. Doch damit hört es nicht auf. Es gibt für alle Araber Einreisebeschränkungen, so zum Beispiel für meinen Bruder, der in Holland arbeitet und mich nicht mal besuchen kommen darf.

Alle diese Regelungen dienen nur den Kapitalisten, sie spalten damit die Arbeiter in deutsche und ausländische, die ausländischen wieder in verschiedene Nationalitäten.
Wir Marrokaner wie alle ausländischen Kollegen, müssen uns gegen alle Angriffe der westdeutschen Kapitalisten und ihres Staates fest mit den deutschen Kollegen zusammenschließen.
Weg mit allen Einreisebeschränkungen!
Gleiches Recht für Deutsche und Ausländer!
Kostenlose und obligatorische Einbürgerung aller in der BRD lebenden Ausländer nach drei, maximal sechs Monaten!

–M., KVZ-Leserkreis Bergkirchenviertel der Stadtteilzelle Mittel Ortsgruppe Wiesbaden–

Kein Schulplatz für Kind ausländischer Arbeiter

Bürgerliche Zeitungen berichten immer wieder, daß die Kinder ausländischer Arbeiter häufig nicht zur Schule gehen würden. Woher das unter anderem kommt, zeigt der Fall eines türkischen Arbeiters in Frankfurt:
Nachdem er schon keinen Kindergartenplatz für auch nur eines seiner vier Kinder bekommen hatte – Wartezeiten bis zu vier Jahren sind in Frankfurt keine Seltenheit – , wollte er seine inzwischen schulpflichtige älteste Tochter zur Grundschule anmelden. Doch alle deutschen Schulen, an die er sich wandte, lehnten ab. Die Begründung war, seine Tochter müsse erst deutsch lernen, und dafür sei das erste Schuljahr in einer türkischen Einführungsklasse abzuleisten. Das Mädchen spricht fließend deutsch und erfüllt die üblichen Einschulungsbedingungen so gut oder so schlecht wie die meisten deutschen Kinder auch.
Notgedrungen meldete der Vater dann sein Kind auf der türkischen Schule an. Das Mädchen muß jetzt jeden Tag ca. vier Kilometer durch den dicksten Stadtverkehr zur Schule gebracht werden, was für die Mutter eine enorme zusätzliche Belastung darstellt. Die nächste deutsche Schule wäre einige hundert Meter entfernt. Der gebotene Unterricht schlägt dann allerdings dem Faß den Boden aus: Zwei Stunden Unterricht täglich – aber kein Deutschunterricht, sondern auf türkisch!

Mietwucher bei Gummipeter

BILDREPORTAGE ÜBER DIE WOHNVERHÄLTNISSE AUSLÄNDISCHER ARBEITER

In solchen Holzbarracken werden in Klein-Auheim (Kreis Offenbach) die ausländischen Beschäftigten der Gummiwerke (Gummipeter) untergebracht, 35 wohnen zusammen in dem Holzbarracken (siehe Bild unten links), direkt neben der Fabrik.



Der Platz vor der Baracke ist nicht planiert und hat keine Drainage: Wenn es regnet, steht der Schlamm in der ausgetretenen Gegend vor der Eingangstüre knöcheltief.
In der Fabrik sind 1 000 Ausländer und 500 Deutsche beschäftigt.

Das Haus ist ganz aus Holz. Auf dem Gang liegt ein Linoleumfußboden, der aufgewellt ist wie eine Achterbahn. Über diesen Gang darf nicht einmal die Schwester von einem der Kollegen.
Das Gebäude muß von den Kollegen selber saubergehalten werden.
Der Gummigeruch kommt direkt von nebenan. Wer das schon einmal gerochen hat, weiß, was das bedeutet. Nur an arbeitsfreien Tagen kann man 'durchatmen'.

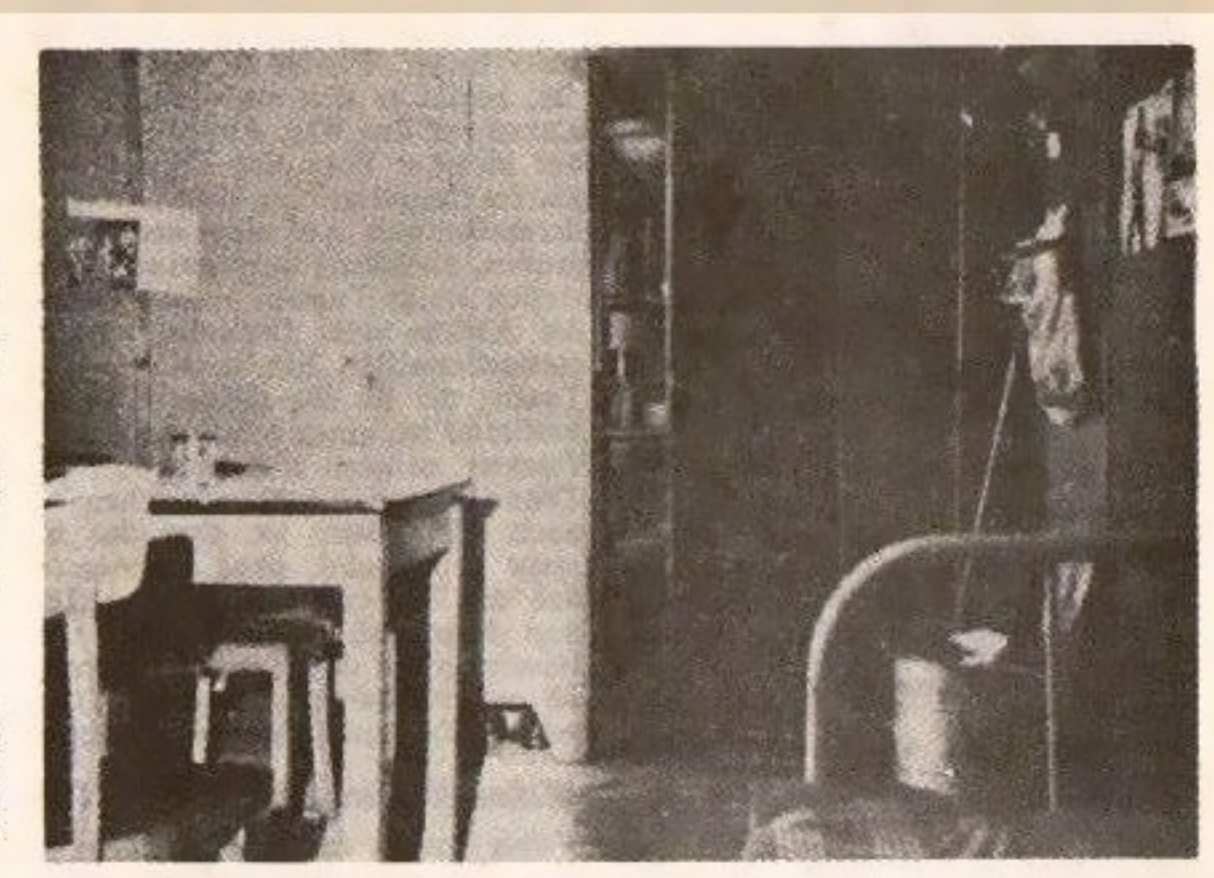
Pro Zimmer liegen vier Kollegen. Jeder zahlt 80 DM pro Bett. Für einen 20 qm-Raum kassiert Gummipeter 240 DM.
In einem anderen Wohnheim von Gummipeter in Steinheim sind acht Kollegen pro Raum. Jeder zahlt 40 DM. Das Bild unten rechts zeigt ein Vier-Mann-Zimmer.
Er zahlt den Ausländern 5,75 DM. Mit Überstunden (9-Stundentag) bleiben die Kollegen unter 1 000 DM netto.
Für die Reinigung des Bettzeugs ist die Firma verantwortlich. Es geschieht alle zwei Monate.

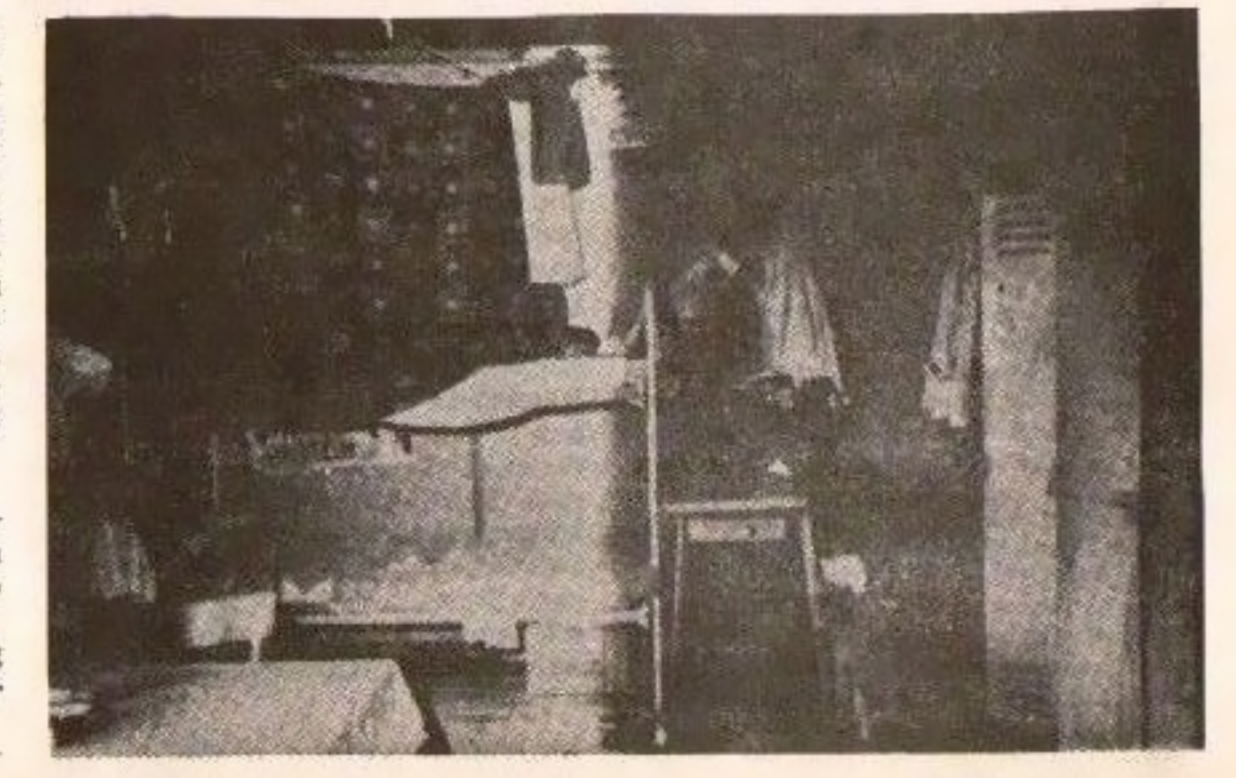
Die Zimmer sind sehr wohnlich: Besonders weil die Mülltonne auf dem Zimmer stehen muß (siehe Bild oben rechts). Außerdem hat jeder einen von den schmalen Stahlschränken für Kleider, Kochgeschirr und Essen.

In dem Haus gibt es ein Gemeinschaftsklo. Bis vor kurzem gab es auf dem Bad keine Dusche. Jetzt sind für 35 Leute nachträglich zwei eingebaut worden (siehe Bild oben links). Die Dusche läuft nur 10 Minuten, dann muß das Warmwasser wieder aufgeheizt werden. Wenn alle nach der Arbeit duschen wollten, würde das 6 Stunden dauern. Aber auch diese kleine Verbesserung ist nur durch den selbständigen Kampf der Kollegen erreicht worden. Der Betriebsrat hat keinen Finger gerührt.

In der Küche gibt es fünf, sechs Kochplatten für 35 Personen. Zum Kochen muß man nochmal 15 Pfennig pro 20 Minuten zahlen.
Das ganze ist vorbildhafte Betreuung ausländischer Arbeiter in Deutschland!

–U.K., Offenbach–





Wahlkampf-Spenden

Der Kommunistische Bund Westdeutschland beteiligt sich an den Wahlen zum hessischen Landtag. Er tut dies, um den bürgerlichen Parteien auch auf diesem Kampffeld gegenüberzutreten und um den Wahlkampf für weitere Verankerung der Auffassungen der Kommunisten und ihres Programms zu nutzen ...
Im Kapitalismus kostet jedoch die Verbreitung der Wahrheit viel Geld. Für Plakate, Broschüren, Saalmieten, Flugblätter und Wahlzeitungen wird der Kommunistische Bund Westdeutschland viel Geld benötigen.
(aus dem Spendenaufruf des Zentralen Komitees des KBW)
Wir bedanken uns bei all denen, die den Kommunistischen Bund Westdeutschland durch Spenden bisher unterstützt haben und fordern alle diejenigen, die die Beteiligung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an den Landtagswahlen in Hessen für richtig halten, auf, den Wahlkampf des Kommunistischen Bundes Westdeutschland durch Spendengelder zu unterstützen.

Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10.683.18
"Landtagswahl Hessen"

Spenden für Aufwendungen, die sich aus der Beteiligung an den Landtagswahlen in Hessen ergeben:
Beginn der Spendenaktion: 10.6.1974
Ti.Wi., Köln 10,– DM; KHG Freiburg 100,– DM; Einlage vom ZK-Konto Mannheim 100,– DM; Abgegeben im ZK-Büro Mannheim 20,– DM; B.V. Göttingen 50,– DM; Chr.Ho. Westberlin 50,– DM; El.Mü. Heidelberg 10,– DM; D.R. Wanne-Eickel 50,– DM; H.Z., K.N., R.B., M.G., Hamburg 103,– DM; G.L. Meckenheim 20,– DM; E.-M. Sprendlingen 20,– DM; J.Bö. Hamm 30,– DM; J.W. Saarbrücken 18,16 DM; A.Fö. Westberlin 100,– DM; W.La. Hamburg-Altona 50,– DM; L.A. Bremen 100,– DM; D.Ho. Konstanz 500,– DM; V.v.N. Göttingen 102,61 DM; H.Ru. Bischmisheim 100,– DM; Franz und Dirk Göttingen 200,– DM; Wo.R. Westberlin 200,– DM; Zelle Geschichte des KSB Göttingen 80,– DM; Di.Bä. Frankfurt 1 000,– DM; W.Kr. Frankfurt 50,– DM; Sammlung auf Veranstaltung Hamburg 710,– DM; Sa. Dr. Herne 50,– DM; W.Fi. Westberlin 30,– DM; H.K. Ludwigshafen 30,– DM; W.H. Göttingen 50,– DM; A.Rie. Salzgitter-Bad 300,– DM; R.F. Karlsruhe 30,– DM; R.Sche Kiel 50,– DM; Zelle Chemie KSB Göttingen 85,50 DM; Zelle Geschichte KSB Göttingen 50,– DM; Spendensammlung Ortsgruppe Braunschweig 256,23 DM; Fr.H., Freiburg 300,– DM; K.H. Hamburg 100,– DM; N. Hannover 15,– DM; H.K. Köln 103,50 DM; F.Gr. Bad Homburg 50,– DM; J.Dr. Emden 100,– DM; D.St. Eppelheim 50,– DM; FHS-Sozialpädagogik Frankfurt 60,– DM. H.O. Kiel 150,– DM; B.D. Northeim 50,–; Sympathisanten des KBW Diepholz 162,50 DM; Sammlung des KSO Gießen 1 440,– DM; GUV Mannheim 100,– DM; H.Ri. Frankfurt 20,– DM; J.W. Bauerbach 200,– DM; M.-A.Gr. Frankfurt 82,– DM; H.Kl. Kiel 50,– DM; Sammlung OAG Opladen 200,– DM; GUV Münster 80,– DM; R.Ne. Heidelberg 250,– DM; A.V. Bremen 1 000,– DM; W.Sm. Hamburg 200,– DM; M.-L. H.H. Frankfurt 500,– DM; G.Pe. Bremen 20,– DM; M.R. Offenbach 100,– DM; Bert.D. Wiesbaden 500,– DM; H.H. Westberlin 100,– DM; Spendensammlung der OG Hildesheim 150,20 DM; M.Dr. Frankfurt 150,– DM; H.F. Darmstadt 50,– DM; D.Fü. Frankfurt 100,– DM; Buchladensammlung Paderborn 24,85 DM; Sammlung in Wohngemeinschaft Mannheim 100,– DM; Rh.Ew. Hamburg 18,88 DM; Spendensammlung der OG Wiesbaden 440,– DM; Sammlung im Buchladen Göttingen 1 000,– DM; Li.La. Darmstadt 30,– DM; Ha.Wh. Ju. Frankfurt 102,– DM; Wahlhelferin aus Niedersachsen, Göttingen 50,– DM; Spendensammlung Buchladen Bremen 200,– DM; H.Skr. Kiel 50,– DM; Sympathisanten des KBW im Süddeutschen Verlag München 1 200,– DM; Rote Zelle Jura Kiel 100,– DM; J.Fr. Weingarten 10,– DM; A.Ta. Delmenhorst 200,– DM; Sammlung Ortsgruppe Delmenhorst 63,– DM; Sammlung auf der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz KSB Bremen 1 808,– DM; GUV Münster 80,– DM; Sammlung KAJB Hamburg 67,35 DM; R.Str. Frankfurt 1 000,– DM; KHI Aachen 80,80 DM; B.Wi. Krefeld 52,– DM; Sammlung auf Veranstaltung Hamburg 325,25 DM; R.A. Do. Vorsfelde 60,– DM; H.-J. Fe. Mühlheim 18,– DM; Zelle SA/FHS Frankfurt 115,– DM; Sammlung im Buchladen Kassel 70,– DM; W.Mö. Bremen 150,– DM; M.D. Freiburg 60,– DM; Sammlung der Ortsaufbaugruppe des KBW Seesen 201,70 DM; Sammlung der Ortsaufbaugruppe des KBW Walsrode Fallingbostel 46,– DM

Abgebucht wurde bisher von diesem Konto die Miete für die Räume zur Veranstaltung des KBW anläßlich der Eröffnung des Landtagswahlkampfes in Wiesbaden. Es handelt sich um den Großen Kursaal von den Kurbetrieben in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Er kostet für vier Betriebsstunden 1 350,– DM
Am 1. August beträgt jetzt der Kontostand 17 505,41 DM.

Wie die hessische Landesregierung die Arbeitslosigkeit bekämpft

Im Juni 1974 äußerte Albert Osswald, SPD-Mitglied und hessischer Ministerpräsident: *"Aber es hat sich gerade in den letzten Monaten gezeigt, daß die Wirtschaftsstruktur unseres Landes kerngesund ist. Hessen hat unter allen Bundesländern diese Probleme noch am besten bewältigen können. Die Vollbeschäftigung ist gesichert. Unsere Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Konjunkturlenkung sind so hoch entwickelt, daß sich jeder Einbruch abfangen läßt. Da bin ich Optimist."*
Das äußerte er in der Wahlbroschüre "Hessen 74", in deren Vorwort festgestellt wird: *"Man kann Krisen auch herbeireden ... Die Krise aber, von der viele reden, findet nicht statt."*

Osswald hat diese Auffassung in einer Lage geäußert, wo die Wirklichkeit sie bereits Lügen strafte. Im Juni gab es in Hessen 40 523 Arbeitslose (im Juni 1970 7 000, im Juni 1972 und 1973 je 16 000); die Zahl der Kurzarbeiter stieg von April auf Mai um 7 000 auf 42 000 (Frankfurter Rundschau, 26.6.). In Kassel, Wetzlar und Bad Hersfeld gab es bereits Arbeitslosenquoten zwischen 2,6 % und 2,9 %. In Offenbach sind seit 1971 sechs Betriebe stillgelegt worden, 2 000 Arbeiter haben ihren Arbeitsplatz verloren; kürzlich hat die Automobilzubehörfirma Schlesinger mit 230 Arbeitsplätzen Konkurs gemacht. Die Tendenz zu Stillegungen und Entlassungen ist auch keineswegs zum Stillstand gekommen; allein in der letzten Woche hat das Kristallglaswerk in Allensdorf Konkurs angemeldet und 150 Arbeiter sitzen auf der Straße, die Arbeitslosenquote in dieser Stadt ist auf über 5 % angestiegen; das Kunststoffwerk Michelstadt hat Pleite gemacht und vorher mehrfach die Löhne nicht ausbezahlt. Das Handwerk in Hessen hat die Zunahme von Kurzarbeit und Entlassungen angekündigt.

In dieser Lage war es für Osswald angebracht, seine Auffassungen der Wirklichkeit etwas anzugleichen. Gelegenheit dazu bot sein Besuch bei Opel Rüsselsheim im Juli. Nach mehreren Perioden von Kurzarbeit führten die Opel-Kapitalisten zur Reduzierung der Belegschaft eine "Abfindungsaktion" durch für 1 550 Arbeiter, die zwischen 5 500 und 12 000 Mark erhalten, wenn sie kündigen. Insbesondere ausländische Kollegen haben diese Abfindung angenommen, weil sie den Rausschmiß im Herbst fürchten (in der Krise 1966/67 hat Opel 2 000 von ihnen auf die Straße gesetzt). Osswald hat sich bei seinem Besuch zufrieden geäußert über "das Zusammenwirken von Betriebsrat und Firmenleitung" und vor allem darüber, *"daß trotz unverändert schlechter Absatzlage Massenentlassungen verhindert werden konnten."* (FAZ, 10.7.)
Das ist eine Sprachregelung für diese Abfindungsaktion, die beiden, den Opel-Kapitalisten und der Landesregierung, angenehm ist.

Eine Woche vor dieser Aktion kam auch Herbert Karry, hessischer Wirtschaftsminister (FDP), nach Rüsselsheim: *"Der Geschäftsleitung habe er deutlich gesagt, daß er Massenentlassungen für sehr ungut halten würde"* (FR, 23.7.). Besser also eine solche Abfindungsaktion, denn da decken sich die Interessen der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker: Beide können behaupten, Massenentlassungen hätten nicht stattgefunden und die Arbeiter hätten freiwillig gekündigt.

Osswald nutzte diese Gelegenheit, um seinen Optimismus weiter zu verbreiten, wenn auch um Nuancen verändert: Er sei *"zuversichtlich, daß für die Zukunft die Mehrzahl der Arbeitsplätze bei Opel als gesichert angesehen werden kann. Dennoch sei es erforderlich, in der gegenwärtigen Phase gewisse Anpassungen und Umstellungen vorzunehmen. Dies werde dazu führen, daß in einem gewissen Umfang Arbeitskräfte freigesetzt würden"* (FR, 10.7.). Statt Vollbeschäftigung nur noch die Mehrzahl der Arbeitsplätze, statt kerngesunder Struktur gewisse Anpassungen und Umstellungen – im Wortschatz eines bürgerlichen Politikers leichte Sprachregelungen und Zugeständnisse an die Wirklichkeit, für die Arbeiter Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Existenz. Solche Sprüche zeigen aber noch mehr: Alle Absichtserklärungen einer bürgerlichen Regierung können vor der Wirklichkeit des Kapitalismus nicht bestehen. Die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, von Krise zu Krise sich zu entwickeln und periodisch immer wieder offene Not und offenes Elend über die Arbeiter und das Volk zu bringen, diese Gesetzmäßigkeit ist nicht durch das Wort des Herrn Osswald aufzuheben. An dergleichen versuchten Zauberkunststücken sind schon ganze Heerscharen bürgerlicher Politiker gescheitert.

Allerdings – eine positive Bilanz hat Osswald inzwischen aufgemacht: Die hessische Landesregierung hat erhebliche Zuschüsse und Stützungsmaßnahmen für die kleineren und mittleren Kapitalisten gezahlt. Stolz hat Osswald erklärt: Ab 1.1.1975 wird die Hälfte der 1,6 Millionen Gewerbebetriebe von der Ertragssteuer befreit. Laut Jahreswirtschaftsbericht der Landesregierung hat es 1972/73 250 Millionen DM Steuererleichterungen für die Kapitalisten gegeben. Außerdem *"stelle das Land Zuschüsse für Betriebsberatung und Unternehmerschulung bereit. Die mit Landeshilfe gegründete Beteiligungsgesellschaft Hessen GmbH statte Betriebe mit Beteiligungskapital aus, wodurch der Rahmen für die Fremdfinanzierung erhöht werde"* (FR, 4.7.). Geld für die Kapitalisten – das sind die Maßnahmen einer bürgerlichen Regierung.

Inzwischen sind die Tatsachen erdrückend geworden: Das Landesarbeitsamt Hessen hat vor kurzem bekanntgegeben, *"sich in der Bauwirtschaft und in der Automobilindustrie auf längerfristige Umstellungen mit dem Ziel eines Kapazitätsabbaus einzustellen. Auch in weniger betroffenen Branchen sähen sich die Firmen zu Personaleinsparungen in den produktionsfernen Bereichen Verwaltung und Forschung gezwungen"* (FAZ, 20.7.).
Seitdem schweigt sich die Landesregierung beharrlich aus. Was sollte sie auch dazu sagen?! Dafür wurde die SPD-Fraktion im hessischen Landtag vorgeschickt. Sie hat die Landesregierung aufgefordert, "sofort ein Frühwarnsystem zur Sicherung der Arbeitsplätze aufzubauen", um rechtzeitig die Gefahr von Entlassungen erkennen zu können. (FAZ, 20.7.) Dieser Vorschlag ist in seiner ganzen Hilflosigkeit und Belanglosigkeit nichts anderes als eine der vielen Phrasen, die jetzt in Wahlzeiten ertönen. Er wird genauso rasch in Vergessenheit geraten wie andere Vorschläge. Ein "Frühwarnsystem" könnte bestenfalls den Zweck haben, daß die bürgerlichen Politiker sich frühzeitig auf Kurzarbeit und Entlassungen einstellen können und nicht mehr wie Osswald zum falschen Zeitpunkt das Falsche sagen.

Man sieht: Die Worte und Absichtserklärungen fließen den Politikern der Bourgeoisie leicht von den Lippen. Das ist auch erklärlich: Erstens kennen sie das Schicksal der Arbeitslosigkeit nicht und brauchen es nicht zu fürchten. Selbst wenn sie fallen, fallen sie weich. Zweitens können sie an Entlassung, Kurzarbeit und Stillegung sowieso nichts ändern. Tatsächlich ändern kann diese Verhältnisse nur die Arbeiterklasse, wenn sie den Kampf aufnimmt für eine neue Gesellschaft, für den Sozialismus. Für eine Gesellschaft, die nicht reguliert wird durch den Zwang, für die Kapitalisten Profit zu produzieren, sondern in der die arbeitenden Massen nach ihren Bedürfnissen prodzuzieren und Herren ihrer Geschicke sind.
Die Arbeiterklasse kann dieses Ziel nur erreichen, wenn sie mit den bürgerlichen Politikern und ihren Sprüchen bricht und sich zusammenschließt auf der Grundlage eines Programms, das ihre Interessen als Klasse zum Ausdruck bringt. Wenn sie sich zusammenschließt um das Programm des Kommunismus: Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Sturz der alten Staatsmacht, um das bewerkstelligen zu können.

–Hans-Jörg Hager–

Wie die Röhm GmbH den Abfall beseitigt

Die Firma Röhm GmbH in Darmstadt ist eine Firma, die hauptsächlich Plexiglas herstellt.
In den Labors wird deshalb viel mit Lösungsmitteln gearbeitet, unter anderem auch mit solchen, die giftige Zusätze haben und nicht in den Abfluß geschüttet werden dürfen. Bei der Beseitigung von Lösungsmitteln, die giftige Zusätze enthalten, ist uns jetzt folgendes aufgefallen: In den Labors werden die Abfälle in dazu bereitstehende Abfallkannen geschüttet.
Sind die Kannen voll (was von Labor zu Labor zeitlich verschieden ist), beginnt der Kampf darum, wer die vollen Kannen mit Hilfe eines alten wackeligen Wägelchens zum Abfallplatz bringt. Findet sich endlich einer, begibt er sich mit der klebrigen Kanne auf den Weg. Am Abfallplatz, der in einer Ecke des Fahrradparkplatzes "angelegt" ist, sieht es folgendermaßen aus: Auf einer etwa 4 qm großen, nachlässig betonierten Fläche stehen einige Tonnen – da kommen die Abfälle rein. Derjenige, den es diesmal erwischt hat, muß von der Tonne, die für die flüssigen Abfälle bestimmt ist, einen total verdreckten Trichter nehmen und sich über die Tonne beugen, um zu erforschen, ob noch Platz darin ist. Daß das oft nicht getan wird, sieht man daran, daß die Tonnen oft überlaufen. Das liegt daran, daß das Ausforschen und Hantieren mit dem Trichter weder eine gesunde noch angenehme Tätigkeit ist. Dadurch, daß alle möglichen Lösungsmittel aufeinander geschüttet werden, entstehen Reaktionen, die man nicht voraussehen kann. Beim Umfüllen der Abfälle steigen dem jeweils Betroffenen dann häufig undefinierbare Dämpfe in die Nase (die Geschäftsleitung empfiehlt, zum Schutz der Gesundheit dabei Gummihandschuhe und Schutzbrille zu tragen). Da die Tonne oft überläuft, ist der Platz rund um die Tonne feucht – das bedeutet, die Abfälle, die nicht in den Abfluß geschüttet werden dürfen (weil sie giftig sind), können jetzt gut durch den rissigen Betonboden weitersickern.
Nun ist es nicht so, daß die Geschäftsleitung von diesem Zustand nichts wüßte. Auf Beschwerde des Betriebsrates hin versicherte der Sicherheitsbeauftragte Diem, es werde jetzt etwas unternommen. Aber: noch nicht einmal das Mindeste, die regelmäßige Säuberung des Platzes, Absichern der Abfälle durch eine Betonwanne, Kennzeichnen des Platzes, ist bis jetzt getan worden.
Auch die Tatsache, daß der Betriebsrat sich zwar beschweren kann, die Geschäftsleitung aber nicht zu reagieren braucht oder will, zeigt, daß es nicht damit getan ist, über einzelne Mißstände Beschwerde einzulegen. **Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an einen Betriebs- bzw. Personalrat!**

Anette Mönich,
Landtagskandidatin des KBW
Darmstadt

Woher kommt das Geld der Frankfurter Spekulanten?

Woher kommt das Geld, mit dem sie den Boden aufkaufen, um ganze Stadtviertel abreißen zu lassen, Tausende von Menschen zu vertreiben und mit dem Bau von Bürohochhäusern Profite zu scheffeln? Jeder vermutet irgendwelche dunklen Geschäftemacher. Aber das ist nicht richtig. Die Spekulanten sind nur vorgeschobene Figuren. Die Hessische Landesbank macht hier ihre großen Kreditgeschäfte. Der Bankier, Spekulant und Schah-Vermögensverwalter Selmi hat von 1970 bis 1972 allein von der Hessischen Landesbank 80 Millionen DM Kredite für Bodenkäufe im Westend erhalten. Unter anderem zum Beispiel 1971 einen Kredit in Höhe von 2 Millionen DM für zwei gut erhaltene Wohnhäuser, die er kurz darauf zerstörte und unbewohnbar machte und die heute noch leerstehen (Grünebergweg)!

Im Aufsichtsrat der Hessischen Landesbank sitzen SPD-Ministerpräsident Osswald und Frankfurts SPD-Oberbürgermeister Arndt. Sie lenken diese Spekulationsgeschäfte. Dieselben SPD-Politiker, die mit sozialen Wohnraumveränderungen, die keinen Pfennig wert sind, das Volk für dumm verkaufen wollen.

KBW – Verbot gefordert

Darmstadt. Auf der letzten SPD-Unterbezirksausschuß-Sitzung wurde beschlossen, die Bundes- und Landesregierung aufzufordern, ein Verbotsverfahren gegen den KBW einzuleiten wegen Verfassungsfeindlichkeit.

Keine Sendezeit für den KBW

Frankfurt. Der KBW erhält keine Sendezeiten im hessischen Fernsehen während des Wahlkampfes. Das Gesetz über den Rundfunk ließe das nur für Parteien zu, die in allen Wahlkreisen kandidieren, teilte der Hessische Rundfunk mit. Gegen diese reaktionäre Bestimmung wurde Klage erhoben.

Auszug aus einem offenen Brief an die hessische Landesregierung

Herr Minister!
Im Februar dieses Jahres hat die Landesregierung Hessen gegen den Willen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit der Gewerkschaftsführung die 11 % Lohnerhöhung durchgesetzt. Weiter wurde durch die Erhöhung der Bundesbahn- und Posttarife und in der Stadt Frankfurt durch die Erhöhung der Fahrpreise die Lage der Menschen in der Stadt mit zusätzlichen Steuer- und Mietbelastungen unerträglich und elend. Und jetzt sollen auch noch die Mieten für die Personalwohnungen der Universitätskliniken Frankfurt um unglaubliche 100 bis 200 % erhöht werden.

Die Lohn- und Personalpolitik der Landesregierung bringt nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Kranken dieser Klinik in eine schwierige und schlechte Lage. Mehr als 200 Planstellen für das Krankenpflegepersonal sind ständig unbesetzt. Würden die Auszubildenden nicht verantwortungslos vom Stellenplan erfaßt, wären es 500 Pflegekräfte, die an dieser Klinik fehlen. Für die Beschäftigten bedeutet das Überstunden, für die Kranken heißt das schlechte Gesundheitsversorgung. Zehnstündige Nachtschicht und Dienstzeiten am Wochenende und Feiertagen von 6 Uhr bis 9 Uhr und 13 Uhr bis 20 Uhr. Es kommt vor, daß 3 Schwestern 34 Patienten zu betreuen gezwungen sind, welches die Situation verdeutlicht. Die kranken Menschen können also nur schlecht und unzureichend versorgt werden. Aus der Demagogie der Vertreter des Staates für die Vierzig-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst müssen wir schließen, daß Sie für die Beibehaltung der unmenschlichen und elenden Lage an den Krankenhäusern sind und nichts von Änderungen zur Verbesserung zu spüren ist. Nach Erklärungen der Regierung ist weder beabsichtigt noch wird daran gedacht, dem Personalmangel durch ausreichende Bezahlung und den Anforderungen entsprechende Ausbildung des Krankenpflegepersonals entgegenzutreten. Es ist diese Landesregierung, der wir Auszubildenden der Klinik es verdanken, daß unsere Ausbildung erst an letzter Stelle für den Einsatz bei kranken Menschen und zur Hilfe in schwierigen Situationen vorbereitet und ausgerichtet ist. (...)

Die Landesregierung als unser Arbeitgeber will als gewählte Volksvertreter erscheinen, sie ist verantwortlich für die Zustände an den Krankenhäusern, in denen wir arbeiten und leben müssen, zu leiden hat unter dieser Lage das gesamte werktätige Volk.
Die Erhöhung der Mieten für die Personalwohnungen ist in dieser Lage eine unmögliche Zumutung, die niemand dulden kann. Diese Maßnahme hat Unmut hervorgerufen und Protest der Betroffenen (wie Befragungen ergeben haben). Es muß den Verantwortlichen klar sein, daß wir entschlossen sind, diesen Zustand nicht zu dulden.

Die versammelten Gewerkschaftsmitglieder der ÖTV sind entrüstet über die Zustimmung eines Vertreters des Kreisvorstandes unserer Gewerkschaft zu diesem Mietabkommen. Wir fordern Rechenschaft der Verantwortlichen. (...)

Innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit bis zur geplanten Versammlung fordern wir auf, daß verantwortliche Vertreter der Landesregierung dazu Stellung beziehen. Wir werden uns an alle Menschen in dieser Stadt wenden, um über die Zustände im Krankenhaus zu berichten. Die Mieterversammlung der Krankenpflegeschüler und Krankenpflegeschülerinnen der Universitätskliniken Frankfurt, Frankfurt, Theodor-Stern-Kai 7.

Es folgen Namen und Adressen der 36 Unterzeichner.

1 800 DM PENSION: Für Korruption

Als die Gemeinde Westuffeln im Zuge der Gebietsreform zur Gemeinde Calden kam, stellte sich heraus, daß Westuffeln 600 000 DM Schulden, aber nicht einmal Kanalisation hatte, und zudem einen hauptamtlichen Bürgermeister, der 2 500 DM monatlich bekam. Die Gemeinde Westuffeln hatte aber nur 700 Einwohner, und ein hauptamtlicher Bürgermeister ist laut Gesetz erst ab 12 000 Einwohnern möglich. Da dieser Bürgermeister, Albert Neumann, zuvor im Landratsamt gearbeitet hatte, kannte er als einziger die Paragraphen und Bestimmungen und wußte zudem, sein Amt, das ihm nicht zustand, zum eigenen Vorteil zu nutzen. So war er Vorsitzender des regionalen Wasserverbandes, für den er einen Computer für 70 000 DM bestellte, der nie ankam. Er selbst aber fuhr dicke Mercedesse und flog mit seinem Privatflugzeug. Vom Kassenverwalter ließ sich Bürgermeister Neumann Blankoschecks ausschreiben. Als die Sache ruchbar wurde, ließ er sich beim Untersuchungsrichter wegen eines Herzinfarkts entschuldigen. Am nächsten Tag sah man ihn mit seinem Privatflugzeug nach Schweden fliegen. Inzwischen ist der Kassenverwalter gestorben, und es läßt sich nichts mehr nachweisen. Selbst den Flugschein mußte man ihm lassen, nachdem ein berühmter Professor ihm ein Attest geschrieben hat, daß der Herzinfarkt seinerzeit nur ein geringfügiger Anfall gewesen sei, die Flugsicherheit deshalb nicht mehr gefährdet sei. Heute bekommt der ehemalige Bürgermeister noch für weitere acht Jahre eine Pension von 1 800 DM aus Steuergeldern.

Wahlkampf in der Oberpfalz

Bayerns Ministerpräsident Goppel (CSU) geht mit viel Schneid in den Wahlkampf. Er reist mit seiner Frau durch die Dörfer der Oberpfalz und besichtigte in Stadlern die "Münchner Medizin Mechanik" und nahm an der Einweihung einer Dirndl-Fabrik teil. Diese Fabriken sind von den Kapitalisten im "Zonenrandgebiet" mit hoher Staatsunterstützung aufgebaut worden. Also Steuergelder dienten zum Fabrikaufbau. Die Kommunen werden dagegen immer schlechter unterstützt. Von 25,4 % rutschte die Unterstützung auf 18,5 % des Landesetats ab. Dazu werden die Arbeiter in den Fabriken weiter unter Tarif bezahlt. Darum entschlossen sich die Bosch-Werke, zwischen Weiden und Neustadt ein großes Werk zu errichten. Was das Einkommen der Menschen anbelangt, steht die Oberpfalz von 38 Gebietseinheiten der BRD an letzter Stelle. Deshalb wurden auch von 1967–71 7 500 junge Menschen gezwungen die Oberpfalz zu verlassen. Goppel drückt sich oft auf Kirch- und Trachtenfesten rum, und seine Frau erklärte vor Bäuerinnen in Oberviechtach: "... uns bleibt die Sorge um den sittlich-moralischen Bestand des Volkes". Was die Goppels fürchten, ist die eigene Initiative des Volkes, und deshalb erklärte Frau Goppel gegen die Proteste gegen den § 218: "Der tiefere Grund für die Entfremdung vom Kind könne nur die erstrebte Entfremdung von Gott sein." ("Grenz-Worte" 24.Juli) Die CSU versucht in diesem Wahlkampf das Opium des Volkes aufzufrischen. Doch daß dieses Opium auch in der Oberpfalz mit dem wachsenden Elend wirkungsloser wird, weiß man auch in München und deshalb verwandelt man die Oberpfalz in den Truppenübungsplatz der BRD. 200 Panzer der US-Army probten im Juli, in Verbindung mit dem Stab der Bundeswehr, den "Sturm aufs Dorf". Dörfer werden eingekesselt und dann mit Tempo durchforstet. Auf diese Weise soll Bayern ein "Gasthaus zum schwarzen Adler" werden (F.Strauß). Der SPD geht es in Bayern lediglich darum, die CSU-Mehrheit in Bayern zu brechen.

Dies war das erklärte Ziel der Landtags- und Bezirkstagskandidaten der SPD in Scherandorf. Auch in der Oberpfalz ist daher nicht die SPD die Alternative zur CSU, sondern allein die eigene Tat des Volkes gegen die Ausbeutung und Unterdrückung wird die Grundlage schaffen für den Sieg des Sozialismus. J.Meir–Hiedsheim

Allenorts organisieren die Bauern Protestaktionen

Am 2. August, morgens in der Früh demonstrierten 1 500 Bauern aus Ostfriesland und den angrenzenden Niederlanden gemeinsam am Grenzübergang Burderneuland gegen die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft und der Regierungen beider Länder. Von deutscher Seite kamen die Bauern mit 200 Traktoren und 300 Personenkraftwagen. Gemeinsam mit ihren niederländischen Kollegen blockierten sie von 8 Uhr 30 bis kurz vor 1 Uhr den Grenzverkehr. Die Polizei zog es vor, erst gar nicht einzugreifen. Gemeinsam protestierten die Bauern zweier Länder gegen ihre soziale Notlage und widerlegten damit zugleich die chauvinistische Taktik der Führer des Bauernverbandes, durch nationalistische Töne von den kapitalistischen Ursachen der Bauernnot abzulenken.

Überall gingen in diesen Tagen die Bauern auf die Straße, um gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu protestieren. In der letzten KVZ berichteten wir über die Bauerndemonstration in Heide. Durch einen Korrekturfehler stand zu lesen, 150 Traktoren wären dabei gewesen. Es waren aber 1 500 Traktoren, eine Schlange von nahezu 15 km Länge. In München demonstrierten am 24. Juli 30 000 Bauern gegen die Verschlechterung ihrer Lage und gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft. 15 Bauern des Rhöndorfes Großentaft (Kreis Fulda) vermarkteten 35 Schweine selbst und verkauften sie direkt an Verbraucher aus Protest gegen die ihnen gebotenen Preise der Großvermarkter. Dabei verdienten sie 40 Pfennig mehr pro Kilo gegenüber dem, was sie beim Schlachthof bekommen, und die direkt kaufenden Verbraucher zahlten 40 Pfennig weniger wie derzeit beim Metzger (Frankfurter Rundschau vom 30. Juli). Bauern aus dem LandkreisBurgdorfverschenkten an 4 Plätzen in Hannover 4 000 Tüten Frühkartoffeln 1. Qualität, um mit dieser Aktion auf ihre Lage hinzuweisen. Sie bekommen 25 % weniger für Frühkartoffeln, obwohl die Preise für Betriebsmittel um 40 % im gleichen Vergleichszeitraum von 10 Jahren gestiegen sind (Mündener Allgemeine vom 24. Juli). In Nußdorf in der Pfalz stoppten die Winzer einen Tankzug mit italienischem Wein, der für die Sektkellerei Schloß Böchingen bestimmt war. An dem gestoppten Tanker hißten sie die Bundschuhfahne aus dem Bauernkrieg und verhinderten auch, daß die Polizei sie dort entfernte. Als die Polizei die Bauern darauf hinwies, daß dies Landfriedensbruch sei, erklärten die Bauern einmütig: Dann gehen wir halt alle nach Landau vor Gericht. Mit rund 200 Unterschriften hatten sie sich gemeinsam für diese Aktion verantwortlich erklärt. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die miserable Lage der Winzer, die ihre Fässer noch vom letzten Jahrgang voll haben, während die diesjährige Weinlese vor der Tür steht.

In der Bundesrepublik gibt es derzeit einen Rinderberg, einen Schweineberg, einen Weinberg und auch schon wieder einen Butterberg. In der Bundesrepublik lagern in den Kühlhäusern 60 000 Tonnen Rindfleisch, das mittel von der Industrie kaufen können, deren Preise ständig steigen. Daß die kleinen und mittleren Bauern nicht zusammen mit den Großbauern ihre Interessen vertreten können, zeigt auch die folgende Korrespondenz von der großen Bauerndemonstration in München.



Weinbauern in Landau. Sie stoppten für eine Zeitlang einen Tankzug mit italienischem Importwein, der für die Sektkellerei in Böchingen bestimmt war. Die Bauern hißten die Bundschuh-Fahne zum Zeichen ihres Protestes. Sie nahmen mehrfach Weinproben vor und spuckten den billigen Importwein, mit dem man ihre Preise drücken will, auf die Straße.

entspricht 200 000 Rindern. In der Europäischen Gemeinschaft lagern derzeit insgesamt 140 000 Tonnen Rindfleisch. Hohe Preise und Subventionen förderten die Produktion der Bauern, das sinkende Lohnniveau aber führte zu einer unfreiwilligen Einschränkung des Fleischkonsums. Die Folge sind Preiseinbrüche bei den Erzeugerpreisen für die Bauern wegen des großen Angebots, Aufkauf durch den Staat zu den untersten von der EG festgelegten Interventionspreisen bis an den Rand der vorhandenen Kühlhauskapazitäten, aber unvermindert hohe Preise für die Verbraucher, denn die Handelsmonopole senken trotz billigerem Einkauf nicht die Preise. Die Lohnabhängigen können sich weniger Fleisch kaufen, aber zugleich zahlen sie den Fleischberg, den die Bundesregierung aus Steuermitteln aufkaufen muß nach den EG-Marktordnungen. Ähnlich sieht es bei Schweinefleisch aus, wo die Bundesregierung auch ohne entsprechende EG-Marktordnungen aufkauft, ähnlich bei der Butter. Beim Wein sieht es so aus, daß 1973 eine gute Ernte die Fässer füllte, zugleich aber der Weinkonsum zurückgeht, weil sich weniger Leute diesen Genuß leisten können. Wir haben also die typische Erscheinung der kapitalistischen Überproduktion, die bekanntlich nicht darin besteht, daß mehr produziert wird, als zum Verbrauch nötig ist, sondern darin, daß mehr produziert wird, als gekauft werden kann.

Diese Krise verschärft die soziale Lage der Bauern. Die Verproletarisierung der Bauern durch die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, die den bäuerlichen Kleinbetrieb einen nach dem anderen vernichtet, schreitet unbarmherzig fort. Dieser Prozeß wird durch die EG-Politik bewußt gefördert: "Hilfen für die Landwirtschaft" werden mit solchen Bedingungen vergeben, daß sie den Konzentrationsprozeß beschleunigen, die Großbauern und Landwirtschaftskapitalisten begünstigen. Dennoch gelingt es den Großbauern immer noch weitgehend, den Kleinbauern gemeinsame Interessen vor allem mit Preisforderungen vorzugaukeln, obwohl diese falsche Einheit immer brüchiger wird. 37 % der bäuerlichen Betriebe werden nur noch im Nebenerwerb bewirtschaftet.

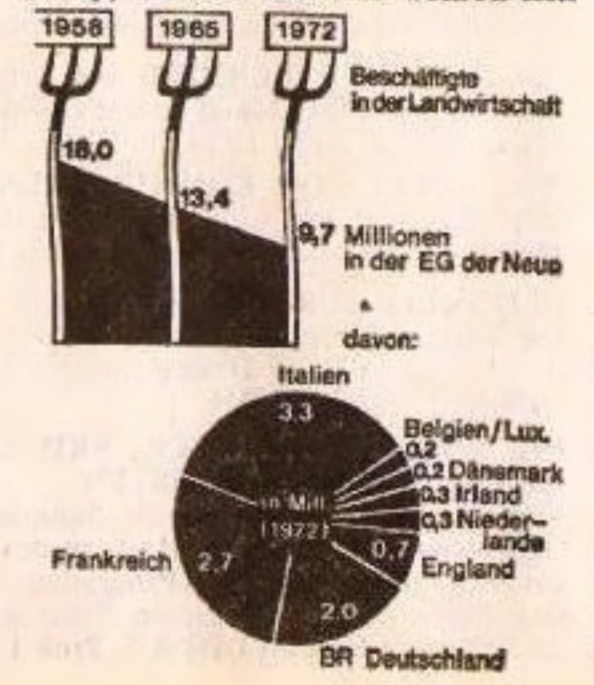
Die Großbauern, die Lohnarbeit ausbeuten, haben das Kapital, um produktivitätssteigernde Investitionen vorzunehmen, während die Kleinbauern nicht mehr die nötigen Betriebs-

30 000 Bauern in München

Am 24.7. demonstrierten in München 30 000 Bauern gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lebens- und Existenzbedingungen. Die Lage der Bauern ist bedrohlich und ihr Protest gerechtfertigt (vgl. dazu die KVZ Nr.15). Der Kampf der Bauern wird jedoch nur dann eine Perspektive erhalten können, wenn sie sich lossagen von ihrer reaktionären Führung, die nur die Interessen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten vertritt und die alles daran setzt, die Bauern hier in Bayern parteipolitisch an die CSU zu binden.

So betonte der CSU-Politiker und Vorsitzende des Bayrischen Bauernverbandes, Otto von Feury, seines Zeichens Großgrundbesitzer, der Protest der Bauern richte sich nicht gegen die bayrische Staatsregierung, sondern ausschließlich gegen die sozialliberale Bundesregierung. Um die Demonstration auf dieses Ziel hin auszurichten, hatte der Bayrische Bauernverband Plakate drucken lassen, die ausschließlich entweder gegen die "Roten" gerichtet waren oder reaktionär und nationalistisch waren, so zum Beispiel: "Die roten Hunde ziehn nicht mehr, jetzt müssen endlich die Schwarzen her", "Stoppt die Auszehrung unseres Landes", "Nur wir Deutsche zahlen die Zeche". Aber Teile der Bauern haben bereits erkannt, daß unter solchen Parolen kein Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage möglich ist und trugen eigens angefertigte Transparente mit, auf denen sie forderten: "Arbeiter und Bauern, schlagt die Konzerne zusammen".

Das zeigt, daß sich im Bayrischen Bauernverband Teile von ihrer reaktionären Führung zu lösen beginnen und der Unmut über die Führungsspitze wächst. Das spüren die Großgrundbesitzer, die Heeremanns und Feury, immer mehr und wehren sich



verzweifelt gegen den wachsenden Druck der Mitgliederbasis. So verlangten auf einer Sitzung der Führungsspitze und der Kreisvorsitzenden des Deutschen Bauernverbandes am 29.7. in Bonn sehr viele Kreisvorsitzende ein Vetorecht der Mitgliederbasis gegenüber den Beschlüssen der Führungsspitze. Den reaktionären Führern gelang es diesmal noch, diesen Antrag abzuschmettern, aber daß viele Bauern merken, daß die Führungsspitze nicht ihre Interessen vertritt, kann man daran ablesen, daß von Heeremann in seinen Ausführungen immer wieder beschwören mußte, sich ja nicht aufzusplittern, sondern ganz egal was komme, die Solidarität des Berufsstandes in den Vordergrund zu stellen.

Daß Teile der Bauern auf solche Ausführungen und Verschleierungsreden pfeifen und immer mehr in Widerspruch zu ihren reaktionären Führern geraten, konnten wir in München bei der Demonstration und Kundgebung feststellen.

SCHLÄGERTRUPPS UND POLIZEI GEGEN DIE AGITATION UND PROPAGANDA DER KOMMUNISTEN

Schlägertrupps der reaktionären bayrischen Bauernverbandsführung und politische Polizei wollten die Agitation und Propaganda der Kommunisten verhindern.

Die Ortsaufbaugruppe München des KBW hatte ein Flugblatt erstellt, das wir während der Demonstration und auf dem Marienplatz (Kundgebungsplatz) verteilten; und dort verkauften wir auch die KVZ. Der Bayrische Bauernverband hatte Ordner eingesetzt, die aber meistens nicht allein waren, sondern immer kleine Schlägertrupps in der Nähe hatten, die mit aller Gewalt die kommunistische Agitation und Propaganda verhindern wollten. So wurden uns von ihnen Zeitungen und Flugblätter zerrissen und Genossen verprügelt. Bei diesen Prügeleien mischten auch Provokateure der politischen Polizei mit. Ein Beispiel dafür:

Einer Genossin war es gelungen, um sich zirka 30 bis 40 Bauern zu scharen, mit denen sie diskutierte, obwohl Ordner dauernd versuchten, sie zu stören, damit sich die Runde auflöste. Ich stand einige Meter entfernt und diskutierte ebenfalls mit einer kleineren Runde von Bauern über unser Flugblatt. Plötzlich sah ich, daß ein Ordner der Genossin ca. 30 KVZ aus der Tasche nahm, ohne daß sie es merkte. Triumphierend und unter lautem Gebrüll begann er sie zu zerreißen. Er hatte schon fünf Stück zerrissen, als ich auf ihn losmarschierte. Er war darüber so verblüfft, daß ich ihm die KVZs mit einem Ruck entreißen konnte. Ich begann sofort über diese Schweinerei zu agitieren und im Nu hatte sich um uns ein Kreis gebildet, wo der Ordner sich der Rückendeckung der Bauern anscheinend nicht mehr sicher war, denn er sagte nichts mehr. Plötzlich wurde ich von hinten mit dem Ruf "Haut's doch die Kommunisten-Sau zusammen!" gepackt. Der Provokateur, der von der politischen Polizei war, hatte allerdings keinen Erfolg damit, denn ich kannte ihn sogar beim Namen (er war ein ehemaliger "Kollege" von mir, denn ich war früher Stadtpolizist in München). Als ich nämlich den Umstehenden sofort sagte, warum hier die politische Polizei zu provozieren versuche, nahmen viele der Bauern eine feindselige Haltung gegen die Spitzel ein und er mußte schleunigst Fersengeld geben. Nach diesem Vorfall kamen mehrere Bauern zu mir und wollten das Flugblatt haben, das sie vorher mit dem Hinweis, sie seien keine Kommunisten, nicht genommen hatten. Ähnlich erging es anderen Genossen, daß, wenn sie von Schlägertrupps und Ordnern angegriffen wurden, Bauern zu ihnen kamen und sagten: "Denen (gemeint waren die Funktionäre des Bayrischen Bauernverbandes) ist's anscheinend net recht, daß wir eins nehmen, aber jetzt nimm ich erst recht eins!"

Obwohl es den reaktionären Schlägertrupps des Bayrischen Bauernverbandes und den Provokateuren der politischen Polizei gelang, einige KVZs und Flugblätter zu zerreißen und Genossen zu verprügeln, so gelang es ihnen doch nicht, die kommunistische Agitation und Propaganda zu verhindern. (Die Mitglieder der "revolutionären" Gruppe Rote Fahne ließen allerdings ihre Flugblätter in der Tasche, nachdem sie die ersten Schwierigkeiten gehabt hatten.) Der Großteil unserer Flugblätter wurde von Bauern gelesen, und trotz aller Schwierigkeiten gelang es uns, auch einige KVZs an die Bauern zu verkaufen. Das Wichtigste war jedoch, daß wir uns der Meinung der Massen stellten, obwohl wir wußten, daß sehr viele Bauern im Moment gegen unsere Ziele sind.

Die Bauern waren von dieser "Courage" (wie sie es nannten) teilweise so eingenommen, daß wir verschiedentlich, sogar als der Baron von Feury redete, größere Diskussionsrunden mit Bauern bilden konnten, in denen einzelne Bauern feststellten, daß unser Flugblatt "ja mehr über die Lage der Bauern Bescheid weiß als das des Bauernverbandes".

Diese Diskussionen und die Reaktionen auf unser Flugblatt haben uns gezeigt, daß Teile der Bauern, die allerdings im Moment nur einen kleinen Teil der bayrischen Bauernschaft abgeben dürften, das Spiel der reaktionären Spitze des Bayrischen Bauernverbandes nicht mehr mitmachen wollen und immer mehr erkennen, daß es gilt, "gegen die Handels- und Nahrungsmittelkonzerne und die Industrie- und Bankkapitalisten" vorzugehen. Das darf uns jedoch nicht darüber wegtäuschen, daß der Großteil der bayrischen Bauern noch voll unter dem Einfluß der Reaktionäre steht.

Wir müssen dem Kampf der Bauern verstärkte Aufmerksamkeit widmen, und dabei wird es wichtig sein, den Kampf gegen den reaktionären Einfluß in der Bauernschaft aufzunehmen, dessen Träger die gesamte reaktionäre Führungsclique und die CSU ist. Das können wir, wenn wir versuchen, die Bauern unter unseren Forderungen zu organisieren:

Weg mit dem ErtI-Plan als zusätzlichem Mittel zur Spaltung und Verdrängung der Kleinbauern!

Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft, die auf Kosten der Kleinbauern den Interessen der westdeutschen Kapitalisten dient!

Abschaffung aller indirekten Steuern – progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, Steuerfreiheit bis mindestens 1 500 DM Monatseinkommen!

–K.G., OAG München–

Giftalarm in Raunheim

DIE BEVÖLKERUNG WURDE NUR DURCH ZUFALL RECHTZEITIG GEWARNT

**Am Mittwochabend, dem 24. Juli, wurde die Raunheimer Bevölkerung von Salzsäurenebeln bedroht, die aus dem Chemiewerk CMT drangen.
Das Gift verursacht Atemnot und Husten und führt bei hoher Konzentration zu Lungenödemen.
Die Giftschwaden wurden zufällig rechtzeitig von einem Schüler entdeckt. Da in der Firma wegen Betriebsferien die Produktion ruhte, alarmierte er sofort die Polizei.**

Feuerwehr, Polizei und die Katastropheneinsatztruppen des DRK der gesamten Umgebung wurden eingesetzt. Die Bevölkerung wurde durch folgenden Aufruf gewarnt:
Es besteht Lebensgefahr. Schließen Sie sofort alle Fenster und Türen. Die Evakurierung der Menschen, die in der Nähe der Firma wohnen, wurde vorbereitet.
In der Firma wurde der Entstehungsort des Giftes ausfindig gemacht. Es wurde umgepumpt und erst gegen Mitternacht war die Konzentration des Gases in der Luft so schwach, daß keine Gefahr mehr bestand.
Was war geschehen?
Über die Ursachen des Unglücks geben die Zeitungen unterschiedlich Auskunft.

In der Frankfurter Rundschau vom 26. April steht, daß ein Plastikteil an einer Produktionsanlage durch Ablagerungen elektrisch leitfähig geworden ist und so eine automatische Pumpe eingeschaltet wurde, die eine Chlor-Schwefel-Verbindung in einen Behälter pumpte. Die Chlor-Schwefel-Verbindung mischte sich mit Mineralöl. Es entstand Salzsäurenebel, der unkontrolliert entwich.
Im Rüsselsheimer Echo steht ebenfalls diese Version, aber es wird nicht ausgeschlossen, daß ein Unbefugter eingedrungen ist und den Kurzschluß ausgelöst hat. Diese Vermutung gründet sich darauf, daß eine Tür der hinteren Hallen offengestanden hat. So wird immerhin offengelassen, ob eine lebensgefährliche Bedrohung der Bevölkerung durch die Firma CMT auf Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.
Der Magistrat von Raunheim erhebt ein großes Geschrei. Jetzt ist es Schluß, jetzt wird geprüft, ob die Firma die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen hat.
Jetzt, nachdem vor etwa einem halben Jahr durch einen Defekt in den Leitungen der CMT ätzende Chemikalien in die Kanalisation von Raunheim drangen und über hundert Meter Rohr zersetzten, nachdem die Raunheimer Bevölkerung durch das neueste Unglück zufällig nochmal mit Übelkeit und Brechreiz davonkam.
Damit nicht genug.

Im Rüsselsheimer Echo vom 29.7 steht:

Der 4. Fall CMT: Öl versickert – Gefahr für Grundwasser.
Bereits im März wurde festgestellt, daß die Firma auf einer unbefestigten Fläche Fässer lagerte und es dadurch zu Ölverschmutzungen kam. Die Firma wurde mündlich aufgefordert, die Fässer auf einer befestigten Fläche zu lagern, auf der sich ein Gully befindet, der über eine Ölabscheideanlage läuft. Da niemand wußte, welche werde.
Vor mehreren Jahren explodierte bei der Caltex die gesamte Äthylen–Anlage , wobei 3 Arbeiter ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden.

Nach dem neuesten Unglück bei der CMT haben Teile der Raunheimer Bevölkerung die Initiative ergriffen. Sie wollen sich zu einer Bürgerinitiative zusammenschließen, die die Aussiedlung der CMT verlangt. Sie vertrauen nicht mehr auf das großartige Getue



Giftalarm: Die Menschen fliehen vor den giftigen Gasen.

Flüssigkeiten sich in den Fässern befinden, mußte die Anordnung ausgesetzt werden, bis ein Bescheid von der Landesanstalt für Umwelt kam. Zum jetzigen Stand der Ermittlungen muß auf einer Fläche von 50 qm die Erde ausgehoben werden. Die Raunheimer Bevölkerung wird jedoch nicht nur durch die CMT gefährdet. Der Gestank der Caltex-Raffinerie und der Ticona (Hoechst) verpesten die Luft, durch die enge Innenstadt rollen ständig Tanklastzüge, die an der Caltex mit Benzin und Heizöl betankt werden. 1971 entstand im Hafen der Caltex ein Brand, bei dem 7 Menschen getötet wurden, und die Gefahr bestand, daß der Brand auf Öllager und Stadtteile übergreifen

und die "Empörung" des SPD-Magistrats, sondern sie schließen sich selbständig zusammen, um gegen die Gefährdung durch die CMT zu kämpfen.
Die Raunheimer Ereignisse sind nur ein Beispiel, wie in der kapitalistischen Gesellschaft durch die Profitgier der Unternehmer die Sicherheit und das Leben der Bevölkerung rücksichtslos aufs Spiel gesetzt wird. Da Sicherheitsvorkehrungen keinen Gewinn bringen, kann sich dies solånge nicht ändern, bis die Produktion von den Arbeitern selbst bestimmt und geregelt wird, zu ihrem eigenen Nutzen und dem des ganzen Volkes.

Sympathisantengruppe Rüsselsheim

DER GIFTSKANDAL VON ALTHEGNENBERG / BAYERN

Behörden spielten mit 800 Menschenleben

Seit Monaten spielten Bayerns Behörden mit dem Leben von 800 Menschen. Denn sie wußten alle, daß auf dem Lehmboden einer ehemaligen Fabrikhalle in dem kleinen Ort Althegnenberg (Landkreis Fürstenfeldbruck) bei München Zyanide, Blau-, Schwefel- und Salzsäure schwappten. Kinder spielten neben den Lachen. Georg Baulechner wohnte daneben: "Das Dach ist völlig aufgerissen. Bei Regenwetter zischte und dampfte es in dem Gebäude." Die Stufen der Nachbarhäuser platzten von durchsickernden Chemikalien auf. Seit Monaten protestierten einzelne Bürger bei der Gemeinde und dem Landratsamt. Auch das Umweltministerium erfuhr vor vier Wochen von der Giftküche. Aber keiner fühlte sich zuständig. Getan wurde nichts, bis die Öffentlichkeit davon erfuhr.

Der größte Umwelt-Skandal Bayerns begann mit dem Konkurs einer Galvanikfirma. Schon wiederholt war Gift in den Vorfluter der Gemeinde geflossen. Es geschah nichts. Dann war das erste Opfer fällig.
Die Althegnenberger können von "Glück" sagen, daß es nur eine Milchkuh war. Sie trank aus einem der offenen Behälter und verendete innerhalb einer halben Stunde. Der Besitzer des Rindviehs, Lorenz Erhard, ging zum Gewerbeaufsichtsamt. Dort hieß es: "Das ist ein Fall für den Staatsanwalt." Für den Staatsanwalt war es dann aber kein "Fall".

Inzwischen spielten Kinder in der verfallenen "Ritterburg", Bäume gingen ein, bei Regen durften die Kinder nicht mehr auf die Straße, weil sich die Pfützen zur braun-gelben Brühe verwandelten. Neben dem Milchbauern meldeten ein Polizist und ein Publizist den Skandal. Ein Chemiker kam zu dem Schluß: "Wenn hier mal der Blitz eingeschlagen wäre, hätten sich Giftschwaden über das ganze Dorf gelegt." Mit dieser Menge an hochgiftigen Chemikalien hätte eine Millionenstadt wie München spielend umgebracht werden können. Bürgermeister, Landrat und zuletzt auch Minister spielten aber auch tatsächlich mit dem Leben. Nicht mit ihrem eigenen. Denn unter dem Lehmboden der Althegnenberger Giftküche verläuft die Wasserleitung der Ortschaft.

Fast jeder Verantwortliche wußte davon. Kreisräte erwähnten die "kleine Schlamperei" nebenbei in Gesprächen an der Bar. Der Bürgermeister erzählte es dem Landrat weiter und gab sich vorläufig damit zufrieden, ein paar lose Bretter vor die Tür der verfallenen Fabrikhalle zu nageln. Das Landratsamt wollte erst "prüfen" (was, weiß keiner). Und als Max Streibl davon erfuhr, der als Umweltminister Hauptverantwortlicher ist, glaubte er, daß das Landratsamt Fürstenfeldbruck sich "der Sache wohl annehmen" würde. In vollem Bewußtsein der Tatsache, daß 800 Bürger in Lebensgefahr schweben, sich zu vergiften, sagte er erst kürzlich: "Ein Giftskandal ist in Bayern nach menschlichem Ermessen unmöglich."

Nachdem Reporter des Bayerischen Rundfunks den Skandal an die Öffentlichkeit brachten, steht alles Kopf. Keiner will schuld sein. Aber getan wurde auch nicht sofort etwas. Erst einmal stritt das Landratsamt noch mit dem Besitzer (Bankhaus Otto Dirks & Co. KG) und dem Pächter Ernst Ebner, wer die Kosten des Abtransports der Galonen, Säcke usw. bezahlen solle: Es ging immerhin um 150 000 DM. Ein hübsches Sümmchen, bei dem es einem leicht fällt, 800 Menschen noch ein paar Tage oder Wochen in einer verseuchten Umwelt leben zu lassen. Solange der Streit um die Kosten ging, prüfte das Landratsamt einstweilen weiter die "akute Gefährdung".

Inzwischen ging der Skandal durch die gesamte Presse. Mit dem Abtransport wurde unter dem Druck der Bevölkerung begonnen. Dann lobte sich das Streibl-Ministerium: "Alles wurde restlos entfernt!" Am selben Tag noch entdeckten Reporter, hingewiesen von der Bevölkerung, einen Bunker. Darin standen weitere tausend Liter giftiger Chemikalien.
Inzwischen mußte auch Streibl indirekt eingestehen, daß der Althegnenberger Skandal überall passieren kann: "Gegen alles sind wir nicht gefeit." Und der Bevölkorung zum 'Trost': "Wenn Sie Giftablagerungen entdecken, wenden Sie sich an uns."

Doch in Bayern weiß jetzt jeder, was er davon halten kann, wenn Streibl sagt: "Es ist schwierig, allen Spuren nachzugehen, wir tun es aber soweit wie möglich."
Die Verantwortlichen tun jetzt so, als würden sie alles für die Bevölkerung unternehmen. Aber sie haben nichts unternommen, sondern sich amüsiert über diesen hundertfachen Fall von Menschengefährdung.
Innenminister Merk sagt jetzt: "Wer Dreck am Stecken hat, muß sich verantworten", aber sein CSU-Spezi Streibl lehnte die Forderung nach seinem Rücktritt ab. Der Angriffspunkt sei "schief".

Alle Verantwortlichen versuchen jetzt, dem Volk weiszumachen, sie hätten ein reines Gewissen. Aber die Kommunisten fordern die Möglichkeit ihrer jederzeitigen Abwahl durch das Volk.

—ter, München—

nach menschlichem Ermessen unmöglich."
Nachdem Reporter des Bayerischen
Kommunisten fordern die Möglichkeit ihrer jederzeitigen Abwahl durch das Volk.
—ter, München—



An der Demonstration der Elsässer gegen das geplante Bleiwerk im Oberrheintal beteiligten sich auch viele Deutsche von der anderen Seite des Rheins.

3000 demonstrieren gegen Bleifabrik

Marckolsheim. Am 28. Juli demonstrierten 3 000 Menschen, darunter zahlreiche Bauern mit ihren Traktoren, gegen den geplanten Bau einer Bleifabrik in der Nähe des elsässischen Ortes Marckolsheim. Dieses Bauprojekt der "Chemischen Werke München" (CWM) steht im Zusammenhang mit der geplanten Umwandlung des Oberrheintales in eine "Industrieachse Oberrhein", wozu u.a. auch das Kernkraftwerk Wyhl, eine Plutoniumfabrik in Heitersheim und der Bau der Freiburger Stadtautobahn, dem die Freiau zum Opfer fallen soll, gehören.

Die französische Regierung versucht das Bleiwerk mit allen Mitteln durchzusetzen, obwohl die gefährlichen Folgen für die Menschen unmittelbar wie auch für die gesamte Landwirtschaft der Umgebung allgemein bekannt sind. Auf der Demonstration forderten die Menschen immer wieder in Sprechchören den Rücktritt des Regierungspräfekten Sicurani und des Bürgermeisters von Marckolsheim. 11 Gemeinderäte des Ortes sind schon zurückgetreten aus Protest gegen die Pläne der Zentralregierung. An der Demonstration nahmen auch viele Menschen aus den benachbarten Orten von der anderen Seite des Rheins teil, die einsahen, daß es notwendig ist, den Plänen der deutschen und französischen Kapitalisten und ihrer Regierungen gemeinsam entgegenzutreten.

pa, OG Freiburg

Verfassungsschutz wirbt in der Schule

Verfassungsschutz wirbt in der Schule

Walsrode. Ohne große Ankündigung wurden 2 Klassen der Oberstufe des Walsroder Gymnasiums in die Aula gerufen, um sich ein Referat des Verfassungsschutzes (Abteilung Öffentlichkeitsarbeit) anzuhören. Der Mensch vom Verfassungsschutz legte gleich los mit seinem Referat. Zuerst beschränkte er sich auf den Aufgabenbereich dieses Amtes, dann ging er auf die zu schützende Verfassung ein: sie sei eine der friedlichsten Verfassungen der Welt und müsse vor extremen Parteiorganisationen geschützt werden, sowohl vor faschistischen als auch kommunistischen Verbänden.
Während des ganzen Vortrags hielt er Kommunisten und Faschisten nicht auseinander. Er behauptete sogar, daß in der Bundesrepublik Faschisten und Kommunisten zusammenarbeiter würden, um den "Staat kaputtzumachen".

Weiterhin wurde von ihm beschrieben, wie der Verfassungsschutz Spitzel aus dem Volk anwirbt. Man wendet sich an Leute, die Sorgen haben, und versucht sie mit Geld für eine Tätigkeit im Sinne des Verfassungsschutzes zu gewinnen. Auf Anfrage behauptete der Mensch vom Verfassungsschutz, daß dies ganz ohne Druck geschehe, was natürlich nicht stimmt, nämlich vor Gewalt und Erpressung schreckt der Verfassungsschutz nicht zurück.
Die Funktion der Referate ist es, die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gegenüber den Schülern zu rechtfertigen, sie besser zu Funktionären der Bourgeoisie erziehen zu können. Auch hier zeigt sich wieder, daß die Aufsicht des Volkes über das Bildungssystem notwendig ist.

m./h.h.
OAG Walsrode/Fallingbostel

Misshandlungen im Mannheimer Gefängnis

Vom Gefangenenrat – Vereinigung von Gefangenen, Frankfurt, Glauburgstraße 75a, Büro Goller – erreichte uns folgende Presseinformation:

"Nach bisher bruckstückhaft zu uns gekommenen Berichten sollen Pfingsten 1974 im Gefängnis Mannheim, Herzogenriedstraße 111, nahezu einhundert Gefangene in ihren Zellen von Aufsehern geschlagen worden sein. Ein Rollkommando von Aufsehern mit Karabinern soll in die Zellen eingedrungen sein und gedroht haben, jeden zu erschießen, der Widerstand leistet. Zwei ausländische Gefangene, der Engländer Robert Williams und der Amerikaner Stacy Hata, wurden dabei von Aufsehern schwer verletzt. Dem 23-jährigen Hata wurde eine brennende Zigarette ins Gesicht gedrückt. Nach Angaben eines Gefangenen war ein Teil des Schlägerkommandos, das nachts in die Zellen eindrang, betrunken.

Bereits in der Nacht vom 26. zum 27. Dezember 1973 wurde in der Jugendvollzugsanstalt Mannheim in der Zelle Nr. 1329 der Gefangene Vaas von einem Rollkommando erschlagen. Später wurden andere Gefangene, die davon wußten, mit Alkohol und angeblich auch mit Rauschdrogen bestochen und von den Beamten außerdem massiv bedroht, damit nichts nach außen dringt.

Nach einem Bericht aus der Jugendvollzugsanstalt Mannheim wurde am 17. Juli 1974 wieder ein Gefangener von Aufsehern geschlagen. Am 18. Juli soll ein lebloser Körper im Krankenwagen aus der Anstalt weggebracht worden sein. Gefangene benachrichtigten daraufhin die Kriminalpolizei in Mannheim, die jedoch nicht darauf reagierte.

Wegen der Schwierigkeiten, solche Berichte zu übermitteln und auch der Angst vor Repressalien bei den Mitgefangenen und der völligen Abschottung innerhalb der Anstalt sind alle diese Berichte unvollständig und können auch von uns aus schwer nachgeprüft werden. Wegen der hier gemachten Angaben wurden bereits zwei Gefangene in der Jugendvollzugsanstalt Mannheim abgesondert und in strenge Isolierhaft gebracht. Wir wenden uns an die Presse: Verlangen Sie vom Justizministerium, von der Anstaltsleitung und von der Kriminalpolizei Auskunft über die Vorgänge in der Strafanstalt."

Nach "Mannheimer Morgen" vom 3./4. August haben sich diese Informationen weitgehend bestätigt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Beamte der Mannheimer Gefängnisse. Auch der Leiter der Vollzugsanstalt, Recher, der seine Ausführungen benutzt, den Gefangenenrat als eine "obskure Angelegenheit" zu diffamieren, kann die Vorwürfe nicht leugnen, versucht sie aber runterzuspielen. Es seien Mißhandlungen erwiesen, aber "es könne nicht davon die Rede sein, daß 100 Gefangene geschlagen worden sind. Die Zahl stamme von einem Untersuchungsgefangenen, der nicht ganz zurechnungsfähig sei." Er soll nach der Strafverbüßung in eine Heil- und Pflegeanstalt kommen – falls das Urteil rechtskräftig wird. Das scheint uns eine sehr sonderbare Praxis, denn entweder wird einer verurteilt und sitzt seine Strafe ab, oder er ist nicht zurechnungsfähig und kommt in eine Pflegeanstalt. Will man so einen Zeugen loswerden?

Auch der zweite Vorwurf des Totschlags an dem Jugendlichen Vast (so ist sein richtiger Name) mußte bestätigt werden. Obwohl die Staatsanwaltschaft in ihrem Ermittlungsprotokoll selbst festgestellt hat, daß die Verletzungen des Erschlagenen nicht von ihm sich selbst zugefügt sein können, hat der ermittelnde Staatsanwalt Schindler die Ermittlungen eingestellt.

Den Vorwurf, unliebsame Zeugen durch Isolierhaft zum Schweigen gebracht zu haben, weist Recher natürlich zurück. Und der leblose Körper, der aus der Anstalt gebracht wurde, sei das Opfer einer Überdosis Schlaftabletten.

Der Abenteuerspielplatz muß bleiben

DAS FERIENPROGRAMM DER STADT IST EINE FARCE

Im Ferienprogramm der Stadt Hildesheim ist in Hildesheim-Ochtersum ein Gelände von der Stadt für den Aufbau eines Abenteuerspielplatzes zur



Die Kinder demonstrierten durch die Hildesheimer Innenstadt ins Rathaus und legten dem Oberstadtdirektor die gesammelten Unterschriften zum Erhalt des Abenteuerspielplatzes vor.

Verfügung gestellt worden. Mit der Beendigung des Ferienprogrammes sind auch die Tage des Abenteuerspielplatzes gezählt, denn er soll danach wieder eingeebnet werden. Eine anderweitige Verfügung für dieses Gelände besteht nicht.

In der Zeit vom 26. bis 29. Juli sammelten die Kinder etwa 300 Unterschriften, am 30. Juli marschierten sie von Ochtersum mit großen Transparenten unter der Parole "Der Spielplatz muß bleiben" durch die Hildesheimer Innenstadt und zogen in das Rathaus ein, wo sie die Unterschriftenlisten Oberstadtdirektor Kampf vorlegten.

Der Sprecher der Kinder – sie haben einen geschäftsführenden Ausschuß für die 90 bis 150 Kinder, die den Spielplatz täglich besuchen, gebildet – teilte mit, daß viele der Kinder schon eine ähnliche Lumperei der Stadt mitgemacht haben. Dieses war im Hildesheimer Bezirk Steingrube, wo ein Abenteuerspielplatz auch nach einem solchen Programm wieder eigeebnet wurde. Daher seien viele der Kinder auch resigniert gewesen. Man könne sich so etwas aber nicht länger gefallen lassen.

Die Forderungen der Kinder zielen auf einen völlig selbstverwalteten Abenteuerspielplatz, dessen Verwaltungsausschuß ständig abwählbar ist und der die Interessen der Kinder vertritt. Erwachsene dürfen auf dem Spielplatz auch nicht mitbauen, hier hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Auch ein Ordnungsdienst ist eingerichtet worden, der dafür sorgen soll, daß zerstörte Buden auch von den Zerstörern wieder mit aufgebaut werden.

An diesem Beispiel hat der Rat der Stadt Hildesheim erneut seine Volksfeindlichkeit bewiesen, ebenso wie an dem Ferienprogramm, in dessen Rahmen der Abenteuerspielplatz gebaut wurde. Das gesamte Ferienprogramm der Stadt ist eine Farce und dient letztlich nur dazu, die Situation von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt zu verschleiern, indem man versucht, den Kinder und Jugendlichen 6 Wochen lang "etwas zu bieten", damit man darüber hinwegtäuschen kann, daß es für 11 000 Jugendliche nur ein Haus der Jugend gibt, daß Kindergartenplätze mit dem Mikroskop zu suchen sind, und daß der immer lauter werdende Ruf nach einem unabhängigen Jugendzentrum vom Rat der Stadt ständig unterdrückt wird.

P.K., Hildesheim
Zelle Stadtmitte

Warum der Krüppel zum Strick griff...

Per Zufall stieß ich vor kurzem auf eine von körperbehinderten Jugendlichen geschriebene Internatszeitung,

Krüppeln zur Verfügung zu stellen, war die Contergan-Affäre. Über 15 Jahre lieferten sich der Staat und

tat, der seine Hilflosigkeit, Wut und Empörung nicht anders artikulieren konnte, als mit Farbe an das "christli-

melten die Kinder etwa 300 Unterschriften, am 30. Juli marschierten sie von Ochtersum mit großen Transparenten unter der Parole "Der Spielplatz muß bleiben" durch die Hildesheimer Innenstadt und zogen in das Rathaus ein, wo sie die Unterschrif-

kop zu suchen sind, und daß der immer lauter werdende Ruf nach einem unabhängigen Jugendzentrum vom Rat der Stadt ständig unterdrückt wird. P.K., Hildesheim Zelle Stadtmitte

Warum der Krüppel zum Strick griff...

Per Zufall stieß ich vor kurzem auf eine von körperbehinderten Jugendlichen geschriebene Internatszeitung, die vor 2 Monaten erschienen war, bevor, wie ich gehört habe, sie von der Internatsleitung zensiert wurde. Die Zeitung berichtete als einzigstes Informationsorgan der total isoliert gehaltenen schwerst-körperbehinderten Kinder und Jugendlichen für die Öffentlichkeit über die Zustände in dem Internat I im "Rehabilitationszentrum" Hessisch-Lichtenau bei Kassel.

Die Situation der Patienten in diesem Rehabilitationszentrum kennzeichnet sich folgendermaßen: Vor der Öffentlichkeit wird dieses Zentrum Hessisch-Lichtenau von der Landesregierung Hessens als eines der fortschrittlichsten Einrichtungen dieser Art im gesamten Bundesgebiet gekennzeichnet.

Nun ist es aber geschehen, daß sich ein körperbehinderter Jugendlicher in diesem Internat umbrachte, und seine Mitschüler- und Patienten aus diesem Anlaß ihre Empörung und Wut über ihre eigene Situation versuchten in einer Internatszeitung für die Öffentlichkeit deutlich zu machen. Was liegt diesem Vorfall zugrunde? Die Kapitalisten und ihr Staat kümmern sich, trotz dem Reformgerede der SPD-Regierung, nicht die Bohne um die Alten und Krüppel dieser Gesellschaft. Ein gutes Beispiel für den Unwillen des Staates, Mittel für die Gesundheits- und Sozialversorgung von Krüppeln zur Verfügung zu stellen, war die Contergan-Affäre. Über 15 Jahre lieferten sich der Staat und die Contergan-Fabrikanten Prozesse, um eben keine Schadensersatzgelder zahlen zu müssen. Solche Contergan-Kinder werden z. B auch in diesem Internat betreut. Abgesondert, isoliert von der übrigen Gesellschaft, unter despotischem Leistungsdruck seitens der Schulleitung des Internates, fristen sie, angewiesen auf diese Ausbildungsstätten, ihr Dasein.

Sie bekommen keine Lehrstellen, weil der Staat es nicht für nötig befindet, in Betrieben spezielle Arbeitsplätze für Krüppel der BRD einzurichten. Dann lieber in besondere "Rehabilitationszentren" mit ihnen, wo noch horrender Profit aus ihnen gesaugt werden kann. Sie bekommen keine normale Schulausbildung, weil viele Schulbehörden es "für richtig befinden", die Krüppel vor den Augen der Öffentlichkeit isoliert in Anstalten zu bringen, wo die Angehörigen womöglich noch einen halben Monatslohn für ihre Kinder hinlegen müssen. Viele Körperbehinderte, die durch die für sie bestimmten gesellschaftlichen Instanzen wie Anstalten, Heime, Krankenhäuser, besondere isolierte Arbeitsplätze etc. geschoben werden, halten sich aus ihrer besonderen Situation heraus für absolut überflüssig, tendieren sehr oft zur Resignation – oder schreiten empört zum Protest, wie es im Internat Hessisch-Lichtenau der kleine Fritzchen tat, der seine Hilflosigkeit, Wut und Empörung nicht anders artikulieren konnte, als mit Farbe an das "christliche" Internatsgebäude "der liebe Gott ist doof" zu schreiben. Das genügte der Internatsleitung, um Fritzchen aus der Schule zu werfen, aus der einzigen Einrichtung dieser Art im Land Hessen zu entfernen, die für die schulische Ausbildung von Schwerst-Körperbehinderten da ist. Für den Jugendlichen Fritz bestand somit keine Möglichkeit mehr, irgendwo einen anerkannten Schulabschluß zu machen, um für sein weiteres Leben eine berufliche Existenz zu sichern. Aus seiner für ihn damit aussichtslosen Lage brachte er sich um. Dies wurde versucht seinen Mitschülern zu verheimlichen, die, nachdem sie trotzdem von dem Selbstmord und seinem Grund erfuhren, folgendes Gedicht in ihrer Zeitung schrieben:

Fritzchen hatte krumme Beine,
und ein Arm war ganz alleine,
hatt' im Hintern einen Knick,
schielte und war auch noch dick.

Als die Alten dies erkannten,
und zu Koryphäen rannten,
sagte einer zu dem Sohn:
Re-ha-bi-li-ta-ti-on.

So kam Fritzchen ohne Wollen
in 'ne Anstalt, wo die Ollen
ihn dann manchmal noch besuchen,
um 'ne Besserung zu verbuchen.

Fritzchen richtete sich ein,
lernte Englisch und Latein,
war nicht fleißig und nicht faul,
und er hielt auch nie das Maul.

Diese Art Bewußtseinsweitung
stank dann doch der Anstaltsleitung,
und zur Besserung und zum Zweck
sagt man: Fritzchen, du mußt weg!

Denn:
Hast du schon zwei krumme Beine
und ein Arm ist ganz alleine,
lassen wir dich hier herein,
mußt du uns schön dankbar sein!

Fritzchen zog die Konsequenzen,
fing die Schule an zu schwänzen,
schrieb mit Farbe in den Hof:
unser lieber Gott ist doof!

Dies war eine schwere Sünde,
Fritzchen hatte seine Gründe,
doch er hatte schon verschissen,
und man hat ihn rausgeschmissen.

Fritzchen nahm sich einen Strick
legte ihn sich um's Genick,
stieg auf eine kleine Leiter,
sprang herunter und noch weiter.

Und er schwebte lange fort
bis an einen anderen Ort.
Dieses Ziel flüstert man schon
sei Re-ha-bi-li-ta-ti-on.

Vo.
KAJB-Zelle Gesundheitswesen
Bremen.

Ausplünderung im Erziehungsheim Finkenberg

Hildesheim. Das Erziehungsheim Finkenberg ist für "schwer erziehbare Mädchen" gedacht.

Zu Beginn wird der Neuankömmling für drei Monate in eine "Aufnahmegruppe" eingegliedert, um sich an die "neuen Umstände" zu gewöhnen. Diese Gewaltkur ist auch nötig, denn die Jugendlichen müssen um 22 Uhr im Bett liegen und es gibt kein Fenster, das zu öffnen ginge, auch die Türen werden nachts verriegelt. Man ist bemüht, daß kein Zögling abhaut – aus gutem Grund, denn für die Unternehmen am Ort leisten sie beträchtliche Extraprofite und der Stadt sind sie billige Handlanger. Auf der Kinderstation arbeiten von morgens 7 Uhr bis abends 18 Uhr Kolleginnen für 100 DM im Monat und dies auch samstags und sonntags. Sie müssen den ganzen Tag Windeln waschen und die Station putzen. In der Küche arbeiten Kolleginnen von 7 Uhr bis 16 Uhr für 100 DM. Der Hausputz, der von zwei Kolleginnen erledigt wird, wird mit 60 DM monatlich belohnt und ebenso mit 60 DM monatlich werden die Kolleginnen der Näherei bezahlt. Auf der Krankenstation muß von 6 Uhr bis 19 Uhr gearbeitet werden und alles für 100 DM.

Doch auch Hildesheimer Unternehmen nutzen die schlechte Lage der Heimbewohner aus. Für eine Firma müssen die Kolleginnen mechanische Teile herstellen. Das Material wird vor die Tür gebracht und die Bewohner des Heimes müssen es ins Heim schleppen. Der Monatslohn ist 350 DM, wovon die Kolleginnen aber nur 100 bis 125 DM bekommen, denn der Rest wird für "Heimzwecke" benutzt. Auch Akkordarbeit für die Hildesheimer Kapitalisten fehlt nicht im Heim. Es werden Muster für eine Tapetenfirma aufgeklebt und für 100 aufgeklebte Muster bekommen die Mädchen 5 Pfennig.

Und beim Essen wird gespart. So ist es vorgekommen, daß vergammelte Kohlköpfe von der Küchenchefin aus der Mülltonne geholt wurden und zwischen die anderen geschnitten wurden.

J.B./J.M.

Die Kirche erhöht die Kindergartenbeiträge

Münden bei Kassel. Ab 1. September dieses Jahres sollen die Kindergartenbeiträge bei den evangelischen Kindergärten in Münden drastisch erhöht werden. Mußten die Eltern bisher monatlich 45 DM zahlen, so sollen sie dann 80 DM zahlen. Das sind fast 100 % mehr. Diese Erhöhung wurde den betreffenden Eltern, ohne daß diese vorher gefragt wurden, vom Kirchenvorstand schriftlich mitgeteilt.

Der weitaus größte Teil der Eltern hat sich gegen diese unverschämte Erhöhung der Beiträge gewandt. Betroffen werden durch diese Erhöhung vor allem die Familien, von denen beide Eltern arbeiten müssen, um trotz ständig steigender Lebenshaltungskosten finanziell über die Runden zu kommen und ein einigermaßen vernünftiges Leben zu führen. Doch hier hört die "Nächstenliebe" auf, von der die Kirche ständig redet. Viel wichtiger ist es für die Kirche, ob katholisch oder, wie in diesem Fall, evangelisch, die Kirchensteuer, die bei jeder Erhöhung der Lohnsteuer mit erhöht wird, für neue Verwaltungsgebäude wie in Kassel oder für neue Kirchenpaläste auszugeben, in denen sie die Bevölkerung verdummen kann, von der "christlichen Erziehung" in den Kindergärten ganz zu schweigen.

Da in Münden, wie in ganz Westdeutschland, aber akuter Mangel an Kindergartenplätzen besteht, sind die meisten Eltern gezwungen, ihre Kinder in kirchliche Kindergärten zu schicken, auch wenn sehr viele von ihnen mit den dort praktizierten, häufig total veralteten Erziehungsmethoden nicht einverstanden sind. Diese Notlage der Eltern wird von der Kirche gründlich ausgenutzt, um mit ihrer Volksverdummung schon bei den Kindern anzufangen und sie zu gut funktionierenden Untertanen zu erziehen. Von den Eltern wird dann auch noch verlangt, daß sie dafür bezahlen. Sollte sich aber eine Kindergärtnerin gegen diese Erziehungsmethoden wenden, dann muß sie mit Schwierigkeiten rechnen, denn über die Erziehungsinhalte bestimmt immer noch die Kirche und nicht die ausgebildeten Kindergärtnerinnen.

Von der Kommunistischen Gruppe Münden wurden zu dieser Maßnahme der Kirche Flugblätter mit der Überschrift "Keine Erhöhung der Kindergartenbeiträge!" verteilt. In diesen stellten wir die Forderungen "Vollständige Trennung von Kirche und Staat" und "Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände des Volkes" auf. Außerdem riefen wird die Mündener Bevölkerung zur Solidarität mit den betroffenen Eltern auf, denn diejenigen Eltern, die schon Jahre auf einen Kindergartenplatz warten müssen und dann vielleicht doch keinen bekommen, werden von den Maßnahmen der Kirche ebenso getroffen wie die Eltern, die "Glück" hatten und einen Platz erhalten haben.

W.S.,
Kommunistische Gruppe Münden

Mehr Sozialhilfeempfänger

Moers. Bei der Erstellung einer Arbeit über die Zahlung von Sozialhilfe in meinem Wohnbezirk stellte unter anderem heraus, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Kreis Moers im Jahre 1973 erheblich zugenommen hat. Insgesamt mußten 8 % mehr Hilfen zum Lebensunterhalt und 15,6 % mehr Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt werden. Absolut stieg die Zahl damit auf 8 817 Personen an.

Wie ist das nun zu erklären?

Sehr viele Arbeiter können ihren Lebensstandard nur durch die ständige Ableistung von Überstunden erhalten. In den letzten eineinhalb bis zwei Jahren aber wurden die Überstunden drastisch gekürzt. Durch den Wegfall der Überstunden sanken nun die Löhne derart, daß es vielen Arbeitern nicht mehr möglich war, ihren Lebensstandard zu erhalten. Weil gleichzeitig aber auch noch die Preise stark anstiegen, konnten z.B. manche ihre Schulden nicht mehr abbezahlen oder sie konnten die hohen Mieten nicht mehr aufbringen. Sie waren gezwungen, zum Sozialamt zu gehen und um Hilfe zu betteln.

Auch in diesem Jahr setzt sich diese Entwicklung weiter durch. Welche Folgen das haben kann, wird einem vielleicht erst richtig klar, wenn man bedenkt, daß in dem "sozialen Staatswesen" Bundesrepublik Deutschland etwa 2 Millionen Menschen in Slums leben müssen.

– D.R., Neukirchen-Vluyn –

ZUR POLIZEISCHIESSEREI IN MANNHEIM–KÄFERTAL:

Polizei und Justiz wollen die Wahrheit unterdrücken

Am Mittwoch, dem 17. Juli, wurde vor einer Diskothek in Mannheim-Käfertal Hans-Jürgen Remiszko, der gerade seinen 23. Geburtstag feiern wollte, von einer "Sonderstreife zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität" erschossen. In der Annahme, es handle sich um einen Überfall, war Hans-Jürgen mit fünf bis sechs Bekannten zwei Freunden zu Hilfe geeilt, die auf der Straße von zwei Männern angegriffen worden waren. Wie sich später herausstellte, handelte es sich jedoch um zwei als Zivilisten mit Lederjacke und Jeans verkleidete Angehörige dieser Sonderstreife. Im Verlauf der folgenden Auseinandersetzung wurde Hans-Jürgen Remiszko erschossen und zwei unbeteiligte Arbeiter schwer verletzt. – Ein Polizist, der im Gesicht verletzt wurde, ist inzwischen längst aus dem Krankenhaus entlassen. Inzwischen hat die Polizei Zeugen verhaftet und versucht ihnen die von der Polizei zu verantwortende Tat anzulasten.

Solche Fälle von Polizeischießereien häufen sich in den letzten Monaten, die Opfer sind meist junge Arbeiter. Immer wird anschließend versucht, das Verhalten solcher "Sonderstreifen" als Notwehr hinzustellen und die Schuld den Beteiligten zuzuschieben. So berichtete die Presse nach einer Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft: "40 Rocker fielen nachts über 2 Beamte her" und "Polizist erschießt Rocker".

Gegen die Zeugen, die Beteiligten und gegen die Verbreitung der Wahrheit wird in solchen Fällen rücksichtslos vorgegangen. So mußte sich die Familie Remiszko einer Leibesvisitation unterziehen, als sie noch in der Nacht ins Krankenhaus kam, und sie erfuhr erst am nächsten Morgen, daß ihr Sohn von der Polizei erschossen worden war. Ein Zeuge wurde noch in der Nacht verhaftet, ein anderer aus dem Bett geholt, zum Tatort gebracht und verhört, ohne daß er auf sein Recht zur Aussageverweigerung aufmerksam gemacht wurde.

Bei der Beerdigung am 24.7. war der ganze Friedhof von Zivilpolizisten umstellt und ein Sonderkommando hatte in einem benachbarten Haus Stellung bezogen. Die über 200 Trauernden wurden alle von der Polizei fotografiert. Inzwischen wurden am Dienstag, dem 30.7., zwei weitere Zeugen unter großem Polizeiaufgebot verhaftet, wobei in dem einen Fall wieder Zivilbeamte, ohne sich auszuweisen und ohne einen Durchsuchungsbefehl in Zimmer und Hof eindrangen und beides durchstöberten.

Der Haftbefehl des einen Zeugen lautet (zitiert aus der Presseerklärung des "Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Polizeischießerei in Käfertal") er habe:

a) sich an einer Schlägerei und einem von mehreren gemachten Angriff beteiligt, durch die der Tod eines Menschen verursacht worden sei;
b) einen Beamten, der zur Vollstreckung von Gesetzen berufen sei, bei der Vornahme einer solchen Amtshandlung tätlich angegriffen, wobei er eine Waffe bei sich geführt habe, um diese bei der Tat zu benutzen;
c) vorsätzlich einen anderen körperlich mißhandelt, wobei die Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge und von mehreren gemeinschaftlich begangen worden sei.

Haftgrund: Fluchtgefahr

"Der Beschuldigte hat sich bei dem Angriff auf die Polizeibeamten in besonderer Weise hervorgetan. Wegen des außerordentlich großen Unrechtsgehalts seiner Tat und den hohen Strafandrohungen hat er mit einer sehr hohen Strafe zu rechnen. Er wird sich daher in Freiheit der Strafverfolgung durch Flucht entziehen..."

In der Presseerklärung des Untersuchungsausschusses heißt es weiter:

"Diese Anschuldigungen sind falsch. Laut Augenzeugen und dem Bericht seines Rechtsanwaltes Dr. Härdle

– hat S. die Polizisten weder mit Stahlrute, Ochsenziemer oder Totschläger geschlagen noch hat er die "Sonderstreife zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität" angegriffen;
– die "Sonderstreife" hat sich S. gegenüber, der erst mit den zu Hilfe eilenden aus dem Lokal kam, nicht ausgewiesen.

Daß es der Polizei und der Justiz nur darum geht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Öffentlichkeit die Wahrheit über den Hergang der Schießerei erfährt, beweist sich im Haftgrund: Fluchtgefahr! S. hatte sich am Abend der Schießerei als Zeuge angeboten. 14 Tage danach soll nun also Fluchtgefahr bestehen! Er ist verhaftet worden, damit ein weiterer Zeuge aus dem Verkehr gezogen wird."

Tatsache ist, daß die Polizisten einen Menschen getötet haben, aber davon ist im Haftbefehl nicht mehr die Rede.

Am Freitag, dem 2.8., wurden wiederum drei Zeugen einstweilig festgenommen. Es wurde ständig versucht, sie zur gegenseitigen Beschuldigung zu bringen, zum Beispiel unter dem Druck, sie würden sonst noch länger festgehalten werden.

Mehrere Flugblätter und Plakate wurden inzwischen beschlagnahmt, darunter die Zeitung "Rote Fahne" der Gruppe Rote Fahne in Berlin und Frankfurt und die "Mannheimer Arbeiter-Zeitung", die Mannheimer Ortsbeilage der KVZ...

Gegen alle diese ungeheuerlichen Vorgänge erhob sich ziemlich schnell der Protest. Am Montag nach der Erschießung wurde im Soulman-Club (Jugendclub der Stadt in den "Benz-Baracken", wo sich die Bekannten von H.-J.R. trafen) ein Freundeskreis Hans-Jürgen R. gegründet, um die Untersuchung seiner Erschießung öffentlich zu führen und die Wahrheit ans Licht zu ziehen.

Eine Demonstration wurde noch zu frühzeitig durchgeführt (zum Beispiel lag bei ihrer Durchführung erst ein einem Tag ein Augenzeugenbericht vor), so daß sich nur etwa 150 Menschen beteiligten. Daraufhin ergriff die Ortsgruppe des KBW die Initiative und sammelte zusammen mit anderen fortschrittlichen Menschen in drei Tagen über 200 Unterschriften für einen Aufruf, der auf einem Plakat abgedruckt wurde. Auf der Versammlung am 31. Juli erschienen über 150 Menschen und beschlossen, eine Veranstaltung durchzuführen, auf der sie die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen werden. Sie wählten dazu auch einen Untersuchungsausschuß.

DIE STAATSMACHT VERSUCHT DAS SOZIALE ELEND, DAS DER KAPITALISMUS HERVORBRINGT, GEGEN DIE BETROFFENEN AUSZUSPIELEN

Um die Wahrheit zu vertuschen und in der Öffentlichkeit Verwirrung zu stiften, benutzten Polizei und Presse in Mannheim vor allem die Tatsache, daß sich viele der Jugendlichen im Soulman-Club in den Benz-Baracken trafen, dem größten zusammenhängenden Slumgebiet in Westdeutschland unmittelbar neben den Daimler-Benz-Fabrikanlagen, in dem ca. 4 000 Menschen wohnen. Obwohl von den Beteiligten keiner dort wohnt, wird versucht, die Vorurteile diesem Gebiet gegenüber und gegenüber den Rockern zu nutzen und so zu tun, als hätte die Polizei dort für Recht und Ordnung zu sorgen. Die Verhältnisse dort werden den Bewohnern in die Schuhe geschoben, aber wie kann man leben, wenn Familien mit mehr als drei Kindern nur zwei Räume zur Verfügung haben, wenn in den Benz-Baracken und im angrenzenden Arbeiterwohnviertel Waldhof nur ein Arzt auf 3 568 Bewohner kommt? Unter solchen Wohnbedingungen entstehen zwangsläufig Reibereien, auch unter den rebellierenden Jugendlichen. Geld für eine weitere Ausbildung gibt es nicht und die Fabrikherren der umliegenden Betriebe haben ein Interesse an der großen Reservearmee von ungelernten Arbeitern, auf die sie immer zurückgreifen können. Um sie unter Kontrolle zu halten, baut sich der Staat einen immer stärkeren Gewaltapparat auf.

Doch nicht "Recht und Ordnung" ist das Ergebnis dieser "Sonderstreife zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität" gewesen, sondern der Tod eines jungen Arbeiters und die Verletzung zweier weiterer.

Die Probleme der Jugendlichen und der Bewohner dort sind damit vom Standpunkt der Staatsmacht her gelöst, die hofft, daß es sich in Zukunft jeder zweimal überlegt, ob er gegen irgend jemand, der sagt, er sei von der Polizei, seine Rechte behauptet und sich nicht schikanieren läßt. Das ist der Zweck solcher Manöver. (nach der Erklärung der Ortsleitung Mannheim vom 22.7.1974)

Dafür gibt es inzwischen genügend Beispiele auch aus anderen Städten. Dies liegt im Charakter der bürgerlichen Staatsmacht, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes nur mit Gewalt ihre Herrschaft ausüben kann. Polizei und Justiz versuchen systematisch, ihren Sonderstreifen, bei denen Mord und Totschlag bewußt einkalkuliert ist, Rückendeckung zu geben. Nicht nur die Ausbildung von "schnell und treffsicher schießenden" Sonderkommandos soll ihnen Mord und Totschlag erleichtern, sondern der ganze Staatsapparat soll sie absichern, damit sie bei der Stange bleiben. Noch nie hat man gehört, daß ein Schleyer, Flick oder Abs oder der Sohn eines Oberbürgermeisters auf diese Weise von der Polizei erschossen worden und die Beteiligten dann entsprechend behandelt worden wären. Immer sind es Arbeiter gewesen, die solcher Polizeiwillkür ausgesetzt waren.

Besonders heimtückisch sind zu diesem Zweck die Zivilstreifen, die natürlich durch ihr Auftreten zum Beispiel auch in den Streiklokalen in Stuttgart beim letzten Metallerstreik die Bevölkerung provozieren. Diese Zivilstreifen müssen sofort eingestellt werden. Die verhafteten Zeugen müssen sofort freigelassen werden. Die öffentliche Untersuchung über die Schießerei in Mannheim muß weiter getrieben und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Für die Bewohner der Stadt Mannheim und an allen anderen Orten mit ähnlichen Vorkommnissen geht es darum, ob die Büttel des Staatsapparates auf ihnen herumtrampeln können oder ob man ihrer Willkür Schranken setzt.

In Mannheim in den Benz-Baracken hängt inzwischen an jedem Haus und in jedem Hausgang das Plakat mit dem Aufruf und in der ganzen Stadt wird die Plakataktion weitergehen. Seit der Veranstaltung sind inzwischen schon wieder mindestens 150 Unterschriften gesammelt worden, werden Informationsstände gemacht und erscheint eine Dokumentation.

Wir fordern:

– **Öffentliche Untersuchung des Mordes an Hans-Jürgen R. und Offenlegung aller Untersuchungsergebnisse!**
– **Freilassung des Verhafteten!**
– **Rechenschaft der Verantwortlichen!**
– **Einstellung aller Zivilstreifen!**
– **Schluß mit dem Polizeiterror!**

Ortsgruppe Mannheim

Der Kampf um die Freiheit der Kommunistischen Presse

Fast in allen Orten der Bundesrepublik, wo die Kommunistische Volkszeitung verkauft wird, versuchen Stadtbürokratie, Polizei und Justiz den öffentlichen Verkauf der KVZ zu behindern, zu verbieten oder einzuschränken. Der öffentliche Verkauf, bei dem sich ständig Diskussionsgruppen bilden, ist den Vertretern der kapitalistischen Staatsmacht ein Dorn im Auge. Doch wo sie einschreiten, und die Genossen mutig dagegen auftreten, da werden sie ebenso mutig und offen gegen den Zugriff der Staatsmacht selbst von denen unterstützt, die die Meinung der Kommunisten nicht teilen.

In Goslar war es beispielsweise so, daß die Stadtverwaltung von einem Tag auf den anderen die Genehmigung für die Informationsstände verweigerte. Die Genossen bauten daraufhin dennoch ihre Stände auf und erläuterten die Lage in einem Flugblatt, das sie verteilten. Als daraufhin die Polizei kam, um den Abbau der Stände zu erzwingen, versammelte sich eine Menschenmenge, die die Polizisten immer wieder in Diskussionen zog, so daß sie eine Stunde lang nicht zum Zug kamen. Als dann ein Genosse eine Rede hielt, wollte die Polizei dies mit Gewalt verhindern. Unter dem Protest der anwesenden Leute ließ der Polizist wieder los. Als daraufhin die Polizisten den Genossen die Flugblätter entrissen, nahmen ihnen teilweise Passanten diese wieder ab, weil sie sie lesen wollten. Das Volk ist nicht bereit, seine Rechte preiszugeben.

In Celle, wie auch in anderen Städten (zum Beispiel Mönchengladbach) erließ der Stadtrat Sondernutzungsverordnungen, nach denen man so ziemlich jede öffentliche Handlung in der Stadt verbieten kann. Das Ordnungsamt begann diese anzuwenden. Informationsstände der Initiative gegen den § 218 wurden verboten, eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen wurde mit dem Hinweis auf die Gefahr von Glatteis – ! – untersagt, ja sogar das Flugblattverteilen wurde unter Strafe gestellt mit der Begründung: aus dem Inhalt der Flugblätter gehe hervor, daß man nicht mit den Behörden zusammenarbeiten wolle.

Nachdem uns der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung und das Aufstellen von Ständen verboten wurde, haben wir dennoch verkauft und Stände aufgestellt, haben öffentlich erklärt, daß wir unsere Rechte uns nicht nehmen lassen und uns mit anderen zusammengeschlossen gegen diese Maßnahmen und öffentlich Rechenschaft gefordert.

Das Ordnungsamt hat sich natürlich diesen Forderungen nicht gestellt. Aber stillschweigend hat es darauf verzichtet, seine Verbote mit der Polizei durchzusetzen, sodaß jetzt jede Woche, bisher ohne Behinderung, von Mittwoch bis Samstag verkauft wird.

DIE KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG IST KEIN PROFITGEWERBE – FÜR DEN VERKAUF IST KEINE GEWERBEKARTE NÖTIG!

Eine der häufigsten Begründungen, mit der gegen den KVZ-Verkauf vorgegangen wurde, war in vielen Städten, daß ein Gewerbeschein vorliegen müsse. Immer wieder wurden KVZ beschlagnahmt mit dieser Begründung. Wollten wir ein Gerichtsverfahren erzwingen, um auch vor Gericht festzustellen, daß der KVZ-Verkauf kein Gewerbe ist und keinen Gewinn bringt, so wurden uns oft nach einigen Tagen stillschweigend die beschlagnahmten Zeitungen zurückgegeben. Doch ist es uns schließlich gelungen, ein Gerichtsurteil zu erzwingen.

Das Amtsgericht **Hildesheim** hat jetzt in einem Schreiben festgestellt, daß der KVZ-Verkauf kein Gewerbe ist, daß keine Reisegewerbekarte erforderlich ist. Maßgebend für diesen gerichtlichen Erfolg aber ist, daß wir gegenüber den Verboten und Behinderungen nicht nachgegeben haben, daß wir dabei stets die offene Unterstützung der Massen bekommen haben, die zugleich auf ihrem Recht der Informationsfreiheit bestanden.

PROTEST GEGEN ÜBLE SCHIKANEN
CDU-PROMINENZ ENTLARVT

In Bremen kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, als die Polizei gegen den KVZ-Verkauf mit der Begründung gewaltsam einschritt, das Verkaufen mit Hilfe eines mitgebrachten Tisches sei untersagt. Die Benutzung des Tisches verlange einen Gewerbeschein. Als sie unsere Zeitungen beschlagnahmen wollten und sich zugleich weigerten, eine Beschlagnahmebestätigung zu geben, und auch die Dienstnummer nicht rausrückten, behielten wir unsere Zeitungen fest in der Hand. Einer Genossin wurde von der Polizei der Daumen verletzt. Für diesen Gewaltangriff der Polizei erhielt sie eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Passanten, die Zeuge der Auseinandersetzung wurden, waren empört. Eine Frau verurteilte mit lauter Stimme das Vorgehen der Polizei und bot sich spontan als Zeugin an. Noch drei Stunden später standen große Trauben von empört diskutierenden Menschen zusammen. Dabei versuchten auch Politiker einzugreifen:

Insbesondere der CDU-Mann Groh versuchte demagogisch gegen uns vorzugehen. Dieser Assistent eines CDU-Bundestagsabgeordneten isolierte sich aber vollends, als er erstens das Berufsverbot gegen Kommunisten frech verteidigte, wir "sein" Grundgesetz vor allem entlarvten als brutales Herrschaftsinstrument, in dem mit Artikel 20 und 79 nicht nur ein parlamentarischer Sieg der Kommunisten ausgeschlossen wird, sondern auch noch ein Putsch a la Chile für grundgesetzmäßig erklärt wird. Zum dritten aber erklärte, wir verkündete er, nachdem er uns vorher demagogisch als extremistische Minderheit darstellte, die mit Gewalt alles zerstören wolle, daß er selber, bekämen die "Linken" die Mehrheit, mit allen Mitteln dagegen kämpfen würde. Daß er darunter auch Waffen verstand, gab er freimütig zu.

Es waren kaum Arbeiter und Lehrlinge, sondern eher mittelständische Kleinbürger, die diese Diskussion verfolgt hatten, aber wir hatten dem Vertreter einer "demokratischen Partei" den demagogischen Schleier vom Gesicht gerissen und viele erkannten, wessen Ordnung da geschützt wird und wessen Interessen im Parlament vertreten werden.

Doch unsere Worte wurden nicht nur gehört, sondern wir verkauften im Laufe der Debatte von schnell besorgten Materialien über 30 KVZ und fast 10 Programme und Broschüren "Was wollen die Kommunisten?"

Diese Auseinandersetzung in der Stadt hat wieder gezeigt, wie gut es ist, wenn wir offen auftreten, unsere Meinung unverhüllt sagen, auf unser Programm verweisen und die demagogischen Angriffe der Reaktionäre vor aller Öffentlichkeit Stück für Stück entlarven. Nur so verankern wir uns und unser Programm unter den Massen und gewinnen Vertrauen und Unterstützung.

DAS KAPITALISTISCHE PRESSEMONOPOL

Aber nicht nur der Staatsapparat der Bourgeoisie geht gegen die Presse- und Informationsrechte des Volkes vor. Die Kapitalistenklasse setzt auch direkt ihr Pressemonopol ein. Bei einer Veranstaltung in Celle erklärten die Herren von Hinüber (SPD) und Schäfke (CDU) folgendes:

Wenn man seine Zeitung, in diesem Fall die KVZ, nicht in der Innenstadt verkaufen darf, weil die Sondernutzungssatzung so ausgelegt werden kann und das Ordnungsamt diese Satzung auch so anwendet, dann kann man doch die Kioske fragen, ob sie nicht die KVZ verkaufen wollen. In diesem Staate ginge alles.

Obwohl wir uns das Recht sowieso nicht nehmen lassen, die KVZ weiterhin in der Innenstadt zu verkaufen, sind wir dem Vorschlag der bürgerlichen Politiker nachgegangen.

Bei den Verkäufern in den Kiosken, bei denen wir nachfragten, ob sie die KVZ verkaufen würden, bekamen wir immer die gleiche Antwort zu hören: "Das können wir nicht, weil wir es nicht dürfen".

Warum dürfen sie das nicht?

In einem längeren Gespräch mit einem Kioskbesitzer bekamen wir diese Frage beantwortet:

Alle Kioske in Celle (auch bis nach Göttingen rauf und bis nach Bremen) bekommen ihre Zeitungen und Zeitschriften von einem Vertriebshändler. Nämlich von "Schwarz & Sohn". Sämtliche Kioske sind von "Schwarz & Sohn" abhängig! Die Kioske müssen nehmen, was er ihnen gibt. Sie müssen auch solche Zeitungen und Zeitschriften abnehmen, die ganz schlecht oder gar nicht verkauft werden. Weigern dürfen sie sich nicht. – Ein Kiosk hatte mal die "UZ" verkauft, sofort hat "Schwarz & Sohn" das verboten und gedroht, ihn nicht mehr zu beliefern.

"Ja, so ist das mit den Monopolen. Der Springer hat uns alle in der Hand", stöhnte der Kioskbesitzer, der noch zusätzlich arbeiten geht, weil es sonst "nicht reicht". Er erklärte uns weiter, daß "Schwarz & Sohn" nur Zwischenhändler ist und alle Zeitungen und Zeitschriften von den großen Pressekonzernen erhält. Und das sind in der BRD nur vier, fünf, die das gesamte Pressewesen fest in ihren Händen haben und immer weiter danach greifen.

Es gibt solange keine uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit, solange die Kapitalistenklasse herrscht, solange sie die Massenmedien besitzt, solange sie die Fabriken besitzt, in denen sie die Meinungsäußerung und freie politische Betätigung unterdrückt.

Handelsschiffe als Kreuzer

WAFFEN AUF EINEM HANDELSSCHIFF WÄHREND DES 6-TAGE-KRIEGES ENTDECKT

In der letzten KVZ war zu lesen, daß die Bundeswehr über die zum Oetker-Konzern gehörende Hamburg-Süd-Reederei Handelsschiffe, die sich schnell zu Hilfskreuzern umbauen lassen, laufen läßt. Diese Schiffe werden zum großen Teil von Steuergeldern bezahlt und laufen in Friedenszeiten zum Nutzen des Oetker-Konzerns.

Die Bohrungen für Geschütztürme und die Hilfsmotoren sind aber nicht alles, was dieses Schiff für einen Kriegsfall rüstet. Ein Offizier, der für die Hamburg-Süd auf diesen "Cap-San-Schiffen" fährt, erzählte uns, daß er mit so einem Schiff während des Sechs-Tage-Krieges in Alexandria (Ägypten) lag, um dort Zwiebeln zu laden. Die ägyptischen Behörden, denen der Zweck dieser Schiffe offensichtlich besser bekannt ist als den Mannschaften, durchsuchten das Schiff zielstrebig nach Waffen – und siehe da, unter den Deckplanken kamen Gewehre und Maschinengewehre zum Vorschein. Niemand von der Besatzung, auch nicht die Offiziere, waren vom Reeder darüber informiert worden, daß man sie mit derartigen Kriegsmaterial in ein Krisengebiet geschickt hatte. Die Mannschaften wurden aufgrund des Fundes längere Zeit in Ägypten festgehalten; klar ist, daß sie auf so einem Handels"kreuzer" nicht immer so glimpflich davonzukommen brauchen!

– M.A., Hamburg –

Alkohol-Mißbrauch

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Zimmermann, hat ein Alkoholverbot für Soldaten verhängt. Seit seinem jüngsten Erlaß ist "während des Dienstes und während Dienstunterbrechungen der Genuß alkoholischer Getränke grundsätzlich verboten". Mit diesem Erlaß reagiert die Bundeswehr auf den Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages, der kritisiert hatte, daß der übermäßige Alkoholgenuß den geregelten Dienstablauf beeinträchtigen würde.

Tatsächlich ist es so, daß beim Bund viel gesoffen wird. Viele Soldaten, vor allem Mannschaften und die unteren Unteroffiziersränge saufen, weil sie glauben, ohne Alkohol das Leben in den Zuchthäusern, die man Kasernen nennt, nicht mehr ertragen zu können. Oft sind sie weit, manchmal sogar 100 km und mehr, von zu Hause weg stationiert; in den Garnisonsstädten haben die Soldaten kaum Kontakt zur Bevölkerung, weil diese von der Bundeswehr nichts wissen will. Im Dienst müssen die Befehle der Vorgesetzten sofort ausgeführt werden, selbst wenn sie die reinste Schikane sind. Von den Offizieren werden die "einfachen" Soldaten behandelt, als wären sie der letzte Dreck, und bei jedem auch nur geringsten Vergehen droht der Entzug des Wochenendes oder Disziplinarstrafen.

So ist es zwar verständlich, wenn auch nicht richtig, daß die Soldaten als scheinbare Flucht aus ihrer elenden Lage Zuflucht beim Schnaps und Bier suchen. Dagegen hat die Bundeswehrführung auch gar nichts einzuwenden. Nach dem Erlaß soll der Alkohol immer noch "begleitendes Element" des Soldatenlebens bleiben. Nur der Dienst soll nicht beeinträchtigt werden. Daß die Soldaten außerhalb des Dienstes zum Alkohol greifen, dagegen hat die Bundeswehrführung gar nichts, weil ein Soldat, der viel säuft, nur schwerlich auf den Gedanken kommt, sich zu wehren.

Der Grund, warum viele Soldaten zum Alkohol greifen, ist also die Unterdrückung bei der Bundeswehr und die schlechte Lage der Soldaten. Daran ändert der Erlaß des Bundeswehrinspekteurs nichts und deshalb wird er auch nicht sehr wirkungsvoll werden. Alkoholverbote lassen sich nicht "von oben" befehlen in der Bundeswehr. Viele Soldaten werden aber nicht mehr zum Alkohol greifen, weil sie die Unterdrückung bekämpfen, die heute noch viele ihrer Kameraden übermäßig zur Flasche greifen läßt.

W.S.

General Steinhoff bei Dornier

Als vor Jahren Kritik daran laut wurde, daß ausgediente Offiziere um gutdotierte Posten in der Rüstungsindustrie nachsuchten und sie auch bekamen, gab das Verteidigungsministerium im September 1971 einen Erlaß heraus, der dies unterbinden sollte. Zu deutlich hatten die ehemaligen "Sterneträger" bei der Rüstungsindustrie die Klinken geputzt und anschließend den Konzernen durch ihre Erfahrungen und "alten Kameraden" zu Millionengewinnen verholfen. Das sollte nun vorbei sein, so verlautete zumindest das Ministerium.

Als vor einigen Wochen bekannt wurde, daß der Ex-Vier-Sternegeneral Johannes Steinhoff stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei den Flugzeugwerken Dornier wurde, flog der ganze Schwindel auf. Der Erlaß beschränkte sich nur auf die unteren und mittleren Offiziersränge, die für die Rüstungsindustrie sowieso nicht so interessant sind. Steinhoff aber war ein Top-Offizier der Bundeswehr. Als Inspekteur der Luftwaffe legte er die Grundsteine für die neuen hochkomplizierten Waffensysteme der Luftwaffe, wie MRCA, Alpha Jet und Senkrechtstarter usw. Später wurde er Vorsitzender des Militärausschusses der NATO; das ist das höchste militärische Gremium des Nordatlantikpaktes. Steinhoff kennt alle Pläne und Vorhaben der NATO im Rüstungsbereich, vor allem auf dem Gebiet der Luftwaffen. Für die Flugzeugwerke Dornier ist er also der Mann, der nun dafür zu sorgen hat, daß Dornier bei der Verwirklichung dieser Pläne und Vorhaben "bedacht" wird und weitere Millionengeschäfte macht. Dabei wird er seine Erfahrungen, Kenntnisse und vor allem seine Beziehungen zu allen wesentlichen NATO-Stellen nutzen. Die CSU, die gehofft hat, Steinhoff als Bundestagsabgeordneten zu gewinnen, wird ihn leichten Herzens ziehen lassen können. Bei Dornier wird Steinhoff den Kapitalisten bestimmt ausgezeichnete Dienste leisten.

W.S.

Verdienstkreuz für Völkermörder Davison



Minister Leber (SPD) überreichte General Davison am 11. Juli das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Bundespräsident Scheel hat diese höchste Auszeichnung dem US-General für "seine Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland" verliehen. General Davison ist NATO-Befehlshaber Mitte (CENTAG) und Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa (USAREUR). General Davison leitete 1970 die US-Invasion in Kambodscha, einen der brutalsten völkerrechtswidrigen Überfälle des US-Imperialismus während der Indochina-Krieges. Zugleich war dieser Überfall einer der schwersten Niederlagen des US-Imperialismus in seinem Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas.

Bei der Ordensverleihung nutzte Verteidiungsminister Leber die Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch, bei dem es unter anderem um die militärische Zusammenarbeit bei dem bevorstehenden amerikanisch-deutschen Reforger VI-Manöver ging. In seiner Festrede auf die Verdienste dieses Strategen des Völkermords ging Minister Leber auf die Belastungen der Zivilbevölkerung durch die gemeinsamen Kriegsmanöver ein und sagte wörtlich: "Ich weiß, daß Ihre Sorge die Frauen und die Kinder in unserem Land mit einschließt. Dafür sage ich Ihnen ganz ausdrücklich meinen persönlichen Dank."

Während der bisher stattgefundenen Manöver war es zu schweren Belästigungen der Bevölkerung gekommen. In zahlreichen Protesten wandte sich die Bevölkerung gegen diese Manöver. Mit ihren Traktoren versuchten Bauern gegen die Manöverstreitkräfte ihre Felder vor der Zerstörung zu schützen. Für zahllose schwere Flurschäden gab es noch keinerlei oder nur unzureichende Entschädigung. Mit seinem Dank für die "Sorge um die Zivilbevölkerung" hat sich Leber gerade an den Richtigen gewandt. Das Bundesverdienstkreuz ziert die Brust eines Mannes, der sich für die Behandlung der Zivilbevölkerung als Mordspezialist erwiesen hat, der für seine Verbrechen schon manche hohen Auszeichnungen von Seinesgleichen empfangen hat.

– bb –

Der demokratische Kampf in der Bundeswehr

DIE INSTITUTION DES VERTRAUENSMANNES IN DER BUNDESWEHR: DIE ERFAHRUNGEN AUS ANDEREN BEREICHEN (BETRIEB UND SCHULE) WERDEN MECHANISCH ÜBERTRAGEN

Der offene Brief des Genossen Aulich über die Aufgaben des Vertrauensmanns in der Bundeswehr hat in der KVZ eine recht starke Diskussion ausgelöst. Diese Diskussion hat allerdings gezeigt, daß es trotz unserer Militärresolution noch sehr große Unklarheiten über den Kampf in der bürgerlichen Armee gibt. Den bisher vorliegenden Stellungnahmen ist nämlich gemeinsam, daß sie nicht auf der Linie der demokratischen Forderungen des KBW liegen.
Das liegt im wesentlichen daran, daß man die Frage des demokratischen Kampfes in der Armee nicht grundsätzlich angeht und die Besonderheiten der Armee untersucht, sondern stattdessen mechanisch Erfahrungen aus anderen Bereichen (Betrieb, Schule) überträgt.

Aulich hat den Kampf für Rechte im Betrieb vor Augen, wenn er schreibt: "Im Betrieb, wo wir vorher waren, da ist Betriebsrat, Vertrauenskörper und Vertrauensmann . . ."
Der Gefr. B. wendet sich gegen A., aber er macht nicht einmal den Versuch, diese Übertragung als unzulässig zurückzuweisen, folglich geht seine Argumentation vollkommen an der Sache vorbei. Er sagt zunächst: "Das Wesen der Wehrverfassung einschließlich der gesetzlichen Bestimmungen über den Vertrauensmann besteht darin, die Vertretung demokratischer Interessen der Soldaten zu verhindern." Daraus folgert er dann: "Die Kommunisten setzen sich in der Bundeswehr nicht für die Demokratisierung der Einrichtung des Vertrauensmannes ein, sondern klären über ihren Charakter auf und versuchen, die Soldaten von der Illusion zu lösen, Vertrauensmänner könnten die Interessen der wehrpflichtigen Arbeiter vertreten."
Man könnte den Gefr. B. jetzt fragen, ob denn nicht auch das Wesen des Betriebsverfassungsgesetzes darin besteht, die Vertretung demokratischer Interessen der Arbeiter zu verhindern. Müßte man demzufolge nicht auch darauf verzichten, Einrichtungen wie den Betriebsrat und den Vertrauenskörper zu nutzen?
B. macht den Fehler, die bürgerlichen Gesetze als unveränderlich zu betrachten, gegen die sowieso kein Kraut gewachsen ist. Das wird deutlich, wenn er schreibt: "Solange es Wehrdisziplinarordnung, Wehrstrafgesetz, Erlaß erzieherischer Maßnahmen gibt, solange nützt ein abwählbarer Vertrauensmann . . . gar nichts."
Natürlich, recht hat er, schon von den Bürgern der Stadt Nürnberg im Mittelalter wußte man: sie hängen keinen, sie hätten ihn denn.

Die Frage ist doch aber, wie kann man die gesamte westdeutsche Wehrverfassung zu Fall bringen und ist der Kampf für die Rechte der Vertrauensmänner ein Schritt in diese Richtung? Anders herum, ist bei einer demokratischen Interessenvertretung der Soldaten die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin und des Prinzips von Befehl und Gehorsam möglich? Offenbar nicht.
Die Argumente des Gen. B. sind ganz und gar nicht dazu geeignet, die Position von Aulich zu erschüttern. Dies sieht man auch an der Zuschrift von F.P. aus Karlsruhe, der Aulichs Standpunkt noch einmal bekräftigt, nur vergleicht er die Vertrauensmänner statt mit dem Betriebsrat mit der Schüler-Selbstverwaltung.
Der Vergleich der Bundeswehr mit dem Betrieb oder der Schule ist aber ganz und gar falsch und unzulässig. Macht man einen solchen Vergleich trotzdem zur Grundlage seines Handelns, dann landet man mit tödlicher Sicherheit bei – Soldat '74.

Worin liegt der Unterschied zwischen Betrieb und Armee? Es ist der Unterschied zwischen ökonomischer Gewalt und politischer Gewalt. Die Arbeiter werden nicht durch ein allgemeines Arbeitspflichtgesetz in die Fabriken gepreßt, sondern durch die Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Natürlich gibt es auch im Betrieb direkt körperliche Gewalt, z.B. durch Werksschutz, doch die ist insgesamt nebensächlich. Die Armee dagegen ist in erster Linie eine politische Institution. "Die bürgerlichen Militärtheoretiker sagen, der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Arbeiterklasse sagt: Richtig, sehr richtig, und deswegen sind wir dafür, daß das ganze Volk diese Mittel in einer solchen Form besitzt, daß es sich ihrer nach freiem Willen bedienen kann." (Leitsätze zur Militärfrage, S. 10)
Ob die Arbeiter Mehrwert produzieren oder nicht, hängt ganz und gar nicht von irgendeinem Willen ab, solange es noch den Kapitalismus gibt. Wovon aber hängt es ab, auf wen Soldaten schießen? Das hängt davon ab, wer die Gewehre kommandiert, die Bourgeoisie oder das Volk unter Führung der Arbeiterklasse. Da die Kommunisten zu der Einsicht gekommen sind, daß die politische Macht mit Waffengewalt erkämpft werden muß, wollen sie natürlich, daß das Volk die Gewehre kommandiert.
Zeigen die Gedanken des Genossen Aulich zur Stellung des Vertrauensmannes in der Bundeswehr nun einen Schritt in diese Richtung? – Man stelle sich vor, der Vertrauenskörper eines Bataillons fordert vom Kommandeur, nicht gegen die streikenden Arbeiter z.B. bei VW vorzugehen, sondern sich auf die Seite der Arbeiter zu schlagen. Der Kommandeur wird den gesamten Vertrauenskörper samt Vertrauenskörperleitung in den Knast schicken oder auf der Stelle erschießen lassen, es sei denn, die drehen den Spieß um.
Das Beispiel zeigt ganz deutlich, in der Armee stellt sich die Frage der Macht immer unmittelbar. Entweder man hat sie oder man hat sie nicht. Ein relatives Gleichgewicht der Kräfte zwischen Arbeitern und Kapitalisten, wie es in manchen Fabriken zeitweilig bestehen kann, oder ein Gleichgewicht zwischen Volk und Staat, wie es an Schulen, Universitäten usw. vorübergehend möglich ist, ist in der Armee ausgeschlossen. Das ist auch sehr leicht zu erklären, denn "vom Standpunkt der marxistischen Lehre vom Staat ist die Armee die Hauptkomponente der Staatsmacht." (Mao-Tsetung, Worte, S.75)
Wenn in der Armee die Mehrheit erst einmal anfängt, Entscheidungen zu fällen, dann sind diese verbindlich. Die Mehrheit ist nämlich immer eine bewaffnete. Die Schwierigkeit besteht nur darin, sich erst einmal zu einer Mehrheit zusammenzuschließen. Dies versucht die Bourgeoisie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, sie drückt die Soldaten in eine vollkommen rechtlose Lage herab, trennt sie vom übrigen Volk und schlägt bereits bei den geringsten Anzeichen von Rebellion brutal zu.

Der KBW zieht in seinem Programm die Konsequenz aus dieser Situation, indem er einmal die allgemeine Volksbewaffnung und zum anderen die Wahl der Offiziere fordert. In der Praxis werden diese richtigen Forderungen jedoch oft sehr schnell vergessen und man sucht sich erst einmal "näherliegende" Ziele für die Agitation, man schreibt Teile aus Soldat '74 ab, wie es der Gen. Aulich getan hat (ohne es zu wissen, natürlich), oder man läßt einige allgemeine Phrasen los, wie es Gen. B. getan hat:

"Um der Unterdrückung und Entrechtung in der Bundeswehr entgegenzutreten, ist es wichtig, die Mannschaften über ihre Lage aufzuklären, sie für den Kampf um Demokratie und Sozialismus zu gewinnen und sie für diesen Kampf zu organisieren."
Gen. B. kommt gar nicht darauf, Aulich die Forderung nach Wahl der Offiziere entgegenzuhalten. Und F.P. hat recht, wenn er sagt, "der Aufbau von Reservisten- und Soldatenkomitees steht dazu (Rechte der Vertrauensleute, Anm.d.Verf.) doch überhaupt nicht im Widerspruch."

Das Problem, dem die Genossen ausgewichen sind, besteht darin, wie kann man unsere allgemeinen Militärforderungen von Propagandaparolen zu konkreten Aktionslosungen machen?

Dazu möchte ich einige Vorschläge machen. Die Forderung nach Wahl der Offiziere kann man einmal dadurch praktisch machen, daß man sie mit einem bestimmten Namen verbindet, also: Fähnrich Schulz muß weg.

Es gibt aber noch eine andere Möglichkeit, sie umzusetzen, die Soldaten- und Reservistenkomitees. Wählen wir da nicht unsere "Offiziere" selbst?
Für die allgemeine Volksbewaffnung gibt es eine Vielzahl von Losungen und Forderungen, die auf dieser Linie liegen, wenn man sie nur richtig stellt. Am wichtigsten sind dabei zunächst einmal Forderungen, die auf die Aufhebung der Trennung der Soldaten vom Volk gerichtet sind, z.B. gegen Standorte in menschenleeren Gegenden (Lüneburger Heide), für die Stationierung in Heimatnähe und Heimschläferrecht, Besserung der Ausgangsregelung, mehr Sold usw.

Man muß selbstverständlich gegen die Versuche kämpfen, ein Berufsheer aufzubauen, oder das Waffenrecht weiter zu verschärfen, bzw. für seine Liberalisierung eintreten. Auch hier haben die Soldaten- und Reservistenkomitees eine wichtige Funktion, da sie eine feste Verbindung schaffen zwischen Soldaten und Zivilisten.

Man sieht, die demokratischen Forderungen lassen sich bei den Soldaten oft gar nicht von den materiellen Interessen trennen, deshalb ist eine Trennung von politischem und ökonomischem Kampf von vornherein unmöglich. Das ist natürlich gut für uns. Trotzdem werden uns irgendwelche Erfolge bestimmt nicht leicht fallen, zumal der legale Spielraum für Aktionen außerordentlich gering ist. Wir müssen dabei jedoch sämtliche Möglichkeiten ausnutzen, legale und illegale, auch die Positon des Vertrauensmannes. Diese nutzen wir jedoch nicht als den Organisator des Kampfes, sondern wir nutzen sie wie das bürgerliche Parlament als Tribüne, um besser zu den Massen sprechen zu können. Wir entlarven diese scheindemokratische Spielerei, die sofort kassiert wird, sobald jemand versucht, sie wirklich im Interesse derjenigen zu nutzen, die ihn gewählt haben. Ist es mit dem Parlament nicht genauso?
So eine Entlarvung geschicht natürlich nicht nur mit Worten. Der Genosse Aulich hat seinen Kameraden in seinem offenen Brief zwar allerlei blauen Dunst erzählt über das, was ein Vertrauensmann alles tun könnte. praktisch hat er ihnen aber gezeigt, wie es wirklich ist. Das ist sehr gut.

Pionier V.S., Wolfburg

Polizei zerschlägt Arbeiterdemonstration

BERICHT EINER AUGENZEUGIN AUS NEAPEL

Die Klassenkämpfe in Italien werden immer heftiger. Das merkt man bei jedem Schritt durch die Städte; keine Wand, kein Haus, auf dem keine Parolen und Plakate angebracht sind, zum Teil übereinander, wenn die Faschisten versuchen, ihre Weisheiten unter die Leute zu bringen.
Gerade in Süditalien ist die Lage besonders zugespitzt. Eine große Anzahl von Arbeitslosen ist die Ursache dafür. In einigen Stadtteilen von Neapel ist jeder Zweite arbeitslos. Die Verelendung breitester Schichten der Arbeiterklasse nimmt immer größere Ausmaße an.
Aber auch der Widerstand wächst. Die Arbeiterklasse setzt sich immer heftiger zur Wehr. Die Faschisten setzen alles daran, auf dieser Unzufriedenheit ihr Süppchen zu kochen, aber nur die Kleinbürger und die Studenten sammeln sich bei ihnen.
In Neapel wurden wir Zeugen der Maßnahmen, die der Staat gegen die Arbeitslosen ergreift.
Bei der Stadtverwaltung von Neapel waren 300 Arbeitsplätze freigeworden. Die Bemühungen der meisten Bewerber um diese Stellen waren aber zwecklos. Die durch und durch korrupte Verwaltung stellte nur diejenigen ein, die die höchsten Bestechungsgelder zahlten bzw. aufbringen konnten. Aus Protest gegen dieses "Einstellungsverfahren" blockierten etwa 60 Arbeiter mit einem Sitzstreik den Corso Umberto, eine der großen Hauptstraßen Neapels. Schnell beschriebene Papptafeln klärten über die Ziele dieser Demonstration auf, und sehr schnell hatten sich 300 bis 400 Menschen an den Straßenrändern und auf der Straße versammelt.
Auch die Polizei war mittlerweile erschienen. Zuerst etwa 40 Mann mit Helmen, Schutzschildern und Schlagstöcken, die den Arbeitern gegenüberstanden. Plötzlich kamen aus einer Seitenstraße 5 Jeeps, mit Stahlgittern verkleidet, die wie kleine Kampfwagen aussahen.
Die Jeeps fuhren über die gesamte Straßenbreite in Reihe auf, die Polizisten sammelten sich dahinter. Auf ein Kommando wurden die Sirenen angeschaltet und die Wagen rasten auf die Menge zu. Weniger Zentimeter vor den ersten Menschen bremsten sie ab. In diesem Moment flogen einige Tränengasgranaten und die Polizisten stürmten hinter den Wagen hervor. Mit unheimlicher Brutalität – einige Polizisten faßten den Schlagstock mit beiden Händen, um kräftiger zuschlagen zu können – wurden die Arbeiter von der Straße getrieben. In diesem Moment kochte der Zorn bei den am Rande Stehenden über, und der etwas abseits stehende Offizier, der den Einsatz kommandierte, sah sich von 100 Leuten umringt und bezog kräftige Prügel, bis seine Schergen ihn wieder herausgehauen hatten. Danach jagten die Jeeps immer wieder die Straße auf und ab und auch in die Seitenstraßen, um die Ansammlungen auseinanderzujagen. Diese Maßnahmen haben den Haß der Arbeiter nur verstärkt; ein Arbeiter sagte uns: Wenn das so weitergeht hier, gibt es in einem Jahr von Rom bis Kalabrien einen Aufstand.

– B.E., Hannover –

Die UNO-Seerechtskonferenz

DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE WOLLEN WEITERHIN DIE WELTMEERE KONTROLLIEREN UND DIE MEERESBODENSCHÄTZE AUSPLÜNDERN

**Am 20. Juni begann in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, die zweite Sitzung der dritten UNO-Seerechtskonferenz. Die Konferenz soll voraussichtlich bis zum 29. August dauern. 150 Länder waren bei der Eröffnung vertreten.
Hier sollen Beschlüsse über ein neues Seerecht gefaßt werden. Das alte Seerecht diente den Kolonialmächten und imperialistischen Ländern dazu, ihre Macht weltweit auszudehnen. Unter der Flagge "Wer die Meere kontrolliert, beherrscht die Welt" verteidigen auch heute die beiden Supermächte, die USA und die sozialimperialistische Sowjetunion, die "Freiheit auf Hochsee". Sie wollen den Ländern ihre Hochseegrenze vorschreiben und die Breite der Küstengewässer, über die die Länder rechtlich bestimmen, auf 12 Seemeilen beschränkt lassen.**

Aber die Länder der Dritten Welt wollen die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft, die Reichweite ihrer Rechtsprechung und den Schutz ihrer nationalen Sicherheit nicht deswegen einengen lassen, weil es den Supermächten in die Politik ihrer weltweiten Vorherrschaft paßt. Sie wollen ihre Fischbestände und Meeresbodenschätze nicht ausplündern lassen. Dabei haben die Länder der Dritten Welt erklärt, daß sie das Recht auf eine Hoheitszone bis zu 200 Seemeilen wahrnehmen wollen.

Auch in der Frage der Meeresstraßen und Meerengen wollen die Supermächte das Hoheitsrecht der angrenzenden Länder nicht anerkennen. Sie wollen ihre weltweite Kanonenbootpolitik weiter ungehindert betreiben. Dazu brauchen sie die ungehinderte und unkontrollierte Durchfahrt durch die Meerengen und Meeresstraßen.
Heute verstärken die beiden Supermächte den Streit auf den Meeren der Heftigkeit und dem Ausmaß nach, um die Weltvorherrschaft an sich zu reißen und die Meeresbodenschätze auszuplündern. Sie wetteifern miteinander im Ausbau riesiger Seestreitkräfte und in der Errichtung von Militärstützpunkten überall in der Welt. Ihre Kriegsschiffe kreuzen auf allen Ozeanen, um ihre Kraft zu zeigen und Länder in der ganzen Welt einzuschüchtern und zu bedrohen. Das zeigte der Leiter der chinesischen Delegation auf der Konferenz auf.

Insbesondere die sozialimperialistische Sowjetunion, die der "natürliche Verbündete der Entwicklungsländer" zu sein behauptet, griff die Länder der Dritten Welt an und warf ihnen "Extremismus" vor. Die Sozialimperialisten behaupteten, daß das alte Seerecht sich bewährt habe und forderten, daß die 12-Seemeilen-Grenze beibehalten werden muß. Aber gegenüber der einmütigen Haltung der Länder der Dritten Welt entlarvten sie sich immer mehr. Daher mußten die Sozialimperialisten umschwenken und ihr Vorgehen ändern.
Sie erklärten plötzlich, das Recht auf 200 Seemeilen "anzuerkennen". Zugleich wurden Vorbedingungen gestellt. Die Vertreter der Sowjetunion forderten, daß über jeden wichtigen Beschluß nicht durch Abstimmung beschlossen werden solle, sondern durch eineinmütige Übereinkunft nach Besprechungen, oder durch Abstimmung mit einer Neun-Zehntelmehrheit. So sollten Mehrheitsabstimmungen, die gegen den Willen der Sowjetunion ausgingen, verhindert werden.

Die Konferenz beschloß am 27. Juni, daß Beschlüsse mit Zwei-Drittelmehrheit der anwesenden abstimmenden Vertreter gefaßt werden. Beide Supermächte traten für "allseitige Zustimmung" ein, um Beschlüsse blockieren zu können. In diesem Sieg über die Supermächte zeigte sich deutlich die wachsende Einheit der Länder der Dritten Welt und anderer kleiner und mittelgroßer Länder gegen die Politik der weltweiten Vorherrschaft durch die Supermächte. AH

STREIKS IN SÜDAFRIKA

Zur Zeit gibt es in der Südafrikanischen Republik wieder eine mächtige Streikwelle. In der Hafenstadt Durban streiken mehrere tausend Arbeiter zahlreicher Betriebe seit über einer Woche für ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen. Die Polizei ging gegen streikende Busfahrer vor und verhaftete 90 von ihnen. Eine Reaktion auf die Streiks war die Ankündigung des Staatspräsidenten, daß die Südafrikanische Republik das Militär zahlenmäßig verstärken und die Bewaffnung verbessern würde. Er begründete diese Maßnahme mit der steigenden Aktivität der "Guerillas".

Südafrikanische Besatzungstruppen haben vor kurzem ein Dorf im Nordwesten Namibias völlig zerstört. Der einzige Überlebende des Massakers berichtete zwei schwedischen Journalisten: Es habe sich um eine "Vergeltungsaktion" der weißen Besatzer aus Südafrika gehandelt. Die weißen Herren aus der Südafrikanischen Republik wollten damit das Volk von Namibia bestrafen, weil es unter der Führung seiner Befreiungsorganisation SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) den Kampf gegen die weißen Besatzer aus Südafrika aufgenommen habe.

Island: Das Recht auf Sicherung des Fischfangs

Die Länder, die eine Fischereizone von mehr als 12 Seemeilen verlangen, wurden von der Supermacht Sowjetunion beschuldigt, "die legitimen Rechte und Interessen von Ländern, die Hochseefischfang betreiben, völlig zu mißachten."

Dieser Angriff ist auch gegen Länder gerichtet, deren Wirtschaft, wie zum Beispiel in Island, in der Hauptsache vom Fischfang existiert. Island hatte seine Hoheitszone ausgedehnt, um seinen Fischfang gegen Ausplünderung zu sichern. Die Bundesrepublik und England klagten im Auftrag der großen Fischkonzerne vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. In seiner Entscheidung hat der Gerichtshof Island jetzt das Recht verweigert, das Seegebiet vor der Küste der Insel von 12 auf 50 Meilen ausschließlich für den eigenen Fischfang auszudehnen. Island wurde ferner verboten, mit Gewalt sein Hoheitsgebiet vor britischen und westdeutschen Konzernflotten zu schützen. Begründet wurde das Urteil damit, daß Island "die historischen Fischereirechte anderer Länder" berücksichtigen müsse (laut Frankfurter Rundschau vom 26.7.). Die Begründung wurde von einem polnischen Richter verlesen.
Diese historischen Rechte sehen so aus, daß drei oder vier Flotten großer Nahrungsmittel-Konzerne in England und der BRD den reichen Fischbestand vor der isländischen Küste hemmungslos ausbeuten und damit das isländische Volk, das größtenteils von Fischfang und -verarbeitung abhängig ist, in seiner Existenz bedrohen. Die Konzerne bürden Island zudem noch die Lasten für die Pflege des Fischbestandes auf, fischen aus ihrer Profitgier aber selber mit engmaschigen Netzen, womit sie praktisch den Nachwuchs der Fischschwärme auszurotten drohen.

Die Ausdehnung der isländischen Hoheitszone ist deshalb eine gerechte Sache eines kleinen Landes, das sich gegen Ausplünderung und Unterdrückung durch den Imperialismus wehrt. Der Haager Gerichtsentscheid dagegen ist ungerecht, fällt dem isländischen Volk in den Rücken und wurde entsprechend freudig von der Bundesregierung und der britischen Regierung begrüßt. Island jedoch erkennt weder das bestehende imperialistische Seerecht noch den Haager "Schiedsspruch" an, sondern reiht sich ein in die Front der kleinen Küstenländer und Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf für das Recht auf 200 Seemeilen.

–H.B., Hamburg/Red–

31 000 DM Spenden für das Volk von Oman

In der Zeit vom 20. Mai bis zum 31. Juli 1974 sind auf dem Konto des Nahost-Komitees Heidelberg folgende Spenden eingegangen:

KSB Frankfurt: 412 DM; U.R., Köln: 43,50 DM; KSB Frankfurt: 201,91 DM; KHI Bochum (Büchertisch und Fachschaftsversammlungen): 213,26 DM; AStA der Fachhochschule für Bildende Künste Braunschweig: 100 DM; Spende von der 1.-Mai-Veranstaltung der Ortsgruppe Waiblingen des KBW: 286,90 DM; H.B., Ludwigshafen, Sammlung von einem Geburtstagfest: 70 DM; A.D., Hamburg: 110 DM; U.G., Berlin: 500 DM; KAJB Wolfsburg: 50 DM; K.H.W., Neckarsteinach: 70 DM; Fachschaft Geschichte der Universität Göttingen: 40 DM; Fachschaft Sozialwissenschaften der Universität Mannheim: 40 DM; C.M., Bremen: 200 DM; D.L., Braunschweig: 370 DM; U.H., Itzehoe: 10 DM; Kegelclub Bremen: 20 DM; Solidaritätsveranstaltung an der Universität Heidelberg: 497,76 DM; J.O., Heidelberg: 20 DM; Nahost-Komitee Göttingen: 722,50 DM; C.K., Offenburg: 50 DM; H.G.A., Mannheim: 90 DM; Sammlung in einer Veranstaltung des Theologischen Forums Heidelberg: 60 DM; N.N., Darm-

berg: 55 DM; Ortsgruppe Hildesheim des KBW: 207 DM; Basisgruppe Zweiter Bildungsweg Neuss: 50 DM; Institutsgruppe Slawistik Heidelberg: 354 DM; Institutsgruppe Biologie Heidelberg (Basar und Versteigerung): 540 DM; Nahost-Komitee Göttingen: 32 DM; B.S., Göttingen: 60 DM; Sektion Wissenschaft und Forschung der GUV Heidelberg: 344,50 DM; Spendenbüchse Buchhandlung Rupp-Grunow Heidelberg: 70 DM; R.R., Braunschweig: 290 DM; G.Z., Effern: 200 DM; Sammlung der Zelle Medizin der KHG Heidelberg: 191,66 DM; G.D., Burgsteinfurt: 100 DM; K.R., Heidelberg: 100 DM; C.M., Bremen: 50 DM; F.D., Göttingen: 100 DM; W.H., Göttingen: 100 DM; J.B., Hamburg: 42,50 DM; H.B., Heidelberg: 240 DM; Bund Deutscher Pfadfinder Bremen: 371,71 DM; U.P., Münster: 50 DM; Englisch-Kollektiv an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg: 80 DM; H.B., Wien: 684,95 DM; Teile des Personals im Theresienkrankenhaus Mannheim: 300 DM; H.B., Bremen: 150 DM; SMV der Johann-Peter-Hebel-Schule Gundelfingen: 88 DM; A.H., Stuttgart: 25 DM; AStA der Universität Hohenheim: 1 619,26 DM; G.S., Karlsruhe, 98 DM; Sammlung des KBW Osnabrück: 510,53 DM; Sammlung

schen Republik wieder eine mächtige Streikwelle. In der Hafenstadt Durban streiken mehrere tausend Arbeiter zahlreicher Betriebe seit über einer Woche für ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen. Die Polizei ging gegen streikende Busfahrer vor und verhaftete 90 von ihnen. Eine Reaktion auf die Streiks war die Ankündigung des Staatspräsidenten, daß die Südafrikanische Republik das Militär zahlenmäßig verstärken und die Bewaffnung verbessern würde. Er begründete diese Maßnahme mit der steigenden Aktivität der "Guerillas".

Südafrikanische Besatzungstruppen haben vor kurzem ein Dorf im Nordwesten Namibias völlig zerstört. Der einzige Überlebende des Massakers berichtete zwei schwedischen Journalisten: Es habe sich um eine "Vergeltungsaktion" der weißen Besatzer aus Südafrika gehandelt. Die weißen Herren aus der Südafrikanischen Republik wollten damit das Volk von Namibia bestrafen, weil es unter der Führung seiner Befreiungsorganisation SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) den Kampf gegen die weißen Besatzer aus Südafrika aufgenommen habe.

union beschuldigt, "die legitimen Rechte und Interessen von Ländern, die Hochseefischfang betreiben, völlig zu mißachten."

Dieser Angriff ist auch gegen Länder gerichtet, deren Wirtschaft, wie zum Beispiel in Island, in der Hauptsache vom Fischfang existiert. Island hatte seine Hoheitszone ausgedehnt, um seinen Fischfang gegen Ausplünderung zu sichern. Die Bundesrepublik und England klagten im Auftrag der großen Fischkonzerne vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. In seiner Entscheidung hat der Gerichtshof Island jetzt das Recht verweigert, das Seegebiet vor der Küste der Insel von 12 auf 50 Meilen ausschließlich für den eigenen Fischfang auszudehnen. Island wurde ferner verboten, mit Gewalt sein Hoheitsgebiet vor britischen und westdeutschen Konzernflotten zu schützen. Begründet wurde das Urteil damit, daß Island "die historischen Fischereirechte anderer Länder" berücksichtigen müsse (laut Frankfurter Rundschau vom 26.7.). Die Begründung wurde von einem polnischen Richter verlesen.
Diese historischen Rechte sehen so

stand vor der isländischen Küste hemmungslos ausbeuten und damit das isländische Volk, das größtenteils von Fischfang und -verarbeitung abhängig ist, in seiner Existenz bedrohen. Die Konzerne bürden Island zudem noch die Lasten für die Pflege des Fischbestandes auf, fischen aus ihrer Profitgier aber selber mit engmaschigen Netzen, womit sie praktisch den Nachwuchs der Fischschwärme auszurotten drohen.

Die Ausdehnung der isländischen Hoheitszone ist deshalb eine gerechte Sache eines kleinen Landes, das sich gegen Ausplünderung und Unterdrückung durch den Imperialismus wehrt. Der Haager Gerichtsentscheid dagegen ist ungerecht, fällt dem isländischen Volk in den Rücken und wurde entsprechend freudig von der Bundesregierung und der britischen Regierung begrüßt. Island jedoch erkennt weder das bestehende imperialistische Seerecht noch den Haager "Schiedsspruch" an, sondern reiht sich ein in die Front der kleinen Küstenländer und Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf für das Recht auf 200 Seemeilen.

–H.B., Hamburg/Red–

31 000 DM Spenden für das Volk von Oman

In der Zeit vom 20. Mai bis zum 31. Juli 1974 sind auf dem Konto des Nahost-Komitees Heidelberg folgende Spenden eingegangen:

KSB Frankfurt: 412 DM; U.R., Köln: 43,50 DM; KSB Frankfurt: 201,91 DM; KHI Bochum (Büchertisch und Fachschaftsversammlungen): 213,26 DM; AStA der Fachhochschule für Bildende Künste Braunschweig: 100 DM; Spende von der 1.-Mai-Veranstaltung der Ortsgruppe Waiblingen des KBW: 286,90 DM; H.B., Ludwigshafen, Sammlung von einem Geburtstagfest: 70 DM; A.D., Hamburg: 110 DM; U.G., Berlin: 500 DM; KAJB Wolfsburg: 50 DM; K.H.W., Neckarsteinach: 70 DM; Fachschaft Geschichte der Universität Göttingen: 40 DM; Fachschaft Sozialwissenschaften der Universität Mannheim: 40 DM; C.M., Bremen: 200 DM; D.L., Braunschweig: 370 DM; U.H., Itzehoe: 10 DM; Kegelclub Bremen: 20 DM; Solidaritätsveranstaltung an der Universität Heidelberg: 497,76 DM; J.O., Heidelberg: 20 DM; Nahost-Komitee Göttingen: 722,50 DM; C.K., Offenburg: 50 DM; H.G.A., Mannheim: 90 DM; Sammlung in einer Veranstaltung des Theologischen Forums Heidelberg: 60 DM; N.N., Darm-
stadt: 240 DM; W.S., Heidelberg: 50 DM; Solidaritätsveranstaltung der Ortsaufbaugruppe des KBW Wiesbaden: 529,10 DM; Sammlung der Ortsgruppe Bremen des KBW am 1. Mai: 300 DM; Sympathisantengruppe des KBW Ravensburg/Weingarten: 30 DM; Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Offenbach: 340 DM; Buchladen Rote Straße Göttingen: 45 DM; Kommunistische Gruppe Münster: 175 DM; H.H., Hannover: 124,01 DM; Verband Kommunistischer Intellektueller Göttingen: 1 000 DM; O.M., Frankfurt: 20 DM; A.B., Heidelberg: 100 DM; KBW Köln: 1 225 DM; R.S., Berlin: 240 DM; Verbotene Straßensammlung des Nahost-Komitees Heidelberg: 190 DM; Spendenbüchse Buchhandlung Rupp-Grunow Heidelberg: 80 DM; Institutsgruppe Psychologie Heidelberg: 1 217,50 DM; H.W., Frankfurt: 30 DM; D.R., Mannheim: 164,91 DM; B.R., Frankfurt: 40 DM; H.B., Göttingen: 30 DM; A.S., Heidelberg: 100 DM; H.D.S., Frankfurt: 196 DM; Solidaritätsveranstaltung des Nahost-Komitees Heidelberg: 250 DM; M.R., Gießen: 50 DM; E.M., Heidelberg: 20 DM; Schüler des Gymnasiums Lesum (Bremen): 17 DM; Ortsgruppe Hildesheim: 66 DM; KBW-Sympathisantengruppe Ravensburg/Weingarten: 668,93 DM; E.T., Borgstede: 50 DM; Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt: 670 DM; KSG Mannheim: 200 DM; J.W., München: 10 DM; AStA der TU Braunschweig: 125 DM; Gruppe Augsburger Kommunisten: 110 DM; M.W., Heidelberg: 100 DM; E.G., Gießen: 20 DM; R.H., Leimen: 200 DM; Ortsaufbaugruppe des KBW Offenbach: 744,25 DM; M.S., Nassau: 100 DM; N.N., Gießen: 50 DM; G.N., Bremen: 50 DM; E.B., Dortmund: 150 DM; Fachhochschüler für Sozialarbeit Frankfurt: 92,75 DM; Mitglieder des Bundes Gewerkschaftlicher Ärzte Heidelberg: 61,40 DM; Sammlung der KHG Heidelberg an der Pädagogischen Hochschule: 1 475 DM; E.W., Berlin: 80 DM; I.T., Detmold: 40 DM; Sammlung der Oman-Initiative Frankenthal: 172 DM; Sammlung im Studentenheim Unnastraße Hamburg: 170 DM; Institutsgruppe Romanistik Heidelberg: 235 DM; G.J. Diepholz: 101 DM; W.G., Neumünster: 70 DM; A.B., Heidel-

berg: 55 DM; Ortsgruppe Hildesheim des KBW: 207 DM; Basisgruppe Zweiter Bildungsweg Neuss: 50 DM; Institutsgruppe Slawistik Heidelberg: 354 DM; Institutsgruppe Biologie Heidelberg (Basar und Versteigerung): 540 DM; Nahost-Komitee Göttingen: 32 DM; B.S., Göttingen: 60 DM; Sektion Wissenschaft und Forschung der GUV Heidelberg: 344,50 DM; Spendenbüchse Buchhandlung Rupp-Grunow Heidelberg: 70 DM; R.R., Braunschweig: 290 DM; G.Z., Effern: 200 DM; Sammlung der Zelle Medizin der KHG Heidelberg: 191,66 DM; G.D., Burgsteinfurt: 100 DM; K.R., Heidelberg: 100 DM; C.M., Bremen: 50 DM; F.D., Göttingen: 100 DM; W.H., Göttingen: 100 DM; J.B., Hamburg: 42,50 DM; H.B., Heidelberg: 240 DM; Bund Deutscher Pfadfinder Bremen: 371,71 DM; U.P., Münster: 50 DM; Englisch-Kollektiv an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg: 80 DM; H.B., Wien: 684,95 DM; Teile des Personals im Theresienkrankenhaus Mannheim: 300 DM; H.B., Bremen: 150 DM; SMV der Johann-Peter-Hebel-Schule Gundelfingen: 88 DM; A.H., Stuttgart: 25 DM; AStA der Universität Hohenheim: 1 619,26 DM; G.S., Karlsruhe, 98 DM; Sammlung des KBW Osnabrück: 510,53 DM; Sammlung
des KSB an der Universität Bremen: 180,80 DM; H.H., Münster: 20 DM; Studentenparlament der Fachhochschule Frankfurt: 105 DM; Grundeinheit Chemie der KHG Westberlin: 283,58 DM; Fachschaft Psychologie der Landesuniversität Gießen: 135,11 DM; Ortsgruppe Hildesheim des KBW: 21,43 DM; Initiative zur Unterstützung des Volkes von Oman, Oldenburg: 550 DM; Fachschaft Kunst der Pädagogischen Hochschule Göttingen: 85 DM; U.E., Hilden: 253 DM; MLG Mainz-Wiesbaden: 137 DM; Ortsaufbaugruppe des KBW Offenbach: 193 DM; C.H., Offenbach: 25 DM; Oman-Fest Studentenwohnheim Klausenpfad Heidelberg: 2 113,50 DM; A.L., Karlsdorf: 183,80 DM; V.W., Essen: 300 DM; AStA Fachhochschule Mainz: 270 DM; M.L., Wiesbaden: 80 DM; Fachhochschule für Sozialpädagogik Hildesheim: 46,43 DM; Nahost-Komitee Göttingen: 224 DM; R.G., Tübingen: 18 DM; H.B., Heidelberg: 100 DM; H.S., Bremen: 50 DM; Nahost-Komitee Hamburg: 300 DM; G.N., Roßdorf: 20 DM; A.P., Hamburg: 54 DM; M.M., Eppingen: 10 DM; R.W., Dortmund: 420 DM; M.M., Frankfurt: 200 DM; Kommunistische Gruppe Wuppertal: 67,42 DM; W.G., Neumünster: 80 DM; Zelle Germanistik der KHG Heidelberg: 700 DM; A.M., Darmstadt: 40 DM; R.W., Dortmund: 67,52 DM; I.E., Hamburg: 100 DM.

Nach Rücksprache mit Vertretern der Botschaft der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) in Ostberlin bittet das Nahost Komitee Heidelberg, ab sofort keine Überweisungen mehr auf das Heidelberger Konto vorzunehmen. Die Botschaft der VDRJ hat in Westberlin ein Konto eingerichtet, von dem aus die eingehenden Spenden sofort abgebucht und an die PFLOAG gegeben werden.

Humanitäre Hilfe Dhofar, Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin Nr. 100 470 4305.

Das in Heidelberg eingegangene Geld ist zum Teil an die PFLOAG direkt, zum Teil an die Botschaft der VDRJ in Ostberlin übergeben worden.

USA: Die Streikwelle rollt an

IN VIER WOCHEN 560 ARBEITSNIEDERLEGUNGEN

Nach dem nationalen Lastwagenfahrerstreik im Januar dieses Jahres beginnen seit gut 4 Wochen in fast allen größeren Städten der USA die Arbeiter ihre Arbeit niederlegen und für die Erhaltung ihrer Löhne zu kämpfen.

In **New York** gingen 150 000 Textilarbeiter zum erstenmal seit 50 Jahren(!) für mehr als 8 Tage auf die Straße und forderten für die kommenden 3 Jahre eine Lohnerhöhung von 1,10 Dollar je Stunde, sowie eine laufende Anpassung der Löhne an die Preissteigerungsrate.
In **San Francisco** legten am 26.6. etwa 5 000 Krankenhausschwestern ihre Arbeit nieder und forderten eine höhere Beteiligung am Personalentscheidungsprozeß in den Krankenhäusern.
Ebenfalls in **Kalifornien** begann am 16.6. der Streik der Zimmermannsarbeiter. Etwa 75 000 verlangten eine Lohnerhöhung von 14,3 % und verbesserte Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz.
Am 2.7. weigerten sich 3 000 Busfahrer aus **San Francisco** ihre Arbeit fortzusetzen und forderten eine Lohnerhöhung, die mindestens der gegenwärtigen Inflationsrate von 12 % entspricht. Diese Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden:
Farmarbeiterstreik in **Oxnard**, Kupferarbeiterstreik in **Arizona**, Konstruktionsarbeiterstreik in **Seattle** usw.
Insgesamt fanden in den letzten 4 Wochen in den USA etwa **560 Streiks statt, davon mehr als 150** in den 13 West-Staaten. Mindestens 400 000 Arbeiter nahmen an diesen Streiks teil und es scheint, diese Zahl wird noch steigen, wenn im Laufe des Sommers und des Herbstes in vielen Industrien die Verträge auslaufen.

Für die USA bedeutet diese Streikwelle die größte, die sie seit mehreren Jahren erlebt. Noch im Frühjahr dieses Jahres berichtete die konservative Zeitung "The Christian Science Monitor": Die Arbeiter sind ruhiger geworden. Die Streiktage haben im vergangenen Jahr deutlich abgenommen. Um diese Tendenz fortzusetzen, schloß I.W.Abel, Präsident der Stahlarbeitergewerkschaft mit den amerikanischen Stahlbossen einen Vertrag ab, der für die kommenden 3 Jahre einen nationalen Streik für gesetzeswidrig erklärt und eine Lohnerhöhung von 60 cent pro Stunde vorsieht. Trotz der gegenwärtigen massiven Streiks vieler amerikanischen Arbeiter, enden ihre Kämpfe meist mit Niederlagen. Die Textilarbeiter, die mit 3,50 Dollar je Stunde neben den Farmarbeitern einen Lohn empfangen, der an der Armutsgrenze liegt, konnten nur eine Lohnerhöhung von 9 % erkämpfen. Womit die Verschlechterung ihrer Lebenslage nicht gestoppt ist. Unter dem Niveau der Inflationsrate liegen ebenfalls die meisten anderen Abschlüsse. Schuld daran ist nicht die zu geringe Kampfbereitschaft der amerikanischen Arbeiter, sondern die verräterische Politik der Gewerkschaftsführer.
Anschließend eine kurze Darstellung, wie Kapitalisten, reaktionäre Gewerkschaftsführer und der Staat es fertigbrachten, am 14.6. in der Automobilfirma (Chrysler) in Detroit einen wilden Streik zu brechen.
Nach zunehmenden Arbeitsverschlechterungen, Antreibereien und steigender Unfallsquote legten einige Arbeiter am 10.6. ihre Arbeit nieder. Das Ergebnis: Sie wurden gefeuert. Daraufhin weigerten sich die Kollegen ebenfalls, ihre Arbeit fortzusetzen.

Auf Bitten der Gewerkschaftsführer betraten dann am Dienstag 50 Polizisten die Fabrik und verhafteten 100 Streikende. Am Donnerstag war der Streik noch in vollem Gang. Weitere 50 Arbeiter hatten inzwischen von Chrsyler den Entlassungsbrief erhalten.
Im Fernsehen erschienen alle 15 Minuten Streikberichte mit der Bekanntgabe, der Streik wäre illegal und alle Streikposten würden bei Forsetzung des Streiks verhaftet werden.
Am Freitagmorgen wurden weitere Arbeiter festgenommen. Während der ganzen Zeit der Arbeitsniederlegung standen Gewerkschaftsführer an den Fabriktoren und riefen den Arbeitern zu, sie sollten wieder an ihre Arbeit zurückkehren.

Der Druck von Entlassungen, Verhaftungen und öffentlicher Einschüchterung brach schließlich den Widerstand der Arbeiter. Am Freitagabend war der Streik beendet. Die Verhaftungen wurden zurückgenommen und alle Arbeiter wieder eingestellt.

–A., z.Z. Berkeley, USA–

Neue Siege für das Volk von Mozambique!

DIE LETZTEN BASTIONEN DER KOLONIALMACHT PORTUGAL FALLEN

In Mozambique herrscht eine ausgezeichnete Lage. Das Volk von Mozambique kommt unter der Leitung seiner Befreiungsbewegung, der FRELIMO, unaufhaltsam dem siegreichen Ende des bewaffneten Befreiungskampfes näher.

Überall im Land weigern sich portugiesische Soldaten, den Kampf gegen das Volk von Mozambique fortzuführen. Massenhaft laufen afrikanische Soldaten der portugiesischen Armee zur FRELIMO über und stellen sich und ihre Waffen in den Dienst der gerechten Sache des Volkes. Portugiesische Soldaten lehnten ab, aus den großen Städten in Stützpunkte im Inneren des Landes verlegt zu werden. Zahlreiche Garnisonen – vor allem im Norden von Mozambique – mußten aufgegeben werden, da die Soldaten jede Kampfhandlung gegen die FRELIMO verweigerten. In der Provinzhauptstadt Tete holte die afrikanische und die weiße Bevölkerung gemeinsam eine FRELIMO-Delegation in die Stadt und brachte ihre Unterstützung für die Freiheitskämpfer in einer großen Versammlung begeistert zum Ausdruck. Auf dieser Versammlung sagte Raimundo Delepe, der Führer der Delegation der Freiheitskämpfer, daß Afrikaner und Weiße in Eintracht leben sollten, um den Frieden nicht zu gefährden, und daß sie gemeinsam den Aufbau der neuen Gesellschaft in Freiheit in Angriff nehmen müßten. An vielen Orten schlossen portugiesische Militärkommandanten bereits separate Waffenstillstandsabkommen mit der FRELIMO. Auf massenhaft verteilten Flugblättern mit Bildern von Verbrüderungsszenen zwischen FRELIMO und portugiesischen Soldaten wird erklärt, worum es dem Volk unter der Führung der FRELIMO geht: um wirkliche Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung durch Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus für das gesamte Volk von Mozambique – sowohl für die Afrikaner als auch für die Weißen. Diese klare Linie der FRELIMO hat schon viele der weißen Siedler überzeugt: Sie haben ihre Waffen niedergelegt und solidarisieren sich mit der FRELIMO!

In den städtischen Zentren von Mozambique, u.a. in Vila Pery, Beira und Lourenco Marques, gibt es eine lebhafte Unterstützungsbewegung unter den afrikanischen und weißen Massen. In zahlreichen Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen kämpft die Arbeiterklasse und das Volk machtvoll für Unabhängigkeit und Freiheit. Immer größere Teile der weißen Kolonialbourgeoisie müssen so die Tatsache erkennen, daß ein Volk in Bewegung durch nichts aufzuhalten ist! Nachdem ihnen die Aussichtslosigkeit des brutalen Kolonialkrieges klar geworden ist, weil auch das portugiesische Volk in diesem schmutzigen Krieg nicht länger seinen Kopf für die Bourgeoisie und ihre imperialistischen Helfer hinhalten will, verläßt ein Teil von ihnen Hals über Kopf das Land. Ein anderer Teil aber, der faschistische Kern der Kolonialbourgeoisie, betreibt offen die Vorbereitung des Bürgerkrieges; mit Hilfe von großen Konzernen, die ihre riesigen Profite durch die Ausplünderung des Landes um jeden Preis erhalten wollen, versuchen diese Elemente eine Söldnertruppe aufzustellen, durch deren Terror sie das Volk weiter in Knechtschaft halten wollen. Dabei stützen sie sich auch auf solche Gruppen, die vorgeben, im Interesse des Volkes zu handeln, aber doch nur die schmutzigen Geschäfte der Imperialisten betreiben wollen. Diese Gruppen wie z.B. Frecomo und Coremo bestehen überwiegend aus einer korrumpierten Kleinbourgeoisie, die dem Volk völlig entfremdet ist und lediglich ihre eigenen Interessen verfolgt, indem sie Handlangerdienste für die Bourgeoisie betreibt. Aber auch diese Elemente können den endgültigen Sieg über Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus nicht verhindern! Das Volk von Mozambique unter der Führung der FRELIMO wird nicht eher die Waffen aus der Hand legen, als bis alle Feinde seiner Unabhängigkeit und Freiheit geschlagen sind und der Aufbau der neuen Gesellschaft ungehindert vorangetrieben werden kann!

In ähnlicher Weise hat auch der Kampf der Völker von Angola und Guinea-Bissau große Fortschritte gemacht. Wir werden davon demnächst berichten.

Durch die unaufhaltsamen Siege der Völker Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaus und durch den machtvollen Druck des portugiesischen Volkes selber werden die Machthaber Portugals in der Junta und in der Regierung immer weiter in die Defensive gedrängt. Letzte Woche mußte Staatschef Spinola zum ersten Mal direkt das Recht der Völker auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anerkennen: Er verkündete einen entsprechenden Verfassungszusatz und die Außerkraftsetzung des Artikels 1 der portugiesischen Verfassung von 1933. Dieser besagte, daß die Überseegebiete ein Bestandteil Portugals seien. Obwohl das immer noch nicht automatisch die Unabhängigkeit für die ehemaligen Kolonien bedeutet, ist es doch ein großer Erfolg der kämpfenden Völker Afrikas und auch des portugiesischen Volkes! B.Bk.

Hussein verfolgt Palästina-Kämpfer
AUFRUF DER FPDLP AN ALLE FORTSCHRITTLICHEN UND DEMOKRATISCHEN KRÄFTE AUF DER WELT
Wenige Tage vor Ausbruch des Oktoberkrieges 1973 wurden hunderte von Palästinensern aus jordanischen Gefängnissen freigelassen. Die meisten von ihnen saßen dort seit den Massakern, die 1971 das reaktionäre Hussein-Re-
Dieses neue Verbrechen geschieht in einer Zeit, wo König Hussein zahlreiche Reisen und Besuche in arabische

Hussein verfolgt Palästina-Kämpfer

AUFRUF DER FPDLP AN ALLE FORTSCHRITTLICHEN UND DEMOKRATISCHEN KRÄFTE AUF DER WELT

Wenige Tage vor Ausbruch des Oktoberkrieges 1973 wurden hunderte von Palästinensern aus jordanischen Gefängnissen freigelassen. Die meisten von ihnen saßen dort seit den Massakern, die 1971 das reaktionäre Hussein-Regime an den Palästinensern in Jordanien verübte. Die Freilassung dieser Gefangenen war notwendig, um die Volksmassen in Jordanien nicht zweifeln zu lassen am Kampfeswillen des haschemitischen Königs Hussein, um auch ihm, der den konsequenten Kampf gegen den israelischen Unterdrückerstaat blutig unterdrückte, den Anschein zu geben, als wolle er gegen Israel zu Felde ziehen. Nach dem Krieg geriet Hussein, der nach wie vor beansprucht, legitimer Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes zu sein, in die Isolation unter den arabischen Staaten. Gegen seinen Willen erkannte die arabische Gipfelkonferenz im Dezember 1973 die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Inzwischen ist es Hussein gelungen, seine politische Isolierung teilweise zu überwinden. Zahlreiche Reisen in die Hauptstädte arabischer Staaten öffneten ihm wieder die Arme von Sadat und Feisal. Offizielles Ziel der Gespräche ist die "Versöhnung" mit den Palästinensern. Offensichtlich versteht Hussein das so, neuerlich gegen die Vertreter des palästinensischen Widerstandes vorzugehen. Nachdem bereits allein im Juni 1974 wieder 77 palästinensische Befreiungskämpfer eingekerkert wurden, wurde jetzt ein führendes Mitglied der FPDLP in Amman verhaftet. Der folgende Aufruf der FPDLP wurde der KVZ-Redaktion zur Veröffentlichung übersandt:

"Der jordanische Geheimdienst hat in einem neuerlichen Akt faschistischen Terrors den Genossen Saleh Raafat (Mitglied des Politbüros der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP), ehemaliges Mitglied des Exekutivrates der PLO, Mitglied des Palästinensischen Nationalrats) am 15. Juli 1974 um 13 Uhr entführt und widerrechtlich eingekerkert.

Der Geheimdienst des Marionettenkönigs Hussein hat dieses Verbrechen am hellichten Tag mitten in Amman begangen, nachdem die Schergen des Geheimdienstes dem Genossen Saleh Raafat wiederholt mit Verhaftung und Ausweisung vom haschemitischen Territorium gedroht hatten.

Der Kämpfer Saleh Raafat wurde bereits einmal verhaftet, zusammen mit dem großen Kämpfer, dem heldenhaft gefallenenAbou Ali Ayad, während der Massaker, die im Juli 1971 in Ajloun und Jerash in Jordanien gegen die palästinensische Revolution verübt wurden.

Er verbrachte zwei Jahre in den Kerkern der Reaktion, wo er alle Formen von Folter und Unterdrückung erleiden mußte. Der Glaube an sein Volk hat ihn gestärkt und befähigt, diesen Qualen zu widerstehen und Kampf- und Protestaktionen in den jordanischen Gefängnissen zu organisieren. Der große Revolutionär Saleh hat niemals den Kampf aufgegeben, er war sich immer des Sieges der Sache seines Volkes sicher, trotz aller Folter, die er hat erleiden müssen.

Dieses neue Verbrechen geschieht in einer Zeit, wo König Hussein zahlreiche Reisen und Besuche in arabische Hauptstädte unternimmt, um zu einer sogenannten "Versöhnung" mit der palästinensischen Revolution zu gelangen.

Diese neue Polizeiaktion unterstreicht den reaktionären Charakter des jordanischen Regimes, das sich gründet auf Massaker und Terror, Liquidationsversuche gegenüber den nationalen Rechten unseres Volkes, und Annexionsversuche wie den Plan eines "Vereinigten Arabischen Königreichs", der nichts weiter ist als reaktionär und liquidatorisch. Die Demokratische Front warnt Hussein und sein Regime, dem Genossen Saleh Raafat irgendetwas anzutun; sie erklärt, daß Hussein und sein Regime die volle Verantwortung dafür tragen. Die Demokratische Front fordert die sofortige Freilassung des großen Revolutionärs Saleh Raafat, sie ruft alle nationalen und fortschrittlichen Kräfte und Persönlichkeiten in Jordanien, in den arabischen Ländern und in der ganzen Welt auf, gegen diesen von den Schergen des jordanischen Geheimdienstes ausgeführten Piratenakt zu protestieren. Die Demokratische Front ist sicher, daß die fortschrittlichen, patriotischen und revolutionären Kräfte alle Anstrengungen unternehmen werden, um das Leben des Genossen Saleh Raafat zu retten und ihn sofort zu befreien.

Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas
Komitee für auswärtige Beziehungen"

Entwicklungshilfe der VR China

In der KVZ 15 wurde über den Bau der Tansania-Bahn berichtet, der von der Volksrepublik China unterstützt wird. Wir tragen hiermit die Prinzipien der Volksrepublik China für die Entwicklungshilfe nach. Die acht Prinzipien sind in der Peking Rundschau Nr. 17/1972 abgedruckt.

1. Die chinesische Regierung folgt bei der Gewährung von Hilfe an andere Länder konsequent dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, sie betrachtet diese Hilfe niemals als ein einseitiges Almosen, sondern als auf Gegenseitigkeit beruhend.

2. Bei der Gewährung von Hilfe an andere Länder respektiert die chinesische Regierung die Souveränität des Empfängerlandes in jeder Weise, knüpft keine Bedingungen an diese Hilfe und verlangt keine Privilegien.

3. Die chinesische Regierung gewährt wirtschaftliche Hilfe in der Form von zinslosen Anleihen oder zu niedrigem Zinsfuß; wenn nötig, kann die Rückzahlung der Anleihe verschoben werden, um dem Empfängerland möglichst geringe Lasten aufzubürden.

4. Der Zweck der Hilfe, die die chinesische Regierung anderen Ländern gewährt, ist nicht, das Empfängerland von China abhängig zu machen, sondern ihm zu helfen, allmählich, auf die eigene Kraft gestützt, die unabhängige Entwicklung seiner Wirtschaft zu realisieren.

5. Die Projekte, bei deren Bau die chinesische Regierung anderen Ländern hilft, sind möglichst solche, die geringe Investitionen erfordern, aber schnelle Resultate zeigen, so daß die Regierung des Empfängerlandes ihre Einnahmen erhöhen und Kapital akkumulieren kann.

6. Die chinesische Regierung liefert Ausrüstungen und Materialien eigener Erzeugung in bester Qualität zu Weltmarktpreisen. Sollten die von der chinesischen Regierung gelieferten Ausrüstungen und Materialien qualitativ und ihren Spezifikationen nach nicht den Abmachungen entsprechen, gewährleistet die chinesische Regierung ihren Umtausch.

7. Wo immer die chinesische Regierung technische Hilfe gewährt, wird sie dafür sorgen, daß das Personal des Empfängerlandes die benötigte Technik zu meistern lernt.

8. Spezialisten, die die chinesische Regierung zur Hilfe beim Aufbau in einem Empfängerland entsendet, werden denselben Lebensstandard haben wie Spezialisten des Empfängerlandes. Es ist den chinesischen Experten nicht erlaubt, irgendwelche besonderen Forderungen zu stellen oder irgendwelche besonderen Erleichterungen zu genießen.

Todesurteile in Chile

DIE JUNTA WILL DEN WIDERSTAND DEMORALISIEREN

Die Welle der Prozesse gegen Gegner der faschistischen Militärjunta in Chile hat einen Höhepunkt erreicht. Mit Todesurteilen und langjährigen Gefängnisstrafen sollen Kommunisten und Demokraten liquidiert werden, nachdem es der Junta nicht gelang, sie in den KZs zu Tode zu foltern.

Angeklagt sind derzeit Angehörige der chilenischen Luftwaffe. Ihr einziges "Verbrechen" bestand darin, daß sie sich geweigert haben, am 11. September des vergangenen Jahres am blutigen Putsch gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen teilzunehmen.

Hunderte von Revolutionären und fortschrittlichen Menschen wurden in solchen Scheinprozessen schon abgeurteilt. Der letzte bekannte Prozeß richtete sich gegen den ehemaligen Vizepräsidenten der chilenischen Staatsbank, Carlos Lazo, und die drei ehemaligen Luftwaffenoffiziere Guzman, Meneses und Constanzo. Sie wurden am 30.7. zum Tod verurteilt. Etwa zur gleichen Zeit meldete die Junta, daß in einer großangelegten Verfolgungsjagd 1 000 Menschen verhaftet worden seien. Diesen Verhaftungen seien, so fügten einige Nachrichtenagenturen hinzu, massive Flugblattkampagnen des Widerstands vorausgegangen und in zahlreichen Städten hätten an den Wänden Parolen des Widerstands gestanden.

Diese Prozesse sind von Anfang bis Ende eine Farce, in der die Urteile schon vorher feststehen, die Angeklagten völlig rechtlos und der Willkür der Faschisten unterworfen sind. Den Verteidigern, die meist von der Junta bestimmt werden, wird die Einsicht in die Akten verwehrt. Während des Prozesses sind Soldaten mit entsicherten Maschinenpistolen anwesend, die die Angeklagten einschüchtern und darauf achten sollen, daß der Prozeß im Sinne der Generale verläuft.

Chilenische Genossen in der BRD, die in engem Kontakt mit ihren Organisationen in Chile stehen, meinen, daß die Meldung von der Verhaftung dieser 1 000 Menschen eine gezielte Propaganda der Junta sei. Sie wolle nach innen die Arbeiterklasse und die Volksmassen einschüchtern und demoralisieren und nach außen ihre Stärke demonstrieren.

Bundesregierung finanziert Chile-Junta

Die Bundesregierung hat den faschistischen Generalen nun die Rückzahlung von Krediten und Zinsen in Höhe von 100 Millionen DM gestundet. Auf Grundlage der "Umschuldungsverhandlungen" im Frühjahr hat sie mit den Faschisten ausgehandelt, daß 1975 5 % und 1976 10 % dieser Summe zurückbezahlt werden muß.

Der Regierung der Unidad Popular Allendes dagegen hat sie nicht nur sämtliche Kredite gesperrt, sondern sie lehnte Verhandlungen über die Stundung der Auslandsschulden Chiles ab. Sie trug damit dazu bei, die chilenische Wirtschaft zu schädigen und leistete den Produktionssabotagen der chilenischen Bourgeoisie wichtige Hilfestellung.

Der Regierung der Unidad Popular Allendes dagegen hat sie nicht nur sämtliche Kredite gesperrt, sondern sie lehnte Verhandlungen über die Stundung der Auslandsschulden Chiles ab. Sie trug damit dazu bei, die chilenische Wirtschaft zu schädigen und leistete den Produktionssabotagen der chilenischen Bourgeoisie wichtige Hilfestellung.

Diese plötzliche "Großzügigkeit" der Bundesregierung rührt von daher, daß die Generale die Arbeiterklasse und die Reichtümer Chiles für die Ausplünderung durch die Imperialisten freigegeben haben. Sie haben die US-Kupferkonzerne mit Beträgen zwischen 800 und 1 600 Millionen DM für die Nationalisierung der Minen entschädigt, sie haben alle durch die Regierung der Unidad Popular verstaatlichten Unternehmen, inländische oder ausländische, wieder an ihre früheren Besitzer zurückgegeben. Die faschistische Junta ist auf die ausländischen Kredite angewiesen. Überhaupt braucht sie die Hilfe der Imperialisten in jeder Form, damit sie die Ausbeuterordnung und den Terror, den sie gegen das Volk entfacht, finanzieren und stabilisieren kann. Sie braucht zum Beispiel das Geld für den Unterhalt von KZ's, zur Bezahlung von Spitzeln und Behörden, die immer neue Maßnahmen zur Unterdrückung ausklügeln. Sie braucht dieses Geld zur Aufrüstung des Militärapparates, mit dem jede Widerstandsaktion der Arbeiterklasse und des Volkes niedergemetzelt werden soll. An diesen Verhältnissen haben die westdeutschen Imperialisten ein großes Interesse, deshalb jetzt die Stundung der Schulden durch die Bundesregierung, die nichts weiter ist, als der staatliche Arm der westdeutschen Bourgeoisie.

aktion der Arbeiterklasse und des Volkes niedergemetzelt werden soll. An diesen Verhältnissen haben die westdeutschen Imperialisten ein großes Interesse, deshalb jetzt die Stundung der Schulden durch die Bundesregierung, die nichts weiter ist, als der staatliche Arm der westdeutschen Bourgeoisie.

Diese Unterstützung des faschistischen Terrorregimes in Chile durch die Bundesregierung geht Hand in Hand mit der Unterdrückung und Schikanierung der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik durch die Behörden. So wurde unlängst in Heidelberg eine Straßensammlung zur Unterstützung des Widerstandskampfes des chilenischen Volkes mit der Begründung verboten, das Geld werde nicht für humanitäre Zwecke verwendet!

Die Bundesregierung unterstützt in jeder Weise das Geschäft der westdeutschen Imperialisten und der chilenischen Faschisten!

P.F.

»Wahlen« in Zimbabwe

DAS RASSISTISCHE REGIME WIRD IMMER BRÜCHIGER

Am 30. Juli 1974 fanden in Zimbabwe (Rhodesien) vorgezogene Parlamentswahlen statt. Das rassistische Regime von Ian Smith suchte eine neue Legitimation für seine Politik der Unterdrückung. Von den 250 000 Kolonialisten waren etwa 82 000 wahlberechtigt. Von den 5,5 Millionen Angehörigen des Volkes von Zimbabwe waren aber nur etwa 8 000 wahlberechtigt! Die 82 000 weißen Wähler stimmten über die Besetzung von 50 Parlamentssitzen ab. Die 8 000 Afrikaner über 8 Sitze. Weitere 8 Sitze wurden in getrennten Wahlen von durch das rassistische Regime anerkannten Stammeshäuptlingen und -ältesten vergeben.

Die rassistische Partei des Staatschefs Smith, die "Rhodesische Front", besetzt wieder alle 50 Abgeordnetensitze. Die Unterdrückerherrschaft der weißen Kolonialisten wird fortgesetzt. Ein Beispiel: Wie schon mehrmals in der Vergangenheit führten diese Machthaber jetzt wieder Zwangsumsiedlungen von Afrikanern durch: Diesmal war der gesamte Stamm der Chiweshe betroffen. Alle 60 000 Angehörige des Stammes wurden von Militär- und Polizeieinheiten in 12 Konzentrationslagern zusammengetrieben, die nach portugiesischem Vorbild "Beschützte Dörfer" heißen. Die Chiweshe leben in dem Gebiet nördlich von Salisbury, der Hauptstadt Zimbabwes, welches an Zambia und Mozambique grenzt. Dieses Gebiet ist Kampfgebiet der "Afrikanischen Nationalen Union von Zimbabwe" (ZANU), eine der Befreiungsbewegungen des Volkes von Zimbabwe. Die Chiweshe hatten hinter den Aktionen der ZANU für Unabhängigkeit und Freiheit gestanden. Mit der immer größeren Beteiligung dieses Stammes und unter dem Eindruck des großen Aufschwunges des Freiheitskampfes des Volks von Mozambique gegen die portugiesische Kolonialherrschaft nahm der Kampf besonders in diesem Gebiet an Stärke zu.

Daß sich das Minderheitsregime trotz des wachsenden Widerstandes des Volkes von Zimbabwe überhaupt noch halten kann, liegt besonders an der großen Unterstützung durch die imperialistischen Mächte. Obwohl die UNO bereits 1965 ein Wirtschaftsembargo erließ, taten die Imperialisten nichts zu dessen Durchsetzung. Zahlreiche Verstöße gegen dieses Embargo ermöglichten dem Regime seinen Ausbau und den Konzernen der imperialistischen Länder große Profite. So sind zum Beispiel 1973 Waren aus Zimbabwe für 2,4 Millionen DM in die Bundesrepublik eingeführt worden, während im gleichen Zeitraum von Westdeutschland Waren für 6,2 Millionen nach Zimbabwe exportiert wurden.

Das Einsperren ganzer Volksstämme in Konzentrationslager zeigt, daß die Herrschaft des weißen Smith-Regimes immer brüchiger wird. Das wird inzwischen auch der Bundesregierung unheimlich, so daß sie die Beziehungen zu dem Smith-Regime überprüft auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse.

Kann es Einheit in der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes geben? / Eine Aktionseinheit ist notwendig

Am 11. September 1974 jährt sich der Militärputsch in Chile. Es ist das ein Datum, das die Arbeiter in der ganzen Welt daran erinnert, wozu die bürgerliche Klasse fähig ist, wenn sie ihr Eigentum an den Produktionsmitteln bedroht sieht. Die chilenischen Arbeiter, die mit der Lohnknechtschaft Schluß machen wollten, die nicht länger bereit waren, unter dem Kommando und zum Nutzen einer Klasse von kapitalistischen Ausbeutern zu arbeiten, die chilenischen Bauern, die das Land, das sie bestellen, auch besitzen wollen, ihnen ist mit tierischer Brutalität die bürgerliche Klasse und die Klasse der Grundbesitzer entgegengetreten. Das Militär, das auf das Kommando dieser Klassen hört, hat eine Blutorgie gefeiert, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die eigenen Gesetze der bürgerlichen Klasse, sie wurden ohne alle Rücksicht beiseite gefegt, wo sie der Niederschlagung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien im Wege standen.

Es ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Arbeiter und aller Menschen, die sich auf die Seite des Kampfes für den Sozialismus stellen, mit allen Kräften den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Herrschaft der Militärjunta zu unterstützen, und es ist weiter ihre Aufgabe, diese so schwer erkaufte Erfahrung der chilenischen Arbeiter und Bauern nicht wieder zuschütten zu lassen, sondern sie unter allen Klassengenossen und allen fortschrittlichen Menschen zu verbreiten und wach zu halten. Es ist richtig, dazu insbesondere die Woche, in welcher sich der Militärputsch jährt, zu nutzen. Alle, die im vergangenen Jahr ihre Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse und dem chilenischen Volk zum Ausdruck gebracht haben, müssen diesen Anlaß unbedingt nutzen, um **öffentlich und gemeinsam** gegen die Herrschaft der Militärjunta und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung aufzustehen.

Zu diesem Zweck haben Chile-Komitees aus über 30 Städten Westdeutschlands beschlossen, in der zweiten Septemberwoche eine Solidaritätswoche durchzuführen, die in einer zentralen Demonstration in Frankfurt ihren Höhepunkt haben und viele örtliche Aktivitäten umfassen soll. Für ein gemeinsames Vorgehen haben die Komitees, in denen verschiedene politische Strömungen vertreten sind, eine Plattform verabschiedet, die sie als eine Minimalgrundlage zum gemeinsamen Vorgehen ansehen (die KVZ hat diese Plattform in ihrer letzten Nummer abgedruckt). Für den 27. Juli hatte nun der Koordinationsausschuß der Chile-Komitees verschiedene politische Organisationen zu einem Treffen eingeladen, um über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu beraten. Die Einladung war unter anderem auch an folgende Organisationen gegangen: an die Jungsozialisten, die DKP, den MSB Spartakus, den Verband deutscher Studentenschaften (VDS), den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, den Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands. Keine von diesen Organisationen ist der Einladung gefolgt. Keine von ihnen hat auf die Einladung geantwortet. Das ist ein unerträgliches Verhalten. Zwar ist es bekannt, daß die Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta in Westdeutschland keineswegs einig ist, sondern bei allen Differenzen im einzelnen in zwei große Strömungen geteilt ist, die sich häufig auch in parallel nebeneinander bestehenden Komitees in den einzelnen Städten organisiert hat. Für die eine der Strömungen bedeutet die Solidarität mit dem chilenischen Volk die unbedingte Unterstützung der Politik der Unidad Popular, der Volksfrontregierung unter Allende. Diese Strömung wird vor allem von Mitgliedern und Anhängern der DKP getragen. Die andere, von den Chile-Komitees getragene Strömung, ist sehr vielfältig. Sie ist sich aber darin einig, daß einer der Gründe für die Tatsache, daß der konterrevolutionäre Putsch in Chile erfolgreich war, auch in der Politik der Unidad Popular gesucht werden muß. Diese Differenz zwischen den beiden Strömungen macht eine Aktionseinheit auch in begrenzten Fragen sehr schwierig. Denn zwischen der Auffassung, daß die chilenische Revolution vorläufig daran gescheitert sei, weil die Arbeiter die bürgerliche Klasse zu heftig angegriffen und darüber die Militärs gereizt haben, und der Auffassung, daß der Angriff der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Klasse sich gegen den ganzen alten Staatsapparat hätte richten müssen und daß er hätte bewaffnet werden müssen, zwischen diesen beiden Auffassungen gibt es keine Gemeinsamkeit, sondern Streit. Einig werden kann man sich bei solcher Lage nur darin, daß man für die Beseitigung der Militärjunta eintritt, für das Recht der chilenischen Arbeiter, Angestellten und Bauern, über ihr Schicksal selbst, ohne fremde Einmischung durch eine imperialistische Supermacht wie die USA und unter den Bedingungen freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung zu entscheiden, sowie darüber, daß man gegen jede Unterstützung der Bundesregierung und der westdeutschen Kapitalistenklasse an die Junta eintreten muß. Das ist sicher nur eine begrenzte Einheit, und genau diese begrenzte Einheit in der Unterstützung des Widerstandskampfes des chilenischen Volkes herzustellen, schlagen die Chile-Komitees vor, wobei sie es in allen anderen Punkten den Organisationen überlassen, ihre weitergehenden Auffassungen zu vertreten.

Man sollte denken, daß ein solcher Vorschlag bei allen, die den Widerstandskampf des chilenischen Volkes unterstützen wollen, die ernsthaft daran interessiert sind, die Ereignisse in Chile in der Arbeiterbewegung und im Volk wach zu halten, Unterstützung finden kann. Wir appellieren darum erneut an die betreffenden Organisationen und an alle ihre Mitglieder, den bisher schweigend eingenommenen Standpunkt zu überprüfen und eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung des chilenischen Volkes mitzutragen. Wir sind weiter der Auffassung, daß jeder fortschrittliche Arbeiter die Gelegenheit wahrnehmen sollte, in seiner gewerkschaftlichen Organisation für die Unterstützung des Protestes gegen die Unterdrückung seiner Klassengenossen in Chile zu werben.

Bisher haben folgende Organisationen dem Aufruf der westdeutschen Chile-Komitees zugestimmt und die Unterstützung gemeinsamer Aktionen zugesagt: die FOLA München, die KELA Frankfurt (beides südamerikanische Studentenverbände), die Gruppe internationaler Marxisten (GIM), der KBW, das Sozialistische Büro, der Spartacusbund, der Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen in der Bundesrepublik und Westberlin (SVI). Auf der Grundlage eines eigenen Aufrufs haben eine Unterstützung zugesagt: der Kommunistische Bund (Nord), der sich freilich nur mit seinen örtlichen Frankfurter Kräften an der abschließenden zentralen Demonstration beteiligen will, und die Gruppe Rote Fahne (KPD), die ebenfalls den Aufruf nicht billigt, aber die Aktion unterstützen will, wobei noch offen ist, ob sie zur Frankfurter Demonstration mehr als ihre regionalen Kräfte mobilisieren wird. So der Stand auf der Beratung am 27. Juli. Die Sozialistische Jugend Deutschlands, die "Falken", hatten zu der Beratung einen Beobachter entsandt, der keine Aussage über die Entscheidung seines Verbandes machen konnte. Abgesagt, an dem Treffen teilzunehmen, hatten die Jungdemokraten, mit der Begründung, sie würden ihre Pflichten im Antiimperialistischen Solidaritätskomitee wahrnehmen, in dem sie gemeinsam mit Jungsozialisten, Falken und DKP-Anhängern sitzen. Es müssen jetzt an jedem Ort alle Kräfte darauf gerichtet werden, mit den Mitgliedern dieser Organisationen die Einheit auf der Grundlage der Plattform der Chilekomitees zu erreichen, um zu einer gemeinsamen Aktion der Solidarität mit dem chilenischen Volk zu kommen. – W.M. –

Campus-Fest Göttingen

Etwa 3 000 Studenten besuchten dieses Jahr das traditionelle Campusfest an der Unversität Göttingen. Das Fest wurde von der Fachschaft Theologie veranstaltet. Inhaltlich und organisatorisch wurde es von Mitgliedern der Ortsgruppe Göttingen des KBW und seiner Massenorganisationen KSB, KAJB, KSF und GUV getragen.

Im Gegensatz zu den vergangenen Campusfesten wurde in diesem Jahr nicht nur die übliche Unterhaltung geboten. Schon an den Eingängen wurde auf Stelltafeln informiert, warum die Befreiungsbewegung PFLOAG in Oman/Dhofar den Reinerlös des Festes erhält.

In verschiedenen Räumen und auf dem Campus selbst gab es weitere Möglichkeiten, sich über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker informieren und an politischen Darbietungen teilzunehmen. Unter anderem führte das Rote Signal aus Braunschweig eine Chile-Stück auf, verschiedene Filme und ein Dia-Vortrag über Kambodscha wurden gezeigt, die Initiative zur Abschaffung des § 218 führte ein kurzes Stück auf, Broschüren und Zeitschriften wurden verkauft.

Einige offensichtlich dem RCDS nahestehenden Studenten versuchten, diese politischen Darbietungen zu stören. Sie waren aber völlig isoliert und konnten nichts erreichen, da das Interesse der Festteilnehmer an politischer Information groß war. Überhaupt fanden die politischen Darbietungen ebensoviel Beifall wie die Musik der drei Bands und der Diskotheken sowie der verschiedenen Spiele, die zur Unterhaltung angeboten wurden.

Diese Tatsache widerlegt anschaulich die Ansichten einiger Genossen vom KSB und des Nahost-Komitees Göttingen. Diese meinten, man könne kein Fest feiern, bei dem auf der einen Seite politische Filme und Darbietungen geboten werden und auf der anderen Seite Buster-Keaton-Filme und Pop-Musik. "Als Alternative zu einem eindeutig politisch ausgerichteten Fest stellt sich für uns nichts anderes als ein Fest ohne politische Inhalte, aber mit einem gerechten Zweck, (in diesem Fall: der materiellen Unterstützung der PFLOAG)'"

Mit dieser Begründung lehnte das Nahost-Komitee Göttingen seine Beteiligung am Fest ab. Zum Teil war auch zu hören, man könne angesichts der Tatsache, daß im Befreiungskampf in Dhofar Menschen ihr Leben lassen, kein Fest feiern.

In den Diskussionen vor dem Campusfest konnten die meisten Genossen davon überzeugt werden, daß diese Auffassungen falsch sind.

Die revolutionären Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt haben erhebliche Fortschritte erzielt und ihre Perspektive ist gut. Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Das ist allemal ein Grund, ein Fest zu feiern und fröhlich zu sein. Zumal das Campusfest auch direkt der Unterstützung dieser Befreiungsbewegung dient: Die PFLOAG wird eine Spende von rund 14 000 DM erhalten! (Die genaue Abrechnung liegt noch nicht vor. Die hohe Summe kam zusammen, weil bis auf die Bands alle, die bei der Vorbereitung und Durchführung des Festes mitgearbeitet haben – rund 200 – ihre Löhne – ca. 11 000 DM – gespendet haben!)

Die Campusfeste der vergangenen Jahre wurden immer von einigen tausend Studenten besucht. Nur ein Teil von ihnen wird zu einem Fest kommen, auf dem nur politische Darbietungen geboten werden. Die Argumentation der Genossen lief nun darauf hinaus, dem anderen Teil, der auch nach Pop-Musik tanzen und sich unterhalten will, zu sagen: Wir Kommunisten machen für euch kein Fest. Wir machen nur blitzsaubere politische Feste. Wenn ihr Pop-Musik hören wollt usw. dann geht doch auf ein RCDS-Fest.

Die andere Argumentation, daß man zwar ein Fest mit Pop-Musik usw. machen kann, aber "ohne politische Inhalte, aber mit einem gerechten Zweck", läuft doch darauf hinaus, daß strikt getrennt wird zwischen einem 'politischen Leben', was wir führen und in dem wir auf politische Feste gehen und einem 'unpolitischen Leben', in dem wir auf Feste "ohne politische Inhalte" gehen. Das heißt aber Trennung zwischen Politik und Privatsphäre – etwas, was der Bourgeoisie nur nutzen kann und sie auch mit Hilfe der Freizeitindustrie herzustellen versucht.

Die Frage bei einem Fest wie dem Campusfest lautet nicht: politisch oder unpolitisch?, sondern: wie können wir auch auf dem Campusfest "klar machen, daß die Hauptsache ist, wenn man sich entspannen will, Solidarität, Gemeinsamkeit und Unterhaltung zu fördern." (aus: Kritik am Artikel über die Pop-Musik, KVZ Nr. 13) Dazu hat es gute Ansätze auf diesem Campusfest gegeben, die es weiterzuentwickeln gilt, sowohl, was Spiele und Musik anbelangt, als auch was politische Informationen und Darbietungen angeht. Das Campusfest hat gezeigt, daß ein Fest, auf dem beides geboten wird, sinnvoll ist.

–ag–

Vor 30 Jahren wurde Ernst Thälmann von den Faschisten ermordet



Vor dreißig Jahren, am 18. August 1944, wurde Genosse Ernst Thälmann von den Faschisten im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Ernst Thälmann wurde 1925 zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPD gewählt. Er war der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei der Arbeiterklasse, bis zu seinem Tod. Während seiner über 11-jährigen Gefangenschaft in den Kerkern des Hitlerfaschismus war er das leuchtende Beispiel für den Widerstand gegen die Faschistenherrschaft und für das Festhalten an den revolutionären Zielen der Arbeiterklasse in den schwersten Zeiten der Niederlage. Sein Beispiel steht zugleich für die Hunderttausende, die den gleichen Weg wie er gingen und im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gaben.

Die Faschistenknechte der Bourgeoisie, die Thälmann 11 Jahre lang unter schlimmsten Bedingungen eingekerkert hielten, um seinen Widerstand zu brechen und damit alle kämpfenden Genossen zu demoralisieren, scheiterten an dem unbeugsamen revolutionären Mut dieses großen Führers der Arbeiterklasse, wie zahlreiche Briefe, die aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt wurden, bezeugen. Ein Jahr vor ihrer vernichtenden Niederlage ermordeten sie ihn, aber sie konnten das Beispiel dieses Kämpfers der Arbeiterklasse nicht zerstören.

Heute versuchen die Bourgeoisie und ihre Politikerknechte wiederum das Beispiel des Widerstands gegen die imperialistische Kapitalherrschaft in ihrer schlimmsten Form des Faschismus zu zerstören. Politiker, die selbst dem Faschismus gedient haben, wie zum Beispiel Kiesinger und Filbinger, und all die anderen, die ermöglicht haben, daß Faschisten und faschistische Praktiken im Staatsapparat nicht nur überlebten, sondern sich wiederum breitmachen, versuchen den antifaschistischen Widerstand zur Legitimation dieses bestehenden kapitalistischen Staates zu benutzen.

Unter dem Schlagwort "gegen den Totalitarismus" versuchen sie dem Volk weiszumachen, daß ihm von links und rechts die gleichen Gefahren drohen. Was bezwecken sie damit?

Erstens wollen sie vertuschen, daß sie in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung die "Nachfolge des Dritten Reichs" angetreten haben, wie sie es sogar offen sagen, wenn sie darauf bestehen, "Rechtsnachfolger des Dritten Reiches" zu sein und damit auch ihren "Alleinvertretungsanspruch für Deutschland" begründeten.

Zweitens wollen sie für den Faschismus das Volk verantwortlich machen, das durch den bürgerlichen Staat vom "Extremismus" abgehalten werden müsse. Mit dieser These wollen sie davon ablenken, daß die Kapitalistenklasse den Faschismus an die Macht gebracht hat, um in der äußersten Krise des Kapitalismus die Arbeiterklasse niederzuschlagen, ihre Gewerkschaften und politischen Organisationen zu zerschlagen, ihre Kämpfer und Führer zu liquidieren und das Volk in den imperialistischen Krieg treiben zu können.

Drittens: Mit dieser Geschichtsfälschung versuchen die Bourgeoisie und ihre Staatsdiener zugleich, die Unterdrückung der Rechte des Volkes und der Arbeiterklasse, die sie betreiben zur Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Ordnung, zu rechtfertigen und den Volksmassen das Recht abzusprechen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Daß Faschismus und Krieg nur die Konsequenz der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates sind, solange es der Arbeiterklasse nicht gelingt, die Kapitalistenherrschaft zu schlagen – diese Einsicht versuchen sie zu verwischen. Das Beispiel des Genossen Ernst Thälmann, dieses Sohnes und Führers der Arbeiterklasse, dessen revolutionären Widerstand die Faschisten nicht brechen konnten, steht für uns dafür, daß die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksmassen den kapitalistischen Staat schlagen muß, um die Ausbeutung und damit die Grundlage jeder Form von Unterdrückung beseitigen zu können. In der Erfüllung dieser ihrer revolutionären geschichtlichen Aufgabe wird die Arbeiterklasse auch die Wurzeln für Krieg und Faschismus ausreißen.

– Red. –